Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

PROGRAMMBEGLEITUNG VOR ORT

im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf

ENDBERICHT 2002

Juni 2002

Dipl.-Geogr. Cathy Cramer
Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Deutsches Institut für Urbanistik

Programmbegleitung vor Ort

im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf

Endbericht

Juni 2002

Dipl.-Geogr. Cathy Cramer
Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Inhalt

1. Selbstverständnis und methodische Vorgehensweise der Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf 5

2. Ausgangslage: Geschichte, Probleme und Potenziale des Modellgebiets 9

2.1 Historische Entwicklung 9

2.2 Das Modellgebiet heute: Strukturen, Probleme und Ressourcen 10

2.2.1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung 11

2.2.2 Beschäftigungssituation 14

2.2.3 Gewerbe- und Branchenstruktur/Lokale Ökonomie 14

2.2.4 Wohnverhältnisse und Wohnumfeld 16

2.2.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur 20

2.2.6 Zusammenleben im Quartier 22

2.2.7 Image des Gebiets 24

2.3 Entwicklungspotenziale im Modellgebiet 24

2.4 Fazit 27

3. Entwicklungsziele und Integrierte Handlungskonzepte 28

3.1 Begründung und Verfahren der Gebietsauswahl 28

3.2 Chronologie zum Programm „Soziale Stadt“ im Modellgebiet 28

3.3 Entwicklung und Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes 29

3.4 Ziele, Leitbilder, Entwicklungskonzepte und -strategien 30

3.5 Handlungsfelder, Projekte und Maßnahmen 30

3.5.1 Projekte und Maßnahmen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ 32

3.5.2 Projekte und Maßnahmen im Modellgebiet ohne Finanzierungsbeitrag aus dem Programm „Soziale Stadt“ 35

3.6 Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten 38

3.7 Fazit 39

4. Finanzierung und Mittelbündelung 41

4.1 Eingesetzte öffentliche Förderprogramme und kommunale Haushaltsmittel 41

4.2 Finanzierung durch Private 45

4.3 Bündelung von Fördermitteln im Modellgebiet 45

5. Organisation und Management 47
5.1 Verwaltungsebene 48
5.2 Intermediärer Bereich 49
5.3 Quartiersebene 50
5.4 Einbindung der Politik 52

6. Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung/ Stadtteilakteure 54
6.1 Ausgangslage: Eigeninitiative und Organisationsgrad der Quartiersbevölkerung 54
6.2 Partizipationsmöglichkeiten, Kommunikationsangebote/-formen 54
6.3 Aktivierungsstrategien 56
6.4 Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung 57

7. Öffentlichkeitsarbeit 59
7.1 Rezeption von Gebiet und integriertem Handlungskonzept in den Medien 59
7.2 Modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit 59
7.3 Außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit 60
7.4 Fazit 60

8. Monitoring und Evaluation 60

9. Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Modellgebiet: Einschätzung und Empfehlungen der PvO 64
9.1 Bündelung der Ressourcen 64
9.2 Management und Organisation 66
9.3 Aktivierung und Beteiligung 68
9.4 Veränderungen im Modellgebiet aufgrund der Maßnahmen 70
9.5 Tragfähigkeit der aufgebauten Strukturen im Modellgebiet 70
9.6 Bedeutung des Modellgebiets für die Gesamtstadt 72

Literatur 73
Abkürzungen 76

1. Selbstverständnis und methodische Vorgehensweise der Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet Schwerin – Neu-Zippendorf

Das 1999 gestartete Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt" beruht auf einem neuen Politikansatz in der Städtebauförderung. Dieser zielt darauf ab, für Gebiete, in denen komplexe (städte)bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Problemlagen identifiziert wurden, integrierte und zukunftsfähige Problemlösungsstrategien zu entwickeln und zu fördern. Daher bietet der neue Politikansatz die Möglichkeit, nicht nur „klassische" investive Projekte zu finanzieren, sondern durch Einsatz von nicht-investiven Mitteln für Quartiermanagement und einen Verfügungsfonds Selbsthilfe und Eigeninitiative der Stadtteilbewohner und damit Entwicklungspotenziale vor Ort anzuregen und zu unterstützen. Im Rahmen des Programms sollen durch Einsatz nicht-investiver Mittel vor allem Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -aktivierung gefördert werden. Zentrale Elemente des Förderprogramms sind

- Ressourcenbündelung und Kooperation,
- die Aktivierung und Beteiligung von Bewohnern, im Stadtteil angesiedelten Vereinen und Verbänden inklusive der Wirtschaft
- sowie die Schaffung geeigneter Management- und Organisationsformen.

Um den Planungsprozess zu begleiten, wurde je Bundesland ein Modellgebiet ausgewählt. In diesen 16 Modellgebieten wurde im Frühsommer des Jahres 2000 eine Programmbegleitung vor Ort (PvO) eingesetzt, die in Vorbereitung der Zwischenbilanz des Programms im Jahr 2002 zum einen den Planungs- und Umsetzungsprozess im Modellgebiet begleitet und dokumentiert, zum anderen eine unterstützende und aktivierende Beratung der beteiligten Akteure in den Modellgebieten durchführt. Die PvO erstreckt sich somit über einen Zeitraum von zwei Jahren[1] und soll alle Aspekte der Entwicklung, Organisation und Durchführung eines integrierten Handlungskonzeptes im Rahmen des Programms „Soziale Stadt" im Modellgebiet erfassen, dokumentieren und Anregungen zu einer Weiterentwicklung des Bund-Länder-Programms machen[2]. Vor diesem Hintergrund ergeben sich Aufgaben der PvO in den Modellgebieten:

1. Begleitung und Dokumentation des Prozesses:

   Die PvO begleitet den Prozess, dokumentiert die einzelnen Umsetzungsschritte und vermittelt den relevanten Akteuren vor Ort Zwischenergebnisse der Programmbegleitung

2. Aktivierung und Unterstützung des Prozesses und der Beteiligten:

   Die Unterstützung umfasst die Vermittlung der Programmphilosophie, der Ziele des Programms und der einzelnen Programmelemente ebenso wie die Weitergabe von Informationen, Erfahrungen und „guten Beispielen" aus anderen Modell- und Programmgebieten. Wo ein direkter Erfahrungsaustausch über einzelne Projekte, Organi-

---

1 Die Programmbegleitung vor Ort besteht in der Regel aus zwei Personen einer oder zwei kooperierender Institutionen. Für vier Modellgebiete haben Teams des Difu die Programmbegleitung im April 2000 begonnen.

2 Empfehlungen der 16 PvO-Teams für eine mögliche Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt" werden im Zwischenbilanzbericht des Deutschen Instituts für Urbanistik dokumentiert.

sationsformen oder Fortbildungen hilfreich ist, vermittelt die PvO auch den gewünschten Kontakt zu anderen Trägern oder Engagierten aus den Programmgebieten.

Zu den Aufgaben der PvO gehört auch die Aufbereitung „guter Beispiele“ aus dem betreuten Modellgebiet und die Aufnahme in die öffentlich zugängliche Projektdatenbank des Difu als ein wichtiger Baustein für Öffentlichkeitsarbeit und Erfahrungsaustausch von laufenden Maßnahmen im Programm. Darüber hinaus kann die Programmbegleitung vor Ort die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten durch die Beantragung von „technischen Hilfen“ beim Difu unterstützen. Dies gilt ebenso für Workshops zu bestimmten Themen wie etwa Bürgeraktivierung, Ehrenamt und Ausländerintegration.

Aus dieser Aufgabenstellung und dem Verhältnis der Programmbegleitung vor Ort zur Verwaltung und zum Quartiermanagement leiten sich das Selbstverständnis und die Methoden der Programmbegleitung vor Ort ab.

Selbstverständnis und Methoden der PvO Schwerin – Neu Zippendorf

Die PvO im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf ist eine eigenständige Organisationseinheit außerhalb der Verwaltung und des Quartiermangements, arbeitet aber in enger Kooperation mit beiden zusammen. Sie versteht sich somit nicht als eine mit dem Quartiermanagement konkurrierende Institution und führt, abgesehen von den noch näher zu erläuternden Interviews mit Schlüsselpersonen, auch keine eigenständigen Projekte, Maßnahmen und Befragungen im Quartier durch.

Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen einerseits in der Begleitung und Dokumentation des Entwicklungs- und Umsetzungsprozesses, andererseits in einer animierenden und aktivierenden Beratung und Unterstützung des Prozesses vor Ort. Durch die Vermittlung von Erfahrungen und Projektbeispielen sowie durch ein „Feedback“ zum bisherigen Stand der Arbeit im Gebiet konnte die PvO einen Anstoß und Beitrag zu einem Diskussions- und Reflexionsprozess unter den Akteuren leisten, Alternativen aufzeigen und Entscheidungshilfen geben.

Dazu nimmt die PvO aktiv an Sitzungen der verschiedenen Gremien wie des Lenkungskreises auf Stadtteilebene, der Stadtteilkonferenz, den Bewohnerarbeitsgruppen (vor allem der Arbeitsgruppe „Zusammenleben“) und dem Lenkungskreis Stadtumbau teil. Außerdem beteiligt sie sich an verschiedenen Foren und Veranstaltungen der Stadt und des Stadtteils, die sich auf das Gebiet und die Programmumsetzung beziehen. Zusätzlich besuchen die Programmbegleiterinnen und -begleiter die lokalen Projekte, machen Gebietsbegehungen und sammeln soweit wie möglich Fotomaterial zu den Entwicklungen im Gebiet.

Die PvO verschaffte sich durch Auswertung vorliegender Materialien (Rahmenplan, Zeitungsartikel, Anträge der Ausschüsse, Datenanalyse) ein Bild über die Situation im Gebiet. Dazu ergänzend ist es Aufgabe der PvO, Interviews mit Schlüsselpersonen wie Mitarbeiter verschiedener Verwaltungseinheiten, Initiativen, Kirchen, freie Träger und Verbände sowie Bewohner zu führen, um umfassende Aussagen zu Problemen, Potenzialen, Beteiligungsformen, Finanzierungsquellen, Kooperationen, aber auch weiteren Wünschen und Vorstellungen zur Gebietsentwicklung zu erhalten. So führte die PvO vor allem im Herbst 2000 und Frühjahr 2001 insgesamt 28 Interviews durch.

Mit diesen Interviews verbunden ist direkt oder indirekt eine Aktivierung der Befragten, da sie zum Teil anhand der identifizierten Probleme eigene Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten erkennen.

Da eine effiziente Umsetzung des Programms „Soziale Stadt" darauf angewiesen ist, dass für die im Gebiet als erforderlich angesehenen Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse geeignete flexible und kooperative Strukturen geschaffen werden, gehört es zum Selbstverständnis der PvO, diese Strukturen mit anzuregen. In Schwerin hat sie unter anderem früh auf die fehlende Einbeziehung der politischen Ebene in den Entwicklungs- und Umsetzungsprozess hingewiesen und deren Einbeziehung in die geplante Stadtteilkonferenz angeregt.

Gemeinsam mit der Stadt wurde von der PvO im Mai 2000 die Starterkonferenz zum Programm „Soziale Stadt" in Neu Zippendorf durchgeführt. Mit ihr wurden Ziele und Umfang des Förderprogramms und die Organisation der Programmbegleitung vor Ort öffentlich bekannt gemacht, diskutiert und den Gebietsbewohnern und den in Neu Zippendorf vorhandenen freien Trägern und Institutionen bis hin zu Gewerbetreibenden die Möglichkeit gegeben, sich frühzeitig mit eigenen Vorschlägen in Planung und Umsetzung des Förderprogramms einzubringen.

Auf der Landesebene nimmt die PvO beratend am regionalen Erfahrungsaustausch der Programmgebiete und an der Interministeriellen Arbeitsgruppe des Ministeriums für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern (IMAG) teil und bringt auch hier die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und Modellgebieten mit ein. Die für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt" zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Arbeit und Bau, Städtebauförderungsreferat, und die mit der finanziellen Abwicklung betraute Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein (LEG) werden darüber hinaus zur Klärung von Verfahrensfragen und zum Informationsaustausch von der PvO regelmäßig kontaktiert.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die PvO nach ihrem Selbstverständnis nicht die Funktion und Aufgabe einer Programmüberwachung „von oben" einnimmt. Sie will im Gegenteil die Aufgabe eines möglichst umfassenden („systemischen") Beraters im Prozess der Umsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt" im Modellgebiet wahrnehmen. Dies umfasst die Einbringung inhaltlicher wie auch prozessualer Kompetenz, um externen Sachverstand zum Nutzen des Gebietes und seiner Bewohner anzubieten. In diesem Sinne werden auch etwaige Differenzen zu Ansätzen und Meinungen von Verantwortlichen und Engagierten in Schwerin aufgezeigt sowie ungewöhnlichen, jedoch bedenkenswerten Entscheidungen gegenüber mit Offenheit begegnet, da gerade dadurch kreative Wege ausprobiert und für das Programm „Soziale Stadt" nutzbar gemacht werden können.

Die im Rahmen der Programmbegleitung gesammelten Informationen werden im vorliegenden Endbericht aufbereitet und die gewonnenen Erkenntnisse über die bisherige Umsetzung der integrierten Entwicklung im Modellgebiet zusammengefasst. Außerdem nimmt die PvO eine Einschätzung des Umsetzungsprozesses aus ihrer Sicht vor und gibt Empfehlungen zur weiteren Umsetzung des Programms.

All denen, die die Arbeit des PvO-Teams für das Modellgebiet durch zahlreiche Informationen und Kontakte unterstützt haben und uns als Interviewpartnerinnen und -partner einen Teil ihrer Zeit widmeten, sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für ihre Kooperationsbereitschaft gedankt.

Besonders gilt unser Dank dem Leiter des Stadtplanungsamtes Herrn Bode und dem Gebietsbeauftragten Herrn Huß, Frau Scharenberg als Ansprechpartnerin des Ministeriums für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern, dem Leiter der Bestandsverwaltung der Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH, Herrn Müller, und dem Leiter Soziales Management der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG Herrn Wörenkämper, Frau Parr von der Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein, den Mitgliedern des Lenkungskreises auf Stadtteilebene sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtteilbüros.

Für die zukünftige Entwicklung der Stadtteile Neu Zippendorf und Mueßer Holz wünschen wir viel Erfolg. Wir hoffen, dass das Engagement der Beteiligten die begonnenen Entwicklungen positiv beeinflusst und viele weitere Bewohner und Partner für die Mitarbeit am Stadtteilentwicklungsprozess gewonnen werden können.

2. Ausgangslage: Geschichte, Probleme und Potenziale des Modellgebiets[3]

2.1 Historische Entwicklung

Schwerin ist eine alte Residenzstadt mit wechselvoller Geschichte. Als Herzogtum Mecklenburg-Schwerin gab die Stadt unter Albrecht II. von Mecklenburg Ende des 13. Jahrhunderts diesem Teilgebiet seinen Namen. Letzter regierender Schweriner Großherzog war Friedrich Franz, dessen Abdankung 1918 den Stadtbewohnern das allgemeine und gleiche Wahlrecht brachte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Mecklenburg 1945 von sowjetischen Truppen besetzt. 1952 wurde Schwerin nach Auflösung der Länder und Errichtung der Bezirke Bezirkshauptstadt mit damals 96 625 Einwohnern[4]. Wahrzeichen der Stadt ist das Schloss der Herzöge von Mecklenburg, heutiger Sitz des Landtages.

Ab 1971 erfuhr Schwerin aufgrund der Errichtung des Industriegebietes Schwerin-Süd[5] und der gleichzeitig erfolgten Stadterweiterung durch die drei großen Neubaugebiete Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz[6] einen entscheidenden Entwicklungsschub, so dass die Stadt 1973 mit 100 000 Einwohnern den Status einer Großstadt erreichte. Die drei genannten Stadtteile gehören zu den größten zusammenhängenden Neubaustadtteilen in industrieller Bauweise in Mecklenburg-Vorpommern[7]. Der Stadtteil Neu Zippendorf wurde – ebenso wie die beiden anderen Großwohnsiedlungen Großer Dreesch und Mueßer Holz – bewusst als „reines Wohngebiet" mit guter Infrastrukturausstattung geplant und gebaut. Bereits 1974 wurde der Straßenbahnbetrieb bis zum Berliner Platz aufgenommen und verband Neu Zippendorf sowohl direkt mit der Innenstadt als auch mit dem Industriegebiet Schwerin-Süd. Die Straßen in das Neubaugebiet wurden autogerecht ausgebaut. Durch die vierspurige Hauptstraße (Hamburger Allee) und die Straßenbahntrasse ergeben sich für Fußgänger und Radfahrer allerdings gravierende Zerschneidungs- und Barriereeffekte im Gebiet. Dadurch ist Neu Zippendorf in drei Bereiche gegliedert, nämlich in den Wohnbereich um die Wuppertaler und Pilaer Straße, den Wohn- und Geschäftsbereich zwischen Straßenbahn und Hamburger Allee mit dem Berliner Platz und in das Wohngebiet beiderseits der Perleberger Straße.

Seit 1990 ist Schwerin Landeshauptstadt des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern.

---

3 Bei den folgenden Ausführungen zum Modellgebiet wird, wo es sinnvoll erscheint, ein Zusammenhang mit Entwicklungen der Gesamtstadt hergestellt und um Hintergrundinformationen zum Land Mecklenburg-Vorpommern ergänzt. Dabei geht es weniger um die Vollständigkeit der Informationen als um signifikante Hinweise, um dem Leser so die Einordnung der Prozesse vor Ort in die komplexen Rahmenbedingungen zu erleichtern.

4 *Uwe Andersen und Wichard Woyke (Hrsg.),* Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997.

5 Seit etwa 1970 wollte die DDR den agrarischen Norden industrialisieren und siedelte deshalb Großbetriebe in Schwerin an. Die Einwohnerzahl der Stadt wurde damit schlagartig erhöht, da auch Arbeiter aus Sachsen und Thüringen mit Neubauwohnungen angeworben wurden, in: Hamburger Abendblatt vom 4.1.2001: Schwerin – Die ehemalige Großstadt, S. 6.

6 Im folgenden wird das gesamte Neubaugebiet Dreesch genannt, zu Abgrenzung gegenüber dem ersten Bauabschnitt des Gebietes, der die Bezeichnung Großer Dreesch trägt und hier auch so benannt bleibt.

7 In den etwa 20 000 Wohnungen lebten Ende September 1999 etwa 37 000 Menschen. *Ministerium für Arbeit und Bau, Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.),* Die Städtebauliche Weiterentwicklung und Wohnumfeldverbesserung der Großwohnsiedlungen. Werkstattbericht 1999, S. 24.

2.2 Das Modellgebiet heute: Strukturen, Probleme und Ressourcen

Das Modellgebiet Neu Zippendorf ist etwa 70 ha groß (der gesamte Stadtteil Neu Zippendorf umfasst eine Fläche von 110 ha)[8] und liegt ungefähr 5 km vom Stadtzentrum entfernt im Südosten der Stadt. Mit dem Bau von Neu Zippendorf, dem zweiten Bauabschnitt auf dem Dreesch zwischen Großem Dreesch und Mueßer Holz, wurde Anfang 1976 begonnen, die letzten Wohngebäude wurden 1980 in Neu Zippendorf gebaut[9]. Errichtet wurden hauptsächlich fünfgeschossige WBS-70-Gebäude[10]. Die Eingangssituation des Stadtteils aus Richtung Großer Dreesch und Stadtzentrum wurde durch elfgeschossige Hochhausgruppen betont. Nach einem zwischenzeitlichen Investitionsstopp für den elfgeschossigen Wohnungsbau endete Anfang der achtziger Jahre mit der Fertigstellung weiterer Elfgeschosser am Berliner Platz und entlang der Hamburger Allee die wesentliche Bautätigkeit in Neu Zippendorf. Von den 5 300 Wohnungen liegen 25 Prozent in Hochhäusern (besonders um den Berliner Platz), mehr als in den beiden anderen Stadtteilen des Dreesch.

Da der Berliner Platz als Zentrum für alle drei Bauabschnitte der Siedlung geplant war, waren alle zentralen Funktionen um eine großzügige Platzanlage vorgesehen. Seit dem Mitte der 90er Jahre erfolgten Bau von Stadtteilzentren in den beiden benachbarten Stadtteilen mit insgesamt 12 300 qm Verkaufsfläche hat der Berliner Platz seine Funktion als Zentrum weitgehend eingebüßt.

Bild 1: Das Modellgebiet Neu Zippendorf am Schweriner See. Bildquelle: Stadt Schwerin.

8 Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Schwerin 2000, S. 20.
9 Als letzter Stadtteil wurde im Rahmen der Stadterweiterung der Stadtteil Mueßer Holz gebaut und 1989 fertiggestellt.
10 Gebäude aus der Wohnbauserie 1970. dies ist ein bestimmter Typ des Plattenbaus in der ehemaligen DDR.

2.2.1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Abnahme der Einwohnerzahlen

Schwerin ist eine schrumpfende Stadt. Das liegt zum einen an der nach der Wende stark zurückgegangenen und seit 1995 nur gering steigenden Zahl der Geburten, mehr aber noch an einem negativen Wanderungssaldo durch Abwanderungen ins Umland und in die alten Bundesländer Anfang bis Mitte der neunziger Jahre, bedingt durch den Niedergang der Industrie. Diese Entwicklung ist in vielen Städten der neuen Bundesländer zu finden und spiegelt sich vor allem in den großen Neubaugebieten der Städte wider[11].

Seit 1990 hat die Bevölkerungsentwicklung in Neu Zippendorf eine erkennbare Veränderung erfahren, die gekennzeichnet ist

- durch einen deutlichen Rückgang der Einwohnerzahl im Stadtteil,
- durch eine markante Veränderung in der Altersstruktur und der sozialen Zusammensetzung,
- durch einen Bewohneraustausch durch Zu- und Umzüge.

Vor der Wende waren die drei Stadtteile auf dem Dreesch moderne und damit bevorzugte Wohnstandorte. Allerdings wuchs nach der Wende mit zunehmendem Angebot anderer Wohnformen (Einfamilienhausgebiete, modernisierte Wohnungen im Altstadtkern und neue, attraktive Geschosswohnungen unter anderem am Bleicher Ufer, in Krebsförden oder am Hafen) die Tendenz zum Wegzug, zumal Mängel in der Wohnungsausstattung und im Wohnumfeld der Neubaustadtteile deutlich wurden.

In Neu Zippendorf lebten zum Jahresende 1999 etwa 8 880 Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz (knapp 9 Prozent der Gesamtbevölkerung). Damit hat der Stadtteil von August 1993 (mit 13 302 Einwohnern) bis Dezember 1999 rund 4 500 Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz verloren, also mehr als 35 Prozent[12]. Die Einwohnerdichte in Neu Zippendorf liegt jedoch immer noch zehnmal so hoch wie in der Gesamtstadt, resultierend aus der hohen Bebauungsdichte des Stadtteils. Auch im Jahr 2000 konnte der Rückgang der Einwohnerzahl nicht aufgehalten werden: Ende 2000 lebten nur noch 8 019 Personen mit Haupt- und Nebenwohnsitz in Neu Zippendorf. Damit ist der Bevölkerungsrückgang in Neu Zippendorf deutlich schneller erfolgt: von 1993 bis 2000 ein Verlust von 40 Prozent gegenüber 20 Prozent in der Gesamtstadt.

Veränderungen zeigen sich auch bei der Haushaltsstruktur im Gebiet. So ist, aufgrund der Abnahme der Stadtteilbevölkerung und der Zunahme alleinlebender Menschen, die durchschnittliche Haushaltsgröße in Neu Zippendorf seit 1993 von 3,0 auf 2,0 Bewohner pro Haushalt gesunken und liegt damit nur noch leicht über dem gesamtstädtischen Durchschnitt.

---

11 Siehe dazu auch: Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Bericht der Kommission. Kurzfassung, o.O. 2000.

12 Der Bevölkerungsrückgang in der Gesamtstadt liegt im selben Zeitraum bei rund 16 Prozent. Siehe Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Schwerin 2000, S. 31.

Die der Rahmenplanung zugrunde gelegte Einwohnervorausschätzung[13] geht für das Jahr 2010 im günstigsten Fall von einer Einwohnerzahl von rund 8 000 Personen aus, im ungünstigen Fall von einem Rückgang bis auf 4 000 Personen. Bei einer Einwohnerzahl um 8 000 Personen wäre eine optimale Belegungsdichte aller vorhandenen Wohnungen (jeweils ein Wohnraum mehr als ein Haushalt Mitglieder hat) gegeben, bei der unteren Variante der Schätzung wäre mit weiter steigendem Leerstand zu rechnen.

In der 2001 von der Stadt in Auftrag gegebenen Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2016 wird auch für die Zukunft ein negatives Wanderungssaldo erwartetet, allerdings mit geringerer Dynamik als bisher. Im günstigsten Fall rechnet man bis zum Jahr 2016 mit einer Einwohnerzahl von rund knapp 87 000 Einwohnern. Diese Entwicklung wird sich auch auf die Bewohneranzahl Neu Zippendorfs auswirken und bestätigt den Trend der bisherigen Prognose für den Stadtteil.

Der Ausländer- und Asylbewerberanteil lag Ende 2000 bei 8,9 Prozent und damit deutlich über dem gesamtstädtischen Anteil mit 3,3 Prozent. Der hohe Prozentsatz ergibt sich aus dem Zuzug einer größeren Zahl jüdischer Emigranten aus dem Übergangsheim Görries[14]. Dazu kommen noch rund 300 Russland-Deutsche[15].

Veränderungen in der Alters- und Sozialstruktur

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis unter 20 Jahre lag Ende 2000 bei einem Anteil von 20,5 Prozent. Der Anteil der über 60-jährigen Bewohner, Ende 1998 noch bei 20,5 Prozent, ist bis Ende 2000 auf 24,9 Prozent angestiegen. Damit entspricht die Altersstruktur Neu Zippendorfs in etwa derjenigen der Gesamtstadt. Beim Anteil der Kinder und Jugendlichen liegt Neu Zippendorf deutlich unter Mueßer Holz mit rund 28 Prozent.

Problematisch wird bei der laut Prognose weiter abnehmenden Bevölkerungszahl die altersstrukturelle Zusammensetzung der Bewohnerschaft sein. Denn auch bei reduzierter Abwanderung vor allem junger und mittlerer Altersgruppen wird der Anteil der älteren Bevölkerung auf über 30 Prozent zunehmen[16].

Neben der Altersstruktur hat sich auch die Sozialstruktur des Stadtteils verändert. Die Entwicklung der Wohngeldempfänger und der Sozialhilfefälle weist auf einen hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte hin. So ist der Anteil der Haushalte, die Wohngeld beziehen, zwischen 1995 und 1997 von 10,9 Prozent auf 12,3 Prozent angestiegen und liegt damit deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 9,7 Prozent[17]. Für die Jahre 1998 und 1999 liegen zwar keine auf Stadtteile bezogenen Daten zu Wohngeldempfängern vor. Die Zahl der Empfängerhaushalte in Schwerin ist insgesamt aber weiter angestiegen, und zwar von 7 696 auf 9 092 (11 Prozent), so dass davon auszugehen ist, dass

13 Siehe Rahmenplanung Neu Zippendorf. Beiträge zur Expertenanhörung am 20.1.2000 zur städtebaulichen Weiterentwicklung Schwerin – Neu Zippendorf. Zwischenbericht, zusammengestellt von empirica, Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH, Berlin, Schwerin 2000, S. 9 f.

14 Quelle: Stastistisches Landesamt 2001.

15 Siehe Rahmenplanung Neu Zippendorf, *S.* 8. Über den weiteren Zuzug von Spätaussiedlern liegen keine Angaben vor.

16 Die Überalterung der Neu Zippendorfer Bevölkerung wird von etwa der Hälfte der Interviewten als Problem angesprochen.

17 Siehe dazu Rahmenplanung Neu Zippendorf, S. 18.

sie auch in Neu Zippendorf zugenommen hat. Auch die Zahl der Sozialhilfefälle in Neu Zippendorf lag zum 1. April 1999 mit 424 Personen und damit mit einem Anteil von 4,5 Prozent deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 2,7 Prozent und auch über dem für das Mueßer Holz ermittelten Anteil von 4,3 Prozent.

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen im Gebiet Neu Zippendorf lag 1997 laut Haushaltsbefragung[18] mit 2 367 DM deutlich unter dem gesamtstädtischen Durchschnittseinkommen mit 2 631 DM und auch etwas niedriger als in den beiden anderen Siedlungen Großer Dreesch (2 462 DM) und Mueßer Holz (2 434 DM). Für 2000 wurde in der Haushaltsbefragung auf gesamtstädtischer Ebene ein Anstieg des Haushaltseinkommens um 515 DM ermittelt, für Neu Zippendorf um 454 DM.

Die seit der Wende eingetretenen Veränderungen in der Sozialstruktur werden bei den Interviews sehr deutlich als Probleme des Stadtteils benannt. Von fast allen Interviewten werden die Zunahme und der hohe Anteil sozialschwacher Bevölkerungsgruppen als Problem gesehen, fast ebenso häufig die Abwanderung besser gestellter Haushalte. Indizien dafür seien Anzeichen von „Verwahrlosung", unzureichende familiäre Fürsorge der Eltern oder Elternteile, steigender Bedarf an Hilfen zur Erziehung und Zunahme der Verschuldung. Dazu kommt auch eine langsam zunehmende Zahl von Schulverweigerern, Drogenprobleme in der Schule sowie Vandalismus und Alkoholmissbrauch.

Um- und Fortzüge

Die Umzugsbereitschaft in Schwerin insgesamt ist nach Angaben der Haushaltsbefragungen 1997 und 2000 von unter 11 Prozent auf 14 Prozent gestiegen. In Neu Zippendorf ist sie jedoch von 13 Prozent in 1997 auf 28 Prozent gestiegen und liegt damit ganz oben in der Stadtteilliste.

Die Um- und Fortzüge aus Schwerin und auch aus Neu Zippendorf erfolgten sowohl in andere Stadtgebiete als auch ins Umland bzw. innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns. Dabei überwiegen in den Altersklassen bis unter 18 Jahre und 30- bis unter 50 Jahre die Fortzüge deutlich die Zuzüge, es ziehen also vor allem Familien mit Kindern und junge Menschen weg.

Aus den Interviews ergab sich der Hinweis, dass aufgrund von Rückgabe und Sanierung eine Abwanderung von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen vor allem aus den Stadtteilen Feldstadt/Schelfstadt in die Neubaugebiete einsetzte. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren viele der im Wohnheim in Görries untergebrachten Asylbewerber in Wohnungen der städtischen Wohnbaugesellschaft WGS untergebracht, die damit den hohen Leerstand im Gebiet senken konnte.

18 *Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) (Hrsg.),* Die Landeshauptstadt Schwerin und ihre Stadtteile – Wohnungsversorgung, Nachfragepotenziale, Wohnqualitäten und neue Wohnformen. Ergebnisse der repräsentativen Haushaltsbefragung 2000. Vergleich 1997 und 2000. Folienbericht (im Auftrag der Landeshauptstadt Schwerin), Bochum 2000.

2.2.2 Beschäftigungssituation

Nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg lag die Arbeitslosenquote zum Jahresende 1999 in Schwerin insgesamt bei 16,3 Prozent mit 8 542 Personen, in Neu Zippendorf bei 21,3 Prozent (896 Personen) und damit genau so hoch wie im Mueßer Holz. Im Großen Dreesch wurde zur gleichen Zeit eine Quote von 18,5 Prozent ermittelt. Von den fast 900 Arbeitslosen in Neu Zippendorf waren über ein Drittel, nämlich 312 Personen, Langzeitarbeitslose. Im Dezember 2000 betrug der Anteil der Arbeitslosen 23,6 Prozent, ist also weiter gestiegen, während er in der Gesamtstadt gleich blieb. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Neu Zippendorf (Stand 30. Juni 2000) betrug 2 759 Personen, darunter 42 Ausländer.

Mit dem Arbeitsplatzabbau im Industriegebiet Schwerin-Süd sank die Beschäftigtenzahl und hat seit 1989 um rund 2 300 abgenommen. Dem gegenüber steht zwar ein Ausbau von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich, in Neu Zippendorf allerdings in weit geringerem Maße als in den Stadtteilen Großer Dreesch und Mueßer Holz durch deren neue Einkaufszentren. In Neu Zippendorf sind nur mit dem Bau der Sparkassenfiliale an der Magdeburger Straße (1994) und dem Sportzentrum „Am Hang“ (1999) neue Arbeitsplätze entstanden. Eine genaue Aufstellung der Arbeitsplätze im Stadtteil gibt es zur Zeit nicht. Die Mehrzahl der Arbeitsplätze bieten der Einzelhandel und das Ladenhandwerk (rund 200 Arbeitsplätze), die beiden in Neu Zippendorf vorhandenen Alteneinrichtungen (188 Mitarbeiter), verschiedene kleine Dienstleister (Postfiliale und drei Geldinstitute) und gastronomische Einrichtungen. Mit dem Umzug der Fachhochschule der Bundesanstalt für Arbeit Mitte 2000 und der Aufgabe von Gemeinbedarfseinrichtungen (Schulen, Kindertageseinrichtungen) sind weitere Arbeitsplätze im Gebiet verloren gegangen.

In den Interviews wurde die hohe Arbeitslosigkeit als zentrales Problem der Bewohner des Stadtteils genannt. Besonders hingewiesen wurde auf die mangelnden Perspektiven für russische Jugendliche und die fehlenden Ausbildungsstellen und Qualifizierungsmöglichkeiten für Jugendliche insgesamt.

2.2.3 Gewerbe- und Branchenstruktur/Lokale Ökonomie

Mecklenburg-Vorpommern ist das Bundesland mit dem geringsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, mit der geringsten Industriedichte (an der industriellen Bruttoproduktion der ehemaligen DDR war das Land nur mit etwa 7 Prozent beteiligt[19]) und der zweithöchsten Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern nach Sachsen-Anhalt (19,9 Prozent im Februar 2002, Sachsen-Anhalt führte mit 20,8 Prozent)[20].

Die gegenwärtige Struktur der Schweriner Wirtschaft ist vor allem durch Betriebe der Branchen Kabelproduktion, Kunststoffverarbeitung, Verpackungsmittelproduktion, Maschinen- und Metallbau, Umwelttechnik, Getreide- und Nahrungsgüterwirtschaft, Nutzfahrzeugbau (Anhängerproduktion) und Baugewerbe gekennzeichnet[21]. Seitens der Stadt wird die Ansiedlung weiterer Unternehmen mit moderner umweltverträglicher Produk-

19 *Andersen/Woyke*, S. 292 ff.
20 Quelle der monatlichen Arbeitslosenstatistik: www.arbeitsamt.de
21 Siehe *Wüstenrot Stiftung Deutscher Eigenheimverein e.V. (Hrsg.),* Kommunales Wohnkonzept Schwerin, Ludwigsburg 1995, S. 6 ff.

tion durch die Bereitstellung von Gewerbeflächen gefördert (Schwerin-Süd mit 85 ha, Gewerbepark Lankow mit 11 ha, Krebsförden und Medewege mit Misch- und Gewerbegebieten).

Hohe Wachstumsraten verzeichnet vor allem der Tourismus, bei dem Mecklenburg-Vorpommern seit zwei Jahren die höchsten Zuwächse im deutschen Reisegewerbe meldet und sich die Bettenzahl von 1992 bis 2000 mit 151 000 mehr als verdoppelt hat. Rund 65 000 Stellen sind in der Tourismusbranche entstanden, was den Stellenabbau durch den Strukturwandel etwas mildern, nicht aber kompensieren kann[22].

Der Einzelhandel konzentriert sich auf den Berliner Platz und seine unmittelbare Umgebung. Durch den Bau der benachbarten Stadtteilzentren Dreescher Markt (Großer Dreesch) und Kepler-Passagen (Mueßer Holz) haben sich Käuferströme dorthin verlagert, die Verkaufsflächen verringert und das Warenangebot am Berliner Platz infolge sinkender Kaufkraft in Richtung „Billigangebote“ entwickelt. Durch die Verteilung des Einzelhandels über einen größeren Bereich entsteht kaum der Eindruck eines urbanen Einkaufsbereiches. Die von Stagnation gekennzeichnete Situation ist Indiz für den generellen Bedeutungsverlust des Berliner Platzes. Als Probleme im Einzelhandel und bei der Gastronomie nennen die Interviewten vereinzelte Leerstände, Schließung von Einzelhandelsgeschäften und Veränderungen im Angebot.

Eine Befragung von Gewerbetreibenden am Berliner Platz[23] ergab folgendes Bild: Fast 50 Prozent der antwortenden Gewerbetreibenden gründeten ihre Existenz zwischen 1990 und 1995, sind also schon mehr als 5 bis 10 Jahre im Gebiet vertreten. 30 Prozent der Gewerbetreibenden, unter anderem die Post, Gastronomie und Bekleidungsgeschäfte, gab es schon vor der Wende, sie wurden danach privatisiert und weitergeführt. Die Zahl der Beschäftigten in diesen Betrieben ist nur in den Jahren 1990 und 1991 drastisch zurückgegangen als Folge der steigenden Lohnkosten und einer zu DDR-Zeiten vorhandenen
Überbeschäftigung. Befragt nach ihrer Geschäftslage/Umsatzentwicklung, bezeichneten 50 Prozent diese mit „es geht“, nur 20 Prozent bezeichnen sie als „gut“, 10 Prozent als „schlecht“ und 20 Prozent als „sehr schlecht“. Als Ursache für die sehr schlechte Umsatzlage wurde an erster Stelle die Konkurrenz durch Einkaufszentren genannt: vor allem der im Großen Dreesch befindliche Köp-Markt mit rund 3 000 qm Verkaufsfläche stellt als auto-/kundenorientiertes Nahversorgungszentrum eine Konkurrenz für das Einzelhandelsangebot in Neu Zippendorf dar.

Trotz der tendenziell schlechten Umsatzlage äußerten 73 Prozent der Gewerbetreibenden, sich nicht vorstellen zu können, ihren Standort zu wechseln. Ein Zusammenhang zwischen der Umsatzlage und dem Anteil der Kunden aus dem Stadtteil kann nicht abgeleitet werden. Im Durchschnitt beträgt dieser Anteil 65 Prozent, schwankt aber zwischen 10 und 90 Prozent nach Angaben der Gewerbetreibenden.

Der an fünf Tagen pro Woche stattfindende Wochenmarkt bietet ein breites Warenspektrum mit Schwerpunkt im Textilbereich an, hat aber ebenfalls durch Qualitätsveränderungen im Warenangebot an Attraktivität verloren. Dies wird auch von den befragten Gewerbetreibenden öfter genannt, immerhin fast die Hälfte empfindet dies als ein bedeu-

22 *Frankfurter Rundschau* vom 3.5.2000.
23 Durchgeführt von der Stadt, an der sich 20 der insgesamt 25 Gewerbetreibenden beteiligten.

tendes Problem. Andererseits tragen nach Meinung der Gewerbetreibenden der Wochenmarkt und auch der Hit-Markt dazu bei, Kunden auch aus den benachbarten Stadtteilen anzuziehen. Die Hälfte der befragten Gewerbetreibenden würde eine Aufwertung des Wochenmarktes als Maßnahme zur Gewinnung von neuen Kunden begrüßen, 19 Prozent sogar sehr begrüßen. Für die Aufwertung sollten nach ihren Vorstellungen die Verkaufsstände einheitlich gestaltet und das Angebot an Textilien zugunsten eines Grünmarktes eingeschränkt werden.

Bild 2: Wochenmarkt am Berliner Platz und Hit-Markt. Bildquelle: Stadt Schwerin.

Als Beeinträchtigung wird von den Gewerbetreibenden das soziale Umfeld empfunden, alle stufen den Rückgang/Veränderung der Bewohnerschaft als bedeutend/sehr bedeutend ein. Die Einkommensentwicklung wird von 75 Prozent als „sehr bedeutend“ eingeschätzt. Problematisch ist auch die fehlende Attraktivität des Berliner Platzes aufgrund von Mängeln bei Ordnung und Sauberkeit, fehlender Beleuchtung und der damals noch zugeschütteten Brunnenanlage. Als zentrales Problem am Standort Berliner Platz wird von einigen Gewerbetreibenden das Vorhandensein von Ausländern und von anderen Randgruppen aufgeführt. Sie werden für Umsatzrückgänge, Fortzüge und ein schlechtes Image des Stadtteils verantwortlich gemacht. Um neue Käuferschichten zu gewinnen, erscheint es den Gewerbetreibenden vordringlich, die städtebauliche Situation zu verändern und den Berliner Platz gestalterisch aufzuwerten. Nicht so wichtig ist ihrer Meinung nach eine Vergrößerung der Verkaufsflächen und Schaffung zusätzlicher Parkplätze. Immerhin 60 Prozent wären bereit, sich an der Entwicklung des „Stadtteilzentrums Berliner Platz“ zu beteiligen.

2.2.4 Wohnverhältnisse und Wohnumfeld

Der Wohnungsbestand in Neu Zippendorf (4 699 Wohneinheiten) teilt sich auf zwischen zwei Eigentümern, der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG (SWG) mit 2 042

Wohneinheiten (43 Prozent) und der stadteigenen Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH (WGS) mit 2 657 Wohneinheiten (57 Prozent)[24]. Daneben gibt es noch zwei stationäre Alteneinrichtungen (190 und 90 Plätzen). Beide Einrichtungen werden von den Schweriner Alten- und Pflegeheimen, einem Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Schwerin, verwaltet.

Ende 1999[25] befanden sich in Neu Zippendorf 355, im Großen Dreesch 443 und im Mueßer Holz 772 Wohngebäude. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung unterscheidet sich in den drei Stadtteilen kaum (55,9 qm im Mueßer Holz und je 55,3 qm in Neu Zippendorf und Großer Dreesch) und liegt damit deutlich unter dem städtischen Durchschnitt von 61,1 qm je Wohnung. Der Wohnungsbestand in Neu Zippendorf ist geprägt durch einen sehr hohen Anteil an Drei-Raum-Wohnungen mit 58 bzw. 69 qm Wohnfläche (43,1 Prozent im Gegensatz zu 39 Prozent im gesamtstädtischen Durchschnitt).

Beide Wohnungsgesellschaften halten weiteren Rückbau und Abriss im Gebiet aufgrund des hohen Leerstandes für notwendig[26]. Der Leerstand bei der SWG betrug am 31. März 2000 etwa 15 Prozent, bei der WGS lag er Ende Oktober 2000 bei ungefähr 6 Prozent[27]. Leer stehen vorwiegend die Vier- bis Fünf-Raum-Wohnungen, Wohnungen im Parterre und im vierten Obergeschoss bei Gebäuden ohne Fahrstuhl. Eine Reduzierung des Wohnungsbestandes um bis zu 700 Wohneinheiten ist laut Rahmenplanung[28] mittel- bis langfristig umsetzbar[29]. Ein Rückbau soll nach Aussagen der Rahmenplanung dort erfolgen, wo damit auch strukturelle Probleme des Wohnquartiers behoben werden können (Stellplatzmangel, Defizit an Grünflächen). Abgerissen wurden seit 1999 drei von der WGS in Tunnelbauweise errichtete Hochhäuser mit insgesamt 153 Drei-Raum-Wohnungen, in 2000 folgten weitere Hochhäuser in der Cottbuser Straße. Auch die SWG wird 2002/03 den Abriss von Gebäuden in der Neubrandenburger Straße 4-14 und der Pescer Straße 4-14 vornehmen. Damit werden eine Auflockerung der sehr dichten Bebauung im Bereich südlich der Hamburger Allee erreicht und gleichzeitig die Anzahl der Wohnungen mit problematischem Grundriss verringert. Die entstehenden Freiflächen werden im gleichen Zeitraum neu gestaltet.

Bis 2001 hat die SWG Standardsanierungen und Grundinstandsetzungen (vorwiegend Dach, Fenster, Haustüren, Gegensprechanlagen) in Höhe von etwa 34 Mio. DM durchgeführt und damit im Durchschnitt 302,42 DM pro qm investiert. Mit der Komplexsanierung in Neu Zippendorf hat die SWG im Jahr 1999 begonnen: in 1999 Hamburger Allee 46-66 und Parchimer Straße mit 170 Wohneinheiten, in 2000 Perleberger Straße 9-17, Wittenberger Straße 13-18 und Parchimer Straße 9-23 mit 210 Wohneinheiten und in 2001 Pescer Straße 5-17, 19-31 und Neubrandenburger Straße 9-23 mit 230 Wohneinheiten. Nach Fertigstellung beträgt die Kaltmiete 9 DM/qm.

---

24 Siehe Rahmenplan Neu Zippendorf, Zusammenfassung, S. 7ff.

25 Siehe Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Schwerin, S. 142.

26 Schwerin hat die höchste Leerstandsquote von 12,55 Prozent aller Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern. Die fehlenden Mieteinnahmen der Wohnungsbaugesellschaften führen dazu, dass ihnen finanzielle Mittel für Modernisierungen und größere Investitionen fehlen (Schweriner Volkszeitung online vom 13.7.2000: Jede zehnte Wohnung steht leer).

27 Als Leerstand werden Wohnungen eingestuft, die länger als drei Monate nicht bewohnt sind.

28 Siehe Rahmenplan Neu Zippendorf, S. 20.

29 Diese Einschätzung findet auch Eingang in das Stadtentwicklungskonzept zum Bund-Länder-Programm Stadtumbau.

Die WGS hat bisher für etwa 28 Mio. DM eine Standardsanierung bei 2 075 Wohnungen und eine Grundinstandsetzung bei 432 Wohnungen durchgeführt und damit im Durchschnitt 217 DM/qm investiert. 1999 wurden von ihr 163 Wohneinheiten in der Stralsunder Straße 2/4 und 6 saniert[30]. Hier beträgt die Kaltmiete zwischen 9,20 DM und 9,70 DM/qm. Mit diesen Mieten konkurrieren die Wohnungen mit vergleichbar ausgestatteten Wohnungen der Innenstadt – laut Mietspiegel für 1999 beträgt dort die Durchschnittsmiete für normal ausgestattete, sanierte Wohnungen 9,80 DM/qm –, so dass für eine Vermietung besondere Qualitäten der Wohnungen vorhanden sein müssen.

Die WGS hält sich bei kostenintensiven Modernisierungsmaßnahmen zurück und kümmert sich bisher kaum um die soziale Betreuung der Mieter, obwohl sie in ihren Wohnungen viele Aussiedler und jüdische Emigranten hat. Neue Impulse ergeben sich jedoch aus einer 2001 durchgeführten Befragung von 728 russischsprachigen Mietern der WGS zu ihrer Wohnzufriedenheit[31]. Die Ergebnisse wurden in der Arbeitsgruppe Zusammenleben vorgestellt, die gemeinsame Umsetzung verschiedener Wünsche der Mieter ist geplant (etwa Bänke im Innenhof, Zusammenstellung eines Informationspaketes für neue Mieter).

Bild 3: Sanierte Häuser Guerickestraße. Bildquelle: WGS Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH.

Die SWG hat 1999 eine Abteilung für soziales Management eingerichtet. Ihr Engagement wird unter anderem durch die Anstellung eines Wohngebietsbetreuers für einen Teilbe-

30 Die Wohnungsunternehmen unterscheiden grundsätzlich zwei Sanierungsstrategien: Komplexsanierung und Standardsanierung, bei letzterer werden nur Fenster und Eingangstüren erneuert sowie eventuell der Anstrich des Hauses. Modernisierungsumlage Komplexsanierung = 3,00 bis 4,00 DM pro qm für die Mieter, Standard = 1,30 bis 1,50 DM. Erfahrungsgemäß führt nur die umfassende Sanierung zu einer deutlichen Minderung der Betriebskosten. Da Komplexsanierung bisher in Neu Zippendorf kaum durchgeführt wurde, ist der Wohnungsstandard niedrig.

31 *Dimitri Gorbounov,* Zielgruppenorientiertes Marketinggrobkonzept (Zielgruppe: Russisch sprechende Mieter der WGS), Schwerin 2001.

reich von Neu Zippendorf deutlich (siehe Kapitel 3.5.2). Darüber hinaus sind stadtweit zwei Frauen in der Kinder- und Jugendlichenarbeit sowie drei Projektentwickler im Rahmen der Wohngebietsbetreuung der SWG tätig. Zur Aufgabe des sozialen Managements gehört auch die Beratung von Mietschuldnern, deren Zahl in den letzten Jahren weiter zugenommen hat.

Sowohl durch die Interviews als auch durch die von der Stadt in Auftrag gegebene Haushaltsbefragung in 1997 und 2000 ergibt sich eine nicht allzu positive Beurteilung der Wohnsituation[32]. Laut der Ergebnisse der Haushaltsbefragung besteht noch immer eine hohe Umzugsbereitschaft. Dem zufolge unterscheidet sich auch die Wohnzufriedenheit in Neu Zippendorf deutlich von der im gesamten Stadtgebiet und hat in den drei Jahren weiter abgenommen. Lediglich die russischsprachigen Mieter der WGS sind zum größten Teil sehr zufrieden. In den Interviews wird der hohe Leerstand von fast allen Befragten als Problem des Stadtteils betont. Zu Spannungen führen die geringe Wohnqualität sowie das Nebeneinander von Ein- und Vier-Raum-Wohnungen in den Fünfgeschossern. Dazu kommt noch das bisher unabgestimmte Vorgehen der beiden Wohnungsgesellschaften bei Sanierung und Modernisierung, das die Bewohner verunsichert und zu einem uneinheitlichen Stadtteilbild führt. Ein immer wieder genanntes Problem ist die nicht gleichzeitig erfolgte Aufnahme der drei Stadtteile in das Programm „Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“, so dass Sanierung/Modernisierung in den drei Neubaugebieten nicht zeitgleich begonnen hat.

Wohnumfeld

Zum Wohnumfeld gehören zum einen die Frei- und Grünflächen um die Wohngebäude. Ihre Gestaltung und ihre Nutzungsmöglichkeiten bestimmen den Wohnwert und die Wohnzufriedenheit entscheidend mit. Bezogen auf das Wohnumfeld wurden von mehreren Interviewten die Stichworte Verschmutzung, Verwahrlosung, Vandalismus und triste Gestaltung der Innenhöfe (relativ geschlossene Wohnhöfe aufgrund der vorhandenen fünfgeschossigen Bebauung) genannt. Probleme ergeben sich auch unter den Benutzern der Grün- und Freiflächen, die älteren Bewohner als Ruhemöglichkeiten nutzen wollen, Kinder und Jugendliche dagegen als wohnungsnahe Spielplätze.

Zum anderen bestimmen die naturräumliche Einbindung, die Erreichbarkeit der Naherholungsgebiete und die Gestaltung von Freiräumen den Wert des Wohnumfeldes. Der auch visuell erlebbare Landschaftsbezug zu den umliegenden Grünräumen und Waldgebieten und die räumliche Nähe zum Schweriner See und dem dort angesiedelten Strandbad sind die besonderen Potenziale des Stadtteils. Allerdings weisen die Flächen Mängel auf, wie unzureichend festgelegte Nutzung oder Fehlnutzung, und offensichtliche Gestaltungsmängel, wie fehlende Raumkanten. Brachflächen und leerstehende Gebäude sowie unzureichende Erschließung für Fußgänger und Radfahrer mindern die Attraktivität des Wohnumfeldes. Bereits im Jahr 2002 wird die Freifläche „Plater Landstraße“ umge-staltet. Im Rahmen der Bundesgartenschau 2009 ist die Aufwertung der gesamten Freiflächenachse vom Neu Zippendorfer Strand über den Berliner Platz geplant.

---

32 Siehe *Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) (Hrsg.)*, S. 12 und Tabellenteil.

2.2.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Der Stadtteil war und ist in Bezug auf Kindertageseinrichtungen und Schulen gut versorgt. Die stark sinkende Zahl der Kinder im Betreuungsalter (von 917 Kindern im Alter von 0- bis unter 10 Jahre in 1996 auf 698 Kinder dieses Alters in 1998) hat zu einer erheblichen Reduzierung der Plätze in städtischen Kindertageseinrichtungen geführt. Aufgrund des weiteren Rückgangs, vor allem bei den Hortkindern, wurde wegen ihrer Nähe zur Kindertagesstätte der Volkssolidarität die Kindertagesstätte Magdeburger Straße geschlossen. Für die Kindereinrichtung der Volkssolidarität besteht die Empfehlung, die vorhandenen Plätze zu reduzieren.

In Neu Zippendorf befanden sich vier Schulen: die Astrid-Lindgren-Schule als Grund-, Haupt- und Realschule, die Sigmund-Jähn-Schule – ebenfalls Realschule –, die Waleri-Bykowski-Schule als Grundschule und das Sprachheilpädagogische Förderzentrum, die letzten drei in unmittelbarer Nähe zueinander. Da die Prognose des Amtes für Schule und Sport für das Schuljahr 2006/07 im Realschulbereich von einem drastischen Rückgang der Schülerzahlen ausgeht (1996/97 1 341 Schüler, 2006/07 477 Schüler), schlug das Amt sowohl für die Sigmund-Jähn-Realschule als auch die Waleri-Bykowski-Grundschule die Auflösung und Zusammenlegung mit der Astrid-Lindgren-Schule zum Schuljahr 2002/03 vor, in Abhängigkeit einer erfolgten Sanierung der Schule. Für die Beibehaltung der Astrid-Lindgren-Schule als Schwerpunktschule spricht die verkehrlich gut angebundene und zentrale Lage sowie die beabsichtigte Angliederung weiterer kultureller Einrichtungen mit dem Ziel, ein stadtteilkulturelles Zentrum zu schaffen (siehe Kapitel 3.5.1).

Trotz des zahlenmäßigen Rückgangs sind und werden Jugendliche auch in den nächsten Jahren eine relevante Gruppe im Stadtteil sein. Offene Jugendarbeit wird gegenwärtig von der Stadt im Freizeittreff Déjà vu und vom Kinderschutzbund im Haus der Begegnung durchgeführt[33]. Weitere Betreuungsangebote bieten die Sigmund-Jähn-Schule und die Astrid-Lindgren-Schule mit je einem Schulclub und einem Schülertreff. Während der Schulclub von Schülern und Lehrern organisiert wird, werden die Schülertreffs durch aus „Strukturanpassungsmaßnahmen“ finanzierte Stellen (SAM) der Zukunftswerkstatt e.V. und des Arbeitsamtes betreut. Diese Stellen waren auf drei Jahre befristet, so dass das Beschäftigungsverhältnis Ende März 2002 endete.

Beim Verein Alternatives Jugendwohnen (AJW) arbeitete bis Mitte 2001 eine Stadtteilkoordinatorin (siehe Kapitel 5.3), die vor allem in verschiedenen Gremien Moderationstätigkeit ausübte und Angebote koordinierte. Das AJW fördert und unterstützt Kinder und Jugendliche und ihre Familien vor allem in den Stadtteilen Großer Dreesch und Neu Zippendorf durch projektbezogene offene Jugendarbeit und durch einen Stadtteiltreff.

Gegenwärtig gibt es zwar einige nicht betreute Freizeiteinrichtungen in Neu Zippendorf im Freizeitpark Plater Straße (Streetball, Bolzplatz, Jugendhütte, große Spielmaschine) und einen Streetballkorb an der Pilaer Straße, das Angebot reicht aber bei weitem nicht aus. Daher wurden in der Rahmenplanung verschiedene Maßnahmen für eine bedarfsgerechte Ausstattung der Spielflächen für die verschiedenen Altersgruppen erarbeitet wie zum Beispiel die Gestaltung des Umfeldes am Jugendclub Déjà vu und der Ausbau des Freizeitbereiches Plater Straße. Auch aus den Interviews ergaben sich mehrmals Hinweise

33 Die Stadt hat im Jahr 2001 die Jugendeinrichtungen weitgehend privatisiert.

auf zu wenige offene Angebote für Jugendliche und auf fehlende attraktive Aufenthaltsbereiche für diese Altersgruppe. Nicht so häufig wird auf ein Spielplatzdefizit für jüngere Kinder hingewiesen, bemängelt wird aber die Qualität der Spielplätze. Bei der Realisierung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche sollten möglichen Konflikten mit älteren Bewohnern durch frühzeitige Beteiligung der Anwohner und entsprechende Gestaltung der Flächen vorgebeugt werden.

Bild 4: Jugendclub Déjà vu in Neu Zippendorf. Bildquelle: Cathy Cramer, Berlin.

Neu Zippendorf ist mit zwei Alten- und Pflegeheimen ein wichtiger Standort für stationäre Alteneinrichtungen innerhalb der Stadt und der drei Neubaugebiete. Die Mehrzahl der Einrichtungen der offenen Altenarbeit erreicht über den Stadtteil hinaus ältere Menschen. Jeder der drei Stadtteile hat einen Seniorenclub unter jeweilig anderer Trägerschaft. Dazu kommen Begegnungsstätten und ein Nachbarschaftstreff sowie Betreuungsbüros verschiedener Träger und Angebote einer Kirchengemeinde (Mueßer Holz). Insgesamt verfügen die drei Stadtteile über elf Einrichtungen der offenen Altenarbeit, nicht alle sind wohnortnah angesiedelt. Intergenerative Ansätze fehlen weitgehend ebenso wie interkulturelle Angebote. Die in den Stadtteilen wohnenden Aussiedler und Ausländer sind bisher kaum in die offene Altenarbeit einbezogen, Anschluss und Betreuung finden sie nur in den Kirchengemeinden im Mueßer Holz und vereinzelt durch Angebote im Haus der Begegnung.

In Neu Zippendorf waren Ende 1999 vier praktische Ärzte, zwei Zahnärzte und ein Hautarzt niedergelassen. Betrachtet man die drei Neubauviertel, so sind alle Fachrichtungen auf dem Dreesch vertreten. Das Gesundheitsamt der Stadt Schwerin ist am Rande des Großen Dreesch zu Neu Zippendorf hin angesiedelt (Anne-Frank-Straße). Es umfasst fünf Fachgruppen, nämlich den Amtsärztlichen Dienst, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst inklusive Impfwesen, den Zahnärztlichen Dienst, die Fachgruppe Infektionsschutz, Hygiene, Umwelthygiene und Psychosoziale Dienste. Den einzelnen Fachgruppen sind Be-

ratungsstellen zugeordnet. Aus den Interviews der PvO zum Handlungsfeld Gesundheit wird deutlich, dass eine wachsende Zahl von Spätaussiedlern sehr alt ist und durch Gebrechlichkeit, Behinderung oder Krankheit die Gesundheitsdienste stärker belasten. Gerade bei Älteren sind Sprachprobleme, zumal für medizinische Fachwörter, sehr groß[34]. Nach Aussagen von Mitarbeitern des Gesundheitsamtes verfügt nur einer der Ärzte im Neubaugebiet über russische Sprachkenntnisse.

Ebenfalls in der Anne-Frank-Straße befindet sich das Regionalbüro 3, das unter anderem auch für Neu Zippendorf und den Großen Dreesch zuständig ist. Dort sind der Kommunale Sozialdienst, die Wohngeldstelle, wirtschaftliche Sozialhilfe, wirtschaftliche Jugendhilfe und sonstige Leistungen angesiedelt.

Auch die Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen e.V. (K.I.S.S.) hat ihren Sitz in der Anne-Frank-Straße. Eine ihrer Hauptaktivitäten liegt in der Beratung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, von denen es im Jahr 2000 94 in Schwerin gab. K.I.S.S. hat in Zusammenarbeit mit der Beschäftigungsförderungsgesellschaft eine Broschüre erstellt, die über vorhandene Selbsthilfegruppen, über Beratungsstellen, Vereine und Einrichtungen mit sozialer und gesundheitlicher Aufgabenstellung sowie über Kontaktstellen des Landes Mecklenburg-Vorpommern informiert und jährlich aktualisiert wird.

In Neu Zippendorf befindet sich in ehemaligen Räumen einer Kindertagesstätte das Haus der Begegnung, unter dessen Dach eine Vielzahl von Gruppen und Aktivitäten angesiedelt ist, die einerseits stadtteilübergreifend arbeiten, andererseits spezielle Angebote für Bewohnergruppen in Neu Zippendorf machen, zum Beispiel verschiedene Angebote für Behindertengruppen, Arbeitslose.

Stadtteilbezogene Kultur- und Bildungseinrichtungen sind in Neu Zippendorf nicht vorhanden. Allerdings befindet sich auf dem Großen Dreesch eine Stadtteilbibliothek mit etwa 20 000 Medieneinheiten, im Mueßer Holz ein Veranstaltungsort für Jugendkultur (Busch Club) und ein Familienzentrum der Arbeiterwohlfahrt. Schwerin insgesamt verfügt über ausreichende Kapazitäten an Bildungs- und Kultureinrichtungen, so dass nur eine Verlagerung von Einrichtungen aus anderen Stadtteilen möglich ist. Da an der Konzeption, in jedem der drei Stadtteile eine eigene Zweigstelle der Bibliothek einzurichten, nicht mehr festgehalten wird und die Stadtteilbibliothek nach geeigneteren Räumen sucht, ist die Verlagerung der Stadtteilbibliothek nach Neu Zippendorf als eine Maßnahme im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ vorgesehen.

2.2.6 Zusammenleben im Quartier

Von den Bewohnern, die schon lange im Gebiet wohnen, werden die vor der Wende bestandenen Nachbarschaften/Hausgemeinschaften hervorgehoben und bedauert, dass es dafür keinen Ersatz gibt. Gründe dafür werden in der Abwanderung von Bewohnern, vor allem aber in den veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen sowie den daraus resultierenden Folgen gesehen (fehlender Zusammenhalt, hohe Zahl von Alleinerziehenden, reduziertes Engagement, die fehlende Erziehungskompetenz in vielen

34 Spätaussiedler im Rentenalter haben keinen Anspruch auf kostenlose Sprachkurse.

Familien aufgrund von Arbeitslosigkeit, Alkoholismus). Von den Gewerbetreibenden wurde relativ oft das Vorhandensein von Ausländern und anderen Randgruppen auf dem Berliner Platz als Problem erwähnt[35]. Bisher bestehen kaum Ansätze zu einer Annäherung zwischen „Alteingesessenen“ und den zugezogenen Aussiedlern und Ausländern.

Spätaussiedler und Migranten können sich im Haus der Begegnung vom Arbeitslosenverband Schwerin in allen Lebenslagen beraten lassen[36]. Angeboten wird dort auch ein Familientreff für diese Gruppen, Sozialberatung und eine Ämterbegleitung[37]. Im Großen Dreesch bietet die Arbeiterwohlfahrt Beratung und Integrationshilfen für Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und andere Migranten an, diese Angebote stehen auch den Migranten aus Neu Zippendorf zur Verfügung. Die evangelische und die katholische Kirchengemeinde im Mueßer Holz engagieren sich in der Betreuung der Aussiedler. Der Pfarrer der katholischen Kirchengemeinde besucht die im Dreesch angesiedelten Russlanddeutschen, man trifft sich sonntags im Gottesdienst und einmal monatlich in der dafür gegründeten „Andreas-Gruppe“. Auch in der evangelischen Gemeinde spielen Russlanddeutsche eine große Rolle. Sie kompensieren den Wegzug deutscher Gemeindemitglieder. Nach den Gottesdiensten besteht bei gemeinsamem Kaffeetrinken die Möglichkeit zu Kontakten. Einmal monatlich findet ein „Aussiedlernachmittag“ statt. Zusammen mit der Diakonie gibt es einen monatlichen Beratungstreff, auf dem es meist um Behördenprobleme geht und an dem auch Russisch sprechende Berater zur Verfügung stehen und bei Ämtergängen begleiten. Auch im Nachbarschaftstreff Tallinner Straße treffen sich Aussiedlerfrauen zu gemeinsamen Handarbeiten. Dies alles reicht aber nicht aus, um ein besseres Zusammenleben zu sichern, wie die in den Interviews immer wieder genannten Vorbehalte gegen Ausländer, Asylbewerber und Spätaussiedler zeigen.

Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Bundesland, das einen eigenen Haushaltstitel für die Kriminalitätsvorbeugung hat. Pro Jahr stehen 60 000 DM für Präventionsprojekte gegen den Rechtsextremismus zur Verfügung und insgesamt 350 000 DM für die Kriminalitätsvorbeugung. Damit können rund 65 Projekte finanziert werden. Im Ländervergleich lag Mecklenburg-Vorpommern 1999 in der Statistik zu fremdenfeindlichen Gewalttaten je 100 000 Einwohnern mit 2,84 an zweiter Stelle hinter Sachsen-Anhalt mit 3,04[38]. Schwerin ist nicht regionaler Schwerpunkt von rechtsextremen Organisationen, die „Kameradschaft Schwerin“ wird jedoch vom Verfassungsschutz als „neonazistisch und besonders aktiv“ eingestuft. Nach Aussagen des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern hat sich eine Jugendszene entwickelt, „in der es schick geworden sei, sich mit rechtsextremen Symbolen zu schmücken“[39]. Trotz dieser Ausgangslage sind fremdenfeindliche Tendenzen im Modellgebiet nur in Ansätzen feststellbar. Ein sichtbares Zeichen war lediglich die Beschmutzung des Lenin-Denkmals mit Farbe im Mueßer Holz, von der die WGS berichtete, die auf diesen Vorfall sehr schnell reagierte und das Denkmal reinigen ließ. Allerdings sollte die Entwicklung der Jugendszene im Neubaugebiet weiter aufmerksam beobachtet werden.

---

35 *Befragung unter den Gewerbetreibenden am Berliner Platz,* a.a.O. S. 7.

36 Siehe Liste der Beratungsangebote zur Integration von Zuwanderern*,* Stand Juni 2000, Büro der Ausländerbeauftragten.

37 Siehe *Kontakt-, Informations- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen Schwerin e.V. (Hrsg.),* Was ist wo?, 6. Auflage Schwerin o.J. (2000).

38 Fremdenfeindliche Gewalt nahm 1999 stark zu, in: Berliner Zeitung vom 13./14.5.2000*:*

39 Mit Härte gegen Rechtsextremismus, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12.5.2000.

In den Bewohnerinterviews wurde auch von zunehmenden Raubüberfällen auf dem Berliner Platz berichtet, so dass sich Frauen von ihren Männern bei Dunkelheit an der Straßenbahnhaltestelle abholen lassen. Die Zunahme von Überfällen wurde von der Polizei allerdings nicht bestätigt. Für sie ist Neu Zippendorf kein Schwerpunkt polizeilicher Maßnahmen. Im Nahtbereich von Neu Zippendorf/Mueßer Holz ist zwar eine Steigerung der polizeilichen Einsätze von 1999 auf 2000 zu verzeichnen, es handelte sich dabei meist um Streit oder Gewalt in der Familie oder um Anzeigen wegen ruhestörenden Lärms.

Konflikte im Zusammenleben ergeben sich auch durch Nutzungsansprüche an Freiflächen im Gebiet zwischen Jung und Alt, vor allem bei wohnungsnahen Spiel- und Freiflächen.

2.2.7 Image des Gebiets

Von den befragten Institutionen und den Bewohnern wird das Image des Stadtteils differenziert beurteilt: So steht in der Haushaltsbefragung der Grund „schlechte Wohngegend" an der Spitze der Umzugsgründe mit 18,5 Prozent, der 1997 noch keine Rolle gespielt hat. In den Interviews spielt das schlechte Image zwar eine untergeordnete Rolle, dafür wird aber sehr häufig geäußert, dass Neu Zippendorf zu spät gefördert wurde, dass zu wenig und zu spät investiert wurde und Neu Zippendorf damit in der Entwicklung hinter den beiden anderen Neubaugebieten zurücksteht. Bei einer Rangordnung innerhalb der drei Neubaugebiete liegt Neu Zippendorf nach Einschätzung der Interviewten allerdings in der Mitte, nach Aussage der 2000 erfolgten Haushaltsbefragung zur Wohnungsversorgung aber an letzter Stelle.

Aus den Interviews lässt sich eine gewisse Resignation ableiten, ein Teil der Leute fühlt sich „abgeschrieben". Konstatiert wird dabei, dass das Gebiet und der Dreesch insgesamt zu wenig in die städtische Politik integriert sind, „die Entwicklung von Neu Zippendorf stagniert". Das geht so weit, dass bisher engagierte Bewohner sich mit Wegzugsgedanken tragen. Dazu kommen die auch im Straßenbild wahrnehmbare Zunahme von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen, die Fluktuation/Abnahme von Einzelhandelsgeschäften und der Gastronomie, leerstehende Wohnungen und Einrichtungen, die als „Schandfleck oder Gefahrenquelle" gesehen werden.

Die Bewohner sehen jedoch auch positive Ansätze und Entwicklungen im Gebiet, die zugleich Entwicklungspotenziale des Modellgebiets sind.

2.3 Entwicklungspotenziale im Modellgebiet

Trotz der Probleme weist der Stadtteil Neu Zippendorf eine Vielzahl von Potenzialen auf, die Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung des Stadtteils und für ein integriertes Handlungskonzept bieten. Dies wird durch die Haushaltsbefragung indirekt bestätigt, da zumindest bei den Miethaushalten ein Umzug nach Neu Zippendorf ebenso wie in die beiden anderen Neubaugebiete nicht völlig ausgeschlossen wird.

Potenziale sind zum einen die räumliche Lage Neu Zippendorfs, seine gute Verkehrsanbindung, die vorhandenen Infrastrukturangebote und die Flächenpotenziale sowie gute

Einkaufsmöglichkeiten und das Preis-Leistungsverhältnis, zum anderen das vorhandene Potenzial der Bewohner und das Engagement einzelner Akteure und Personen.

Ein großes Potenzial ist die Lage Neu Zippendorf im Landschaftsraum. Es besteht ein vielfach auch visuell erlebbarer Landschaftsbezug in die umliegenden Grünflächen und Waldgebiete. Das Strandbad Zippendorf ist zirka fünf Minuten zu Fuß vom Berliner Platz entfernt. Ebenfalls in unmittelbarer Nähe befinden sich Freizeit-, Sport- und Erholungsflächen wie vorhandene Freiflächen unterhalb des Köp-Marktes, der Freizeitpark Plater Straße mit verschiedenen Anlagen sowie die den Stadtteil begrenzenden Waldflächen. Dass die Nähe zu Wald und See für das Gebiet ein Potenzial ist und sein kann, schlägt sich sowohl in den Interviews als auch in der Entwicklung eines „Leitbildes“ für den Stadtteil während der Rahmenplanung nieder. Die Nähe zu Wald und See wird von fast allen Interviewten an erster Stelle genannt, einmal allerdings einschränkend dazu gefügt, dass dies auf alle drei Neubaugebiete zutrifft. Erwähnt werden auch der Baumbestand im Gebiet und die gute Wasserqualität des Sees. Auch in dem Malbewerb für Schüler, der zum Thema „Impressionen aus dem Stadtteil“ stattfand, bezogen sich viele Beiträge auf die Landschaft. Aus dieser Bürgerbeteiligung entwickelte sich das „Leitbild“ für den Stadtteil: „Neu Zippendorf – Attraktives Wohnen zwischen Wald und See“.

Die verkehrliche Anbindung des Gebietes mit ÖPNV wird von den meisten sehr positiv bewertet, sie ermöglicht eine schnelle Erreichbarkeit des Stadtkerns und anderer Stadtteile. Nur einmal wird der Fahrpreis als zu hoch genannt, sozial schwache Gruppen könnten sich eine Fahrt in die Stadt selten leisten.

Ein weiteres Potenzial des Gebietes liegt in den vorhandenen Einrichtungen und Institutionen. Besonders hervorzuheben ist das Haus der Begegnung, unter dessen Dach 13 verschiedene Vereine, Verbände und Einrichtungen arbeiten und Beratungs- und Betreuungsangebote durchführen. Die Zahl der Besucher und Ratsuchenden wurde von einem der Befragten mit 22 000 Besuchern pro Jahr angegeben. Positiv ist ebenfalls der Kinder- und Jugendfreizeittreff Déjà vu mit Nachmittags- und Abendveranstaltungen, Gruppenangeboten auch am Wochenende und einem Tag der offenen Tür. Auch die Sportvereine in Neu Zippendorf sind ein Potenzial, zumal es in den beiden anderen Neubaugebieten nach Interviewaussagen keine dort angesiedelten Sportvereine gibt. Zum Sportangebot zählt ebenfalls das mit Landesmitteln geförderte Sport- und Freizeitzentrum Tokugawa an der Wendeschleife nördlich der Straßenbahn. Für die gesamte Stadt zuständig ist der am Haus der Begegnung gelegene Verkehrsgarten, der von allen Schweriner Grundschulen genutzt wird und im Winter als Spritzeisbahn zur Verfügung steht. Mit den vorhandenen Schulhöfen und Sporthallen lassen sich bei Öffnung in den Nachmittagsstunden weitere Frei- und Sportflächen erschließen.

Die SWG hat, nachdem Neu Zippendorf Modellgebiet „Soziale Stadt“ wurde, ihre Investitionen in anderen Beständen der Genossenschaft zurückgefahren und investiert seitdem jährlich rund 10 Mio. DM für die Sanierung/Modernisierung und das soziale Engagement zur Stärkung der Nachbarschaften im Gebiet.

Bild 5: Strandspielplatz. Bildquelle: Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Berlin.

Gleichzeitig verfügt Neu Zippendorf über zurzeit noch brachliegende Flächen an der Wuppertaler Straße, der Tallinner Straße und in der Wendeschleife der Straßenbahn, zu denen durch Abriss (z.B. Hochhäuser Pilaer und Cottbuser Straße) noch weitere hinzukommen können. Auch leerstehende Wohnungen im Erdgeschoss bieten ein Potenzial z.B. für Gewerbeansiedlung (Voraussetzung: Änderung der Zweckentfremdungsverordnung) oder für Nachbarschaftstreffs und ähnliches. Die leerstehenden Wohnungen werden von einigen der Interviewpartner allerdings hauptsächlich als Schandfleck oder auch Gefahrenquelle empfunden. Von einem Teil der Interviewten wurde auf die mögliche Nutzung der Halle am Fernsehturm für Veranstaltungen usw. hingewiesen und gleichzeitig darauf, dass Räume für Veranstaltungen fehlen.

Von einigen der Befragten werden der Wochenmarkt und die guten Einkaufsmöglichkeiten in Neu Zippendorf sowie das adäquate Preis-Leistungsverhältnis angesprochen. Der Wunsch nach bestimmten zusätzlichen Geschäften (Buchladen, Schuhgeschäft, Tierhandlung sowie Handarbeitsladen) wird jeweils nur vereinzelt geäußert. Dies hängt allerdings auch mit der Geschäftssituation in den beiden benachbarten Gebieten sowie der guten Anbindung an die Stadt zusammen. Gewünscht werden die Einrichtung eines Cafés, die Förderung ethnischer lokaler Ökonomie und eine attraktivere Gestaltung des Wochenmarktes.

Entwicklungspotenziale im Gebiet liegen nicht zuletzt in den Bewohnern selbst. Viele von ihnen leben schon lange in Neu Zippendorf und möchten trotz der entstandenen Probleme und des zum Teil negativen Images dort auch bleiben. Sie identifizieren sich mit dem Stadtteil, mit dem Berliner Platz, erwähnen bestehende nachbarschaftliche Kontakte und haben sich teilweise auch engagiert in den sozial-kommunikativen Prozess zur Rahmenplanung eingebracht. Das politische Interesse der Bewohner ist etwa gleich hoch wie in der Gesamtstadt, was sich durch die relativ hohe Wahlbeteiligung zur Landtags-

und Bundestagswahl 1994 und 1998 zeigt[40]. Entwicklungspotenziale in der Bevölkerung liegen auch bei den im Gebiet wohnenden Familien, vor allem den intakten Familien der Spätaussiedler. Genutzt werden könnte auch das Zeitpotenzial derer, die zur Zeit keine Arbeit haben, sich aber engagieren können und wollen. Hier wäre es denkbar, Selbsthilfepotenziale aufzubauen und Beschäftigungsmöglichkeiten im dritten Sektor zu schaffen.

Mehrmals wird von den Interviewten das Engagement einiger Personen in im Gebiet angesiedelten Einrichtungen hervorgehoben, sie tragen mit ihrem Eintreten für die Belange der Bewohner und mit Projekten sowie in ihrer Arbeit mit dazu bei, dass sich die Bewohner mit dem Stadtteil identifizieren können.

2.4 Fazit

Die Bestandsaufnahme zeigt, wie umfassend und komplex die Problemlage im Modellgebiet ist. Sie umfasst (städte)bauliche, soziale und wirtschaftliche Aspekte wie auch Probleme des Zusammenlebens im Quartier. Diese Probleme wurden teilweise bereits während der Bestandsaufnahme zur Rahmenplanung 1998 und 1999 identifiziert und führten zur Aufnahme von Neu Zippendorf in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt".

Im vorliegenden Endbericht wurde die Bestandsaufnahme um Aussagen aus den Interviews, aktualisierten Daten und dem Umsetzungsprozess seit Beginn des Programms „Soziale Stadt" erweitert. Es fehlen jedoch gebietsbezogene Daten, zum Beispiel zur Sozialstruktur und zur Entwicklung des Aussiedler- und Ausländeranteils für eine tiefergehende Analyse und damit auch für die zielgerichtete Entwicklung von Projekten und Maßnahmen.

Wie die Betrachtung zeigt, gibt es im Modellgebiet auch zahlreiche Potenziale. Sie sollten verstärkt in das Bewusstsein der Akteure vor Ort und in der Verwaltung gebracht werden. Bei zukünftigen Projektplanungen muss es darum gehen, die Potenziale zu nutzen.

40 Landtags- und Bundestagswahl 1994: Jeweils 70,3 Prozent; Landtags- und Bundestagswahl 1998: jeweils 69,1 Prozent; Gesamtstadt 1994 68,1 Prozent und 1998 70,9 Prozent (Angaben des Statistischen Landesamtes, Dez. 1999, S. 140).

3. Entwicklungsziele und Integrierte Handlungskonzepte

3.1 Begründung und Verfahren der Gebietsauswahl

Die Auswahl der Programmgebiete und des Modellgebietes stand im Ermessen der Länder. Da in Mecklenburg-Vorpommern mehr Kommunen an einer Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ interessiert waren als aufgenommen werden konnten, fiel im Ministerium die Entscheidung, nur kreisfreie Städte zu berücksichtigen. Für die Auswahl Neu Zippendorfs als Modellgebiet war neben der Fülle der Probleme (siehe Kapitel 2) die bereits erfolgte Rahmenplanung und das damit verbundene Potenzial einer begonnenen Aktivierung und Beteiligung der Bewohner ausschlaggebend.

Das Neubaugebiet wurde erst 1998 in das Programm zur städtebaulichen Weiterentwicklung der großen Neubaugebiete (WENG) aufgenommen, so dass die Sanierung und Modernisierung hinter den beiden anderen Neubaugebieten des Dreesch zurücklag. Die hohen Abwanderungen im Gebiet und die damit einhergehende Veränderung der Alters- und Sozialstruktur in Neu Zippendorf haben zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen geführt sowie zu einem in Teilen negativen Image des Gebiets. Mit dem Programm „Soziale Stadt“ sollen – vor allem durch Einsatz von Mitteln im nicht-investiven Bereich für Stadtteilmanagement und Öffentlichkeitsarbeit – die im Gebiet vorhandenen Potenziale aktiviert, eine Vernetzung der Akteure vor Ort erreicht, Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens entwickelt und der Bereich lokale Wirtschaft gefördert werden.

3.2 Chronologie zum Programm „Soziale Stadt“ im Modellgebiet

Die Mittelverteilung und die Bestätigung der Programmgebiete „Soziale Stadt“ in Mecklenburg-Vorpommern erfolgen seit Beginn des Programms 1999 jährlich nach Vorankündigung des Ministeriums für Arbeit und Bau. Die zum 15. Oktober eingereichten Anträge der Städte werden in der begleitend zum Programm eingerichteten interministeriellen Arbeitsgruppe[41] (IMAG) des Landes Mecklenburg-Vorpommern diskutiert, in die auch Anregungen aus anderen Ministerien einfließen. Nach Verabschiedung durch das Ministerium gehen die Anträge an das Landesförderinstitut (als Bank), das dann die Mittelbewilligungen erteilt. Seitens der Stadt erfolgt ebenfalls jährlich im Rahmen der Haushaltsbewilligung durch die Stadtvertretung der Beschluss für die Fortführung des Programms und die Bereitstellung des kommunalen Eigenanteils für das nächste Förderjahr.

Weitere Schritte zur Umsetzung des Programms im Gebiet:

23. Mai 2000	Starterkonferenz zum Programm „Soziale Stadt“
7. Juni 2000	Erste der seither monatlichen Sitzungen der Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement/Lenkungskreis auf Stadtteilebene
8. Juni 2000	3. Stadtteilforum (Vorstellung des Rahmenplans)

41 Mitglieder der IMAG sind das Sozialministerium, Ministerium für Bildung, Innenministerium, Wirtschaftsministerium, Umweltministerium, Städte und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern, Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen und die PvO; den Vorsitz hat das Ministerium für Arbeit und Bau.

November 2000	Vorbereitungstreffen zur Stadtteilkonferenz mit Initiativen und freien Trägern
23. Dezember 2000	Wohnforum
Januar 2001	Kenntnisnahme der erweiterten Organisationsstruktur zur Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ durch die Ausschüsse im Rahmen eines Berichts zum Stand der Umsetzung an die Ausschüsse
21. Januar 2001	Eröffnung Nachbarschaftstreff Tallinner Straße
31. Mai 2001	4. Stadtteilforum zum Stand der Umsetzung im Programm und zur Vorbereitung der Stadtteilkonferenz
20. Juni 2001	Erste Stadtteilkonferenz mit Einsetzung von Arbeitsgruppen aus Bewohnern, Mitarbeitern von Ämtern und lokalen Institutionen
19. September 2001	Workshop „Soziale und räumliche Probleme in Großsiedlungen“
7. November 2001	Zweite Stadtteilkonferenz mit Berichten aus den Arbeitsgruppen, der Präsentation der Zwischenergebnisse von der Programmbegleitung vor Ort des Programms „Soziale Stadt“, Informationen über den Verfügungsfonds und zur Organisation der Stadtteilarbeit
Dezember 2001/ Januar 2002	Einsetzung der zwei Stadtteilmanager „Soziales“ und „Wirtschaft“ [42]
Dezember 2001	Ausgabe einer Nullnummer des Informationsblattes „Stadtteilmanagement Neu Zippendorf/Mueßer Holz“ als Vorläufer einer Stadtteilzeitung
13. März 2002	Wohnforum

3.3 Entwicklung und Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes

Dazu ist in der Verwaltungsvereinbarung formuliert: „Maßnahmenbegleitend ist ein auf Fortschreibung angelegtes gebietsbezogenes Integriertes stadtentwicklungspolitisches Handlungskonzept durch die Gemeinden aufzustellen. Das Handlungskonzept (Planungs- und Umsetzungskonzept sowie Kosten und Finanzierungsübersicht) soll zur Lösung der komplexen Probleme zielorientierte integrierte Lösungsansätze aufzeigen (...)“.

In einer Arbeitshilfe des Ministeriums für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird die Aufstellung eines gebietsbezogenen Integrierten stadtentwicklungspolitischen Handlungskonzepts sowie die Einrichtung eines Quartiermanagements

42 Die Einsetzung eines Stadtteilmanagers „Wirtschaft“ war bereits im Jahr 2000/2001 vorgesehen. Das ausgewählte Büro wurde jedoch nach unbefriedigenden Ergebnissen der Konzeptionsphase nicht weiter beauftragt.

zur Koordination der Beteiligten und zur Steuerung der Projekte als wesentliche Aufgabe der Gemeinde beschrieben. Die Erarbeitung eines gebietsbezogenen Handlungskonzeptes ist förderfähig.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme von Neu Zippendorf in das Programm WENG wurde von 1998-2000 ein Rahmenplan (städtebaulicher und sozial-kommunikativer Teil) erarbeitet[43]. In ihm sind die Defizite und Potenziale des Gebietes nach verschiedenen Handlungsfeldern dargestellt. Aufbauend auf den gewonnenen Ergebnissen erfolgte in einem sozial-kommunikativen Prozess die Erarbeitung von Strategien und Maßnahmenbausteinen. Sowohl bei der Analyse als auch der darauffolgenden Maßnahmenplanung waren die Quartiersbevölkerung, Akteure und Initiativen vor Ort intensiv und frühzeitig einbezogen.

Der vorliegende Rahmenplan gilt von Landesseite als erster Baustein für ein Integriertes Handlungskonzept und war Grundlage für die Aufnahme des Gebiets 1999 in das Programm „Soziale Stadt". Aufbauend auf dem Rahmenplan soll prozesshaft ein Integriertes Handlungskonzept bzw. Bausteine eines Integrierten Handlungskonzeptes erstellt werden, die in das für das Förderprogramm „Stadtumbau" verlangte Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept (ISEK) einfließen sollen. Zum ISEK wurde im Sommer 2001 eine Arbeitshilfe des Landes erstellt[44].

Vom Land wurden keine zeitlichen Vorgaben für die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzeptes gemacht. Seitens des Stadtplanungsamtes ist vorgesehen, bis Ende 2002 ein Integriertes Handlungskonzept zu entwickeln.

3.4 Ziele, Leitbilder, Entwicklungskonzepte und -strategien

Das Programm „Soziale Stadt" ist eine Querschnittsaufgabe, die eine Vielzahl von Fachpolitiken und Bereichen integrieren soll. Die Ziele konzentrieren sich deshalb nicht nur auf bauliche/städtebauliche Aufgaben, sondern es sollen gleichberechtigt Konzepte und Maßnahmen auch in anderen Politikbereichen wie Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik und Ökologie entwickelt und umgesetzt werden, um dazu beizutragen, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung in den geförderten Gebieten zu verbessern. Ziele, Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen in allen Bereichen sollen in einem Integrierten Handlungskonzept konzeptionell zusammengefasst werden.

Auf dem zweiten Stadtteilforum konnten die Teilnehmer aus den vorher von den Bewohnern entwickelten fünf Vorschlägen ein „Leitbild" für Neu Zippendorf auswählen und entschieden sich für „Neu Zippendorf: Attraktives Wohnen zwischen Wald und See". Das „Leitbild" ist Titel der Zusammenfassung des Rahmenplans und findet sich auf dem Faltblatt zum Stadtteilbüro sowie dem Hinweisschild für das Stadtteilbüro wieder.

Folgende Ziele für die zukunftsfähige Entwicklung des Stadtteils wurden im Zwischenbericht zur Rahmenplanung von 2000 aufgrund der erfolgten Analyse der Realitäten vor Ort formuliert:

---

43 Er wurde vom Stadtplanungsamt unter Mitwirkung des Stadtgartenamtes, Amt für Verkehrsanlagen und dem Amt für Jugend, Soziales und Wohnen erstellt (siehe auch Kapitel 5.2).

44 Die Arbeitshilfe ist nicht veröffentlicht.

- Imageverbesserung (Priorität),
- Erhöhung der Bedeutung Neu Zippendorfs für die drei Neubaugebiete und die Gesamtstadt,
- Stärkung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen,
- Förderung der Qualifizierung im Gebiet,
- Entwicklung von Flächenpotenzialen,
- Stabilisierung der Nachbarschaften,
- Verbesserung von Freizeit- und Kulturangeboten für alle Alterklassen und Bewohnergruppen,
- Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit im Stadtteil,
- Herstellung eines barrierefreien Stadtteils.

Im vorliegenden Rahmenplan sind zwar Probleme und Potenziale in den wesentlichen Handlungsfeldern dargestellt, allerdings wurden nicht alle Themen der Stadtteilentwicklung berücksichtigt, so z.B. die Integration von Spätaussiedlern und Ausländern sowie das Handlungsfeld Gesundheit. Der Rahmenplan und eine Prioritätenliste der Maßnahmen wurden im Mai 2000 auf dem dritten Stadtteilforum öffentlich vorgestellt und die geplanten Maßnahmen näher erläutert.

Die Ergänzung dieser Ziele erfolgte im August 2000 durch den auf Stadtteilebene eingesetzten Lenkungskreis (siehe Kapitel 5). Es waren dies:

- die Stabilisierung von Nachbarschaften – insbesondere die Integration der Aussiedler,
- eine Verbesserung der Angebote für Kinder von 6-10 Jahren sowie für Lückekinder zwischen 10-14 Jahren und Jugendliche, und
- die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Die neuen Ziele wurden auf der ersten Stadtteilkonferenz von den Beteiligten bestätigt, ergänzt und daraus die vier wichtigsten Handlungsfelder und die dazu einzurichtenden Arbeitsgruppen für die nächsten Jahre abgestimmt (siehe Kapitel 5).

Das bisher nicht beachtete Handlungsfeld Gesundheit wurde durch Interviews der PvO mit entsprechenden Akteuren neu verfolgt, um einen ersten Einblick in mögliche Defizite und Potenziale zu erhalten (siehe Kapitel 2.2.5). Das weitere Vorgehen und mögliche Ziele werden auf der Basis der Ergebnisse im Lenkungskreis auf Stadtteilebene diskutiert.

Ziele für die Weiterentwicklung Neu Zippendorfs wurden auch in den Interviews der PvO erfragt. Es wurde deutlich, dass die Ziele der Interviewpartner Überschneidungen mit den Zielen aus Rahmenplanung und Stadtteilkonferenz aufweisen. Besonders die Stärkung von Nachbarschaften durch Kontakt- und Begegnungsstätten, neue Angebote für Kinder und Jugendliche und Verbesserungen im Bereich Wohnumfeld bis hin zur Aufwertung des zentralen Platzes wurden oft vertreten und decken sich damit mit den später festgelegten Prioritäten. Auch Rückbau oder Abriss weiterer Wohnhäuser und Infrastruk-

tureinrichtungen scheinen nach den Gesprächen nicht umstritten zu sein und wurden auf den Stadtteilforen immer wieder gefordert.

3.5 Handlungsfelder, Projekte und Maßnahmen

Die genannten Ziele aus Rahmenplanung und Interviews, ergänzt um die weiteren Zielvorschläge des Lenkungskreises auf Stadtteilebene, bewegen sich in den meisten Handlungsfeldern integrierter Stadtteilentwicklung. Im Folgenden werden abgeschlossene, begonnene und geplante Projekte und Maßnahmen in Neu Zippendorf den Handlungsfeldern zugeordnet. Damit wird sichtbar, in welchen Handlungsfeldern bisher aktiv vorgegangen wurde. Ein Großteil der geplanten Projekte wurde schon während der Rahmenplanung mit den Beteiligten entwickelt. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ kamen weitere, mit den Bewohnern abgestimmte Projekte hinzu.

3.5.1 Projekte und Maßnahmen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“

Für folgende Projekte aus der Rahmenplanung sind bereits Mittel des Programms „Soziale Stadt“ eingesetzt bzw. eingeplant worden (zur genauen Mittelbündelung siehe Kapitel 4.3):

- Nachbarschaftstreff Tallinner Straße

Bild 6: Der neue Nachbarschaftstreff Tallinner Straße. Bildquelle: Stadt Schwerin.

Handlungsfelder: Soziale Aktivitäten und Infrastruktur; Zusammenleben im Stadtteil; Beteiligung und Aktivierung.

Erste größere Maßnahme im Jahr 2000 war die Errichtung eines Nachbarschaftstreffs in der Tallinner Straße 42 in Zusammenarbeit mit der SWG und dem Verein „Hand

in Hand e.V.“. Dadurch ist ein wohnungsnaher, nicht-kommerzieller Freizeittreff für alle Altersgruppen im Stadtteil entstanden. Ein Bewohnerbeirat ist für die Programmgestaltung verantwortlich. Die Betreuung des Nachbarschaftstreffs erfolgt durch eine der zehn Wohngebietsbetreuer/-innen sowie einer Mitarbeiterin aus der Nachbarschaftsagentur Neu Zippendorf/Mueßer Holz. Das vielfältige Programm des Nachbarschaftstreffs trägt zur Stärkung und Förderung des Zusammenlebens und der Gemeinschaft unter den Bewohnern bei. Die Eröffnung erfolgte Ende Januar 2001.

- Umbau Außenanlagen Haus der Begegnung

  Handlungsfelder: Beschäftigung; Soziale Aktivitäten und Infrastruktur; Wohnumfeld, Verkehr und öffentlicher Raum.

  Bei der Gestaltung der Außenanlagen erfolgte ab Sommer 2000 bis Jahresende die Anlage eines Besucherparkplatzes, die behindertengerechte Gestaltung des Innenhofes, der Einbau von behindertengerechten Rampen und die Begrünung der Außenanlagen. Im Rahmen der Baumaßnahmen erfolgte der Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

- Qualifizierungsbüro im Zusammenhang mit dem Programm „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ beim Internationalen Bund

  Handlungsfelder: Qualifizierung und Ausbildung; Beteiligung und Aktivierung.

  Das Qualifizierungsbüro dient als zentrale Anlaufstelle für die Jugendlichen. Durch die Umgestaltung einer 120 qm großen Wohnung in der Neubrandenburger Straße 2 sind ein Qualifizierungscafé als Jugendtreffpunkt und Kommunikationszentrum für etwa 20 Jugendliche, ein Regiebüro, das gleichzeitig als Beratungsraum genutzt wird, und zwei Büroräume für insgesamt vier Sozialpädagogen entstanden.

- Jugendclub Déjà vu (geplant)

  Handlungsfelder: Soziale Aktivitäten und Infrastruktur; Sport und Freizeit; Wohnumfeld, Verkehr und öffentlicher Raum; Beteiligung und Aktivierung.

  Der Jugendclub soll mit Beteiligung der Jugendlichen baulich in Stand gesetzt und die Außenanlagen neu gestaltet werden. Ein Zeitpunkt für die Maßnahme ist noch nicht festgesetzt. Aus dem Verfügungsfonds wurde Anfang 2002 eine Pflegemaßnahme, durchgeführt von Jugendlichen, finanziert.

- Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule und Erweiterung zu einem kulturellen Veranstaltungszentrum (geplant)

  Handlungsfelder: Soziale Aktivitäten und Infrastruktur; Schulen und Bildung für den Stadtteil; Sport und Freizeit; Stadtteilkultur; Zusammenleben im Stadtteil.

  Schlüsselprojekt im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ ist die Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule und ihre Erweiterung zu einem Veranstaltungszentrum. Aufgrund ihrer zentralen Lage für alle drei Stadtteile ist die Schule dazu geeignet, gleichzeitig sozial-kulturelles Zentrum des Dreesch zu werden. Wegen der Bedeutung der Maßnahme ist ein Grundsatzbeschluss in den Ausschüssen und der Stadtvertretung

über die Durchführung des Projektes erfolgt. Das Konzept umfasst neben der Sanierung drei Hauptelemente:

- Verlagerung der Stadtteilbibliothek vom Grossen Dreesch nach Neu Zippendorf und damit Verbesserung der Erreichbarkeit für die Bewohner des gesamten Neubaugebietes. Hierfür ist ein Anbau an die Schule vorgesehen;
- Überdachung des Innenhofes der Schule und damit Schaffung eines multifunktionalen Veranstaltungsortes für die Stadtteile;
- Doppelnutzung der vorhandenen Schulräume z.B. durch die Volkshochschule und das Konservatorium.

Bild 7: Umbau der Astrid-Lindgren-Schule. Bildquelle: Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Berlin.

- Stadtteilmanagement „Soziales“

  Handlungsfelder: Soziale Aktivitäten und Infrastruktur; Beteiligung und Aktivierung (weitere je nach zukünftiger Projektentwicklung).

  Zu Beginn des Jahres 2002 erfolgte die Einsetzung von zwei Stadtteilmanagern für Soziales (siehe Kapitel 5.4), einer der beiden ist aus der Bevölkerungsgruppe der Spätaussiedler. Neben der Mitarbeit im Lenkungskreis auf Stadtteilebene besteht ihre Aufgabe darin, Projekte in den Bereichen Soziale Aktivitäten und Infrastruktur, Integration der Aussiedler und russischen Emigranten sowie Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung zu fördern und zu unterstützen. Gleichzeitig sind sie auch für die Öffentlichkeitsarbeit im Gebiet zuständig. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtteilbüros für Neu Zippendorf und für Mueßer Holz bilden die Stadtteilmanager ein Team für die Weiterentwicklung der Stadtteile.

- Stadtteilmanagement „Wirtschaft“

  Handlungsfelder: Wirtschaft, Qualifizierung und Ausbildung.

  Ende 2001 nahm der Stadtteilmanager „Wirtschaft“ seine Arbeit auf. Neben der Lobbyarbeit für die ortsansässigen Gewerbetreibenden obliegt ihm die Motivation und Beratung der Gewerbetreibenden, der Aufbau von lokaler Ökonomie, die Weiterentwicklung des Marktes am Berliner Platz und die Akquisition neuer Unternehmen im Stadtteil in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Stadt.

3.5.2 Projekte und Maßnahmen im Modellgebiet ohne Finanzierungsbeitrag aus dem Programm „Soziale Stadt“

- Stadtteilbüro

  Handlungsfelder: Beschäftigung; Soziale Aktivitäten und Infrastruktur; Beteiligung und Aktivierung; Imageförderung und Öffentlichkeitsarbeit.

  Das Stadtteilbüro wurde 1999 in Neu Zippendorf eingerichtet. Es liegt zentral am Berliner Platz und besteht aus einem Büro für die Mitarbeiter, einem Vorraum, wo für interessierte Bewohner und Gewerbetreibende Pläne ausgestellt sind und Informationen zur Stadtteilentwicklung bereitliegen. In einem zusätzlichen Raum können Gespräche oder Gruppentreffen stattfinden. Als Ansprechpartnerin für die Bewohner stehen drei Mitarbeiterinnen (eine feste und zwei aus ABM-Mitteln finanzierte Stellen) zur Verfügung, zwei davon sind auch in den beiden anderen Stadtteilbüros im Großen Dreesch und im Mueßer Holz im Wechsel präsent. Neben der Beratung der Besucher übernehmen die Mitarbeiterinnen die Protokollführung des Lenkungskreises auf Stadtteilebene, der Stadtteilkonferenz und Einladungen für einige Arbeitsgruppen. Das Stadtteilbüro wird von der Stadt zusammen mit der Zukunftswerkstatt betrieben. Hier tagt auch der Lenkungskreis auf Stadtteilebene (einmal im Monat).

- Wohngebietsbetreuer der SWG

  Handlungsfelder: Beschäftigung; Qualifizierung und Ausbildung; Soziale Aktivitäten und Infrastruktur; Zusammenleben im Stadtteil; Beteiligung und Aktivierung.

  Insgesamt wurden bisher zehn Wohngebietsbetreuer/-innen in fünf im Dreesch liegenden Nachbarschaftstreffs tätig (angestellt beim Verein „Hand in Hand“ – Betreutes Wohnen in der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft e.V.). Ihre Aufgabe besteht in einer mieternahen Beratung, der Förderung von Nachbarschaften und dem Angebot von gemeinwohlorientierten Dienstleistungen. Die Wohngebietsbetreuer sollen Ansprechpartner in Mietangelegenheiten sein, aber auch als Vertrauensperson beratende Tätigkeiten im Hinblick auf soziale und finanzielle Probleme der Bewohnerschaft wahrnehmen. Parallel zu ihrer Tätigkeit nehmen die Wohngebietsbetreuer an einem Qualifizierungsprojekt teil, in dem „Soziale Stadtteilentwicklung“ einen Schwerpunkt bildet.

- Musical Naomi

  Handlungsfelder: Stadtteilkultur; Zusammenleben im Stadtteil; Beteiligung und Aktivierung.

Das Musical Naomi ist ein Projekt der Astrid-Lindgren-Schule Neu Zippendorf, in dem Fremdenfeindlichkeit und soziale Probleme der Jugendlichen im Gebiet thematisiert werden. Das Musical wurde bisher in Neu Zippendorf und an anderen Schulen in Schwerin aufgeführt. Es ist auch eine Tournee in weitere Städte Mecklenburg-Vorpommerns geplant.

- Neubau des Alten- und Pflegeheimes Vidiner Straße (Sozius – Schweriner Alten- und Pflegeheime)

  Handlungsfelder: Soziale Aktivitäten und Infrastruktur; Wohnungswesen/Wohnungswirtschaft.

  An der Vidiner Straße ist ein Neubau eines Altenheims mit 90 Plätzen erfolgt. Wegen Überkapazitäten auf gesamtstädtischer Ebene wurde danach die stationäre Alteneinrichtung an der Pilaer Straße von der WGS übernommen und abgerissen, so dass zusammen mit dem Abriss von Wohnhäusern an der Pilaer Straße eine Freifläche entstehen wird.

- Abriss von Wohnhäusern der WGS und SWG[45] (geplant)

  Handlungsfelder: Wohnungswesen/Wohnungswirtschaft.

  Der Abriss von Wohnhäusern an der Pilaer Straße und Cottbuser Straße wurde von der WGS auf dem 3. Stadtteilforum ohne nähere Angaben zum Zeitpunkt des Abrisses angekündigt. Für die Fläche soll es einen Architekturwettbewerb zum Neuen Wohnen geben, um auch gehobenere Wohnansprüche im Gebiet zu befriedigen, da keine weitere Komplexsanierung geplant ist. Die SWG plant ab 2002 den Abriss der Wohngebäude Neubrandenburger Straße 4-14 und Peczer Straße 4-14.

- Neugestaltung Perleberger Straße

  Handlungsfeld: Wohnumfeld, Verkehr und öffentlicher Raum; Beteiligung und Aktivierung.

  2001 erfolgt die Planung der Umgestaltung der Perleberger Straße, um durch gestalterische Aufwertung des Straßenraumes und Neuordnung der Parkplätze eine optische Achse zwischen Wald und See zu schaffen. Die Anwohner wurden in die Planung der Umgestaltung mit einbezogen.

- Umgestaltung der Straßenbahnhaltestelle Berliner Platz

  Handlungsfelder: Wohnumfeld, Verkehr und öffentlicher Raum.

  Die Haltestelle am zentralen Platz von Neu Zippendorf mit ihrer tristen Unterführung wurde gestalterisch aufgewertet. Planungen für die Umgestaltung der Straßenbahnhaltestelle sind bereits abgeschlossen, die Maßnahme wurde ab Sommer 2001 realisiert.

---

45 Der Einsatz von Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ für den Abriss von Gebäuden ist bisher nicht möglich, da der Mitteleinsatz seitens des Landes von der Vorlage eines integrierten Handlungskonzeptes abhängig gemacht wird.

- Wiederrichtung des Brunnens am Berliner Platz

  Handlungsfelder: Wohnumfeld, Verkehr und öffentlicher Raum.

  Der Brunnen war aufgrund seiner maroden Anlagen und zur Wassereinsparung vor längerer Zeit abgeschaltet und mit Erde zugeschüttet worden. Ab Anfang 2001 wurde der Brunnen mit Mitteln aus dem Wohnumfeldprogramm vollkommen saniert und wieder in Betrieb genommen.

Bild 8: Wiederhergerichteter Brunnen am Berliner Platz. Bildquelle: Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Berlin.

- Umgestaltung des Geländes Plater Straße

  Handlungsfelder: Wohnumfeld, Sport- und Freizeitaktivitäten.

  Im Jahr 2002 wurde die Planung der Umgestaltung des Geländes Plater Straße zu einer durch Freizeitaktivitäten geprägter Grünfläche (unter anderem Joggingpfad) unter Bewohnerbeteiligung durchgeführt. Die Maßnahme ist ein Teilprojekt zur Aufwertung der naturräumlichen Verbindung zwischen Wald und See. Eine weitreichende Beteiligung von Bewohnern ist vorgesehen.

Zusätzlich wurden auch weiterhin seitens der Stadt und der Wohnungsunternehmen Ordnungsmaßnahmen im Stadtteil und kleinere bauliche Maßnahmen durchgeführt. Sie betreffen die Gestaltung von Müllplätzen, Wegeverbindungen, Hofgestaltung und Parkplätze. Im Winter 2001/02 wurde in Neu Zippendorf eine Eishalle errichtet.

Bereits vor Beginn des Programms „Soziale Stadt“ wurden folgende Maßnahmen vor allem in den Handlungsfeldern „Wohnungswesen/Wohnungswirtschaft“ sowie „Wohnumfeld, Verkehr und öffentlicher Raum“ überwiegend aus dem Programm zur Weiterentwicklung großer Neubaugebiete und anderen Landesmitteln finanziert:

- Bau des „Tokugava Sport und Fitnesszentrums“ nahe der S-Bahnhaltestelle Berliner Platz;
- Neubau von Wohnungen für Behinderte der Dreescher Werkstätten;
- Neubau der Sparkasse und des Spielplatzes daneben;
- Schaffung einer zusätzlichen Straßenbahnhaltestelle Neu Zippendorf;
- Umbau einer ehemaligen Kindertagesstätte zum Haus der Begegnung mit Verkehrsgarten.

3.6 Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten

Zielkonflikte sind zum jetzigen Zeitpunkt schwer einzuschätzen, da die Ziele aus der Rahmenplanung und deren Weiterentwicklung sowie die in den Interviews der PvO genannten Ziele zwar in der Stadtteilkonferenz diskutiert wurden, in den Arbeitsgruppen dazu aber erst Projekte und Maßnahmen entwickelt werden.

Einen möglichen Konflikt sieht die PvO allerdings in der von vielen Bürgern auf der Starterkonferenz und dem 3. und 4. Stadtteilforum geforderten weiteren Sanierung und Modernisierung von Fassaden und Wohnungen des WGS-Bestandes und der Unternehmensstrategie der WGS, in Neu Zippendorf so wenig wie möglich in den Bestand zu investieren, um Wohnungen mit geringen Mieten vorzuhalten. Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass, wenn die WGS unsanierte Wohnungen weiter mit Aussiedlern und Sozialhilfeempfängern besetzt, dadurch das Zusammenleben im Stadtteil strapaziert und die Integration der Aussiedler weiter erschwert wird. Mieter, die in den unsanierten Wohnungen leben müssen, fühlen sich besonders benachteiligt und durch ihr Wohngebäude stigmatisiert; eine Mischung von Kulturen, Altersgruppen und niedrigen Einkommensgruppen erschwert ein friedliches Zusammenleben und die Entstehung von Hausgemeinschaften.

Bisher nicht geklärt ist auch die sehr unterschiedliche Einschätzung der Interviewpartner zur wirtschaftlichen Entwicklung des Gebietes. Während einige das Einkaufsangebot und die Gastronomie im Stadtteil für gut halten, wünschen sich andere eine höhere Qualität von Dienstleistungen, Warenangebot, Ausstattung der Geschäfte und eine Neuansiedlung attraktiver Gastronomie (Café mit schöner Terrasse, gehobenes Restaurant usw.). Die unterschiedlichen Wünsche spiegeln die verschiedenen Ansprüche und Einkommensniveaus im Stadtteil wider. Über Möglichkeiten, die Wünsche der ärmeren Bewohnergruppen genauer kennen zu lernen, sollte daher diskutiert werden und eine Strategie „Lokale Ökonomie“ inklusive sozialer Ökonomie (gemeinnützige GmbHs, Genossenschaften, Tauschringe auf Vereinsbasis usw.) gemeinsam mit Handwerkskammer, Arbeitsamt, dem Stadtteilmanagement „Wirtschaft“ und weiterer Akteure zügig entwickelt werden.

Bei der Umnutzung von gewerblich genutzten Gebäuden der WGS im Gebiet arbeitete die WGS nicht eng genug mit dem Stadtplanungsamt und der SWG im Sinne des Programms „Soziale Stadt“ zusammen, obwohl Baudezernent und Oberbürgermeister im Aufsichtsrat vertreten sind. Nutzungsalternativen werden nicht gemeinsam diskutiert.

Bei der Vorstellung eines ersten Konzeptes zur Wirtschaftsförderung im Nachbarschaftstreff Tallinner Straße und in den Interviews der PvO wurde deutlich, dass generell Unei-

nigkeit über den Grad der Aufwertung Neu Zippendorfs besteht. Während einige Beteiligte „Highlights“ und „Verwöhnpunkte“ wie gehobene Gastronomie, ein Erlebnisbad usw. fordern, um – so ist die Erwartung – dadurch auch sozial bessergestellte Mieter für den Stadtteil zu interessieren bzw. dort zu halten, sind andere dagegen weniger optimistisch und vertreten eher eine Entwicklung des Gebietes, die auf eine Schließung von Versorgungslücken abzielt. In dem inzwischen vorliegenden Arbeitsablaufplan des Stadtteilmanagers „Wirtschaft“ wird zwar vom Aufbau tragfähiger Strukturen und der Erarbeitung von Konzepten und Lösungsansätzen gesprochen ebenso von sichtbaren Veränderungen und bemerkbaren Aktivitäten, dies aber nur in Ansätzen ausgeführt. Geplant sind zwei Workshops zu Fragen des Marketings, des Erscheinungsbildes usw. sowie zu Möglichkeiten der Förderung und Weiterbildung der Unternehmen in den Bereichen Marketing, Steuer- und Gewerberecht. Inwieweit eine neue Strategie lokaler Ökonomie verfolgt wird, ist nicht erkennbar.

3.7 Fazit

Die Zuordnung der abgeschlossenen und geplanten Projekte zu den Handlungsfeldern integrierter Stadtteilentwicklung zeigt deutlich, dass bis zum Beginn des Programms „Soziale Stadt“ bei der Projektentwicklung die Handlungsfelder „Wohnumfeld, Verkehr und öffentlicher Raum“, „Wohnungswirtschaft/Wohnungswesen“ sowie „Beteiligung und Aktivierung“ im Vordergrund standen. Diese Prioritätensetzung spiegelt sich auch in dem von den Bewohnern ausgewähltem Leitbild für Neu Zippendorf „Attraktives Wohnen zwischen Wald und See“ wider. Die bisher umgesetzten Projekte verfolgen bereits einige der während der Rahmenplanung erarbeiteten Ziele.

Der Schwerpunkt der Projekte hat sich seit Beginn des Programms „Soziale Stadt“ deutlich in Richtung einer Stärkung der sozialen Aktivitäten und Infrastruktur sowie Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens und der Beteiligung im Quartier entwickelt. Einige der auf Gemeinwesenarbeit ausgerichteten Projekte, wie das Stadtteilmanagement oder die Betreuung der Quartiersbevölkerung im Stadtteilbüro und Nachbarschaftstreff, sind jedoch nicht für alle Bewohner sichtbar und müssen in der Öffentlichkeit deutlicher als Maßnahmen der Stadtteilentwicklung bekannt gemacht werden. Das Gleiche gilt für die geplanten Maßnahmen. Trotz der vielfältigen Projektlandschaft wurde in den Interviews der PvO oft erwähnt, es würde nach der aufwendigen Rahmenplanung nichts oder nur wenig im Stadtteil passieren. Hier muss eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ansetzen, um die Bewohner über Weiterentwicklungen zu informieren, ihr Zugehörigkeitsgefühl zu stärken und dem Wegzug unter den sozial bessergestellten Bewohnergruppen entgegen zu wirken.

Zur Förderung von Beschäftigung und Qualifizierung im Stadtteil ist bisher wenig passiert; Ansätze dazu bietet die Verknüpfung baulicher Maßnahmen mit beschäftigungswirksamen Projekten. Hierzu ist eine Zusammenarbeit des Stadtteilmanagers „Wirtschaft“ mit dem Stadtteilmanagement „Soziales“, vor allem aber mit Institutionen wie dem Arbeitsamt, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer usw. notwendig, um Arbeits- und Bildungsangebote für Jugendliche und Bewohner zu schaffen.

Bisher liegen nur für einzelne Handlungsfelder mehr oder weniger integrierte Konzepte vor, so für den Bereich Wohnen und – in Ansätzen – für den Bereich Wirtschaft. Ein In-

tegriertes Handlungskonzept für das Modellgebiet Neu Zippendorf ist noch nicht erarbeitet worden. Der Rahmenplan mit dem (städte)baulichen und sozial-kommunikativen Teil ist ein wichtiger Baustein, die Handlungsfelder „Gesundheit und Umwelt", „Sport und Freizeit", „Stadtteilkultur", „Wirtschaftsentwicklung" und das Querschnittsthema „Integration der Spätaussiedler und Aussiedler" wurden bis dahin nicht in die Analyse einbezogen.

Es erfolgte zwar eine Problemgewichtung auf breiterer Basis, kurz-, mittel- und langfristige Ziele aber sind nicht deutlich erkennbar bzw. herausgearbeitet und mit den Beteiligten abgestimmt worden. Ohne diese Abstimmung ist jedoch die Zielerreichung durch umgesetzte Projekte – letztendlich also eine Erfolgskontrolle der Bemühungen aller Beteiligten – nur sehr schwer möglich.

Mit dem Einsatz der drei Stadtteilmanager Ende 2001/Anfang 2002 besteht die Chance, soziale und wirtschaftliche Projekte zu initiieren und durchzuführen, gezielt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und durch eine enge Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort ein Netzwerk zu schaffen, das die einzelnen Handlungsfelder miteinander verbindet, Synergieeffekte nutzt und nachhaltige Strukturen im Gebiet (Netzwerke) aufbaut. Es ist allerdings vorgesehen, bis Ende 2002 ein Integriertes Handlungskonzept zu entwickeln.

4. Finanzierung und Mittelbündelung

Ein Ziel des Programms „Soziale Stadt“ ist die Bündelung von Fördermitteln aller stadtentwicklungspolitisch relevanten Fachbereiche und politischen Ebenen: Fördermittel der Europäischen Union, der Bundesministerien, der Länderministerien und der Kommunen. Dazu kommt die Einwerbung privater Mittel und Gelder von Stiftungen und gemeinnützigen Organisationen. Je nach Bedarf sollen diese Mittel zusätzlich zum Programm „Soziale Stadt“ für die Gebiete akquiriert werden. Angestrebt wird nicht nur eine Bündelung verschiedener Programme auf Gebietsebene, sondern vor allem die Kopplung von investiven und nicht-investiven Mitteln in Mehrzielprojekten, um eine ganzheitliche Aufwertung der Gebiete zu unterstützen[46].

Um bei der Vielzahl von Förderprogrammen und -töpfen eine Mittelbündelung zu erreichen, sind nicht nur eine aktuelle Übersicht über das Förderangebot notwendig, sondern auch detaillierte Kenntnisse über verschiedenen Förderbedingungen und Ausschlusskriterien sowie Erfahrungen im Umgang mit Antragstellung und Abrechnungsverfahren. Zur Unterstützung der Kommunen und Programmgebiete haben daher einige Länder als ersten Schritt eine Übersicht aktueller Förderprogramme des Landes und Bundes zusammengestellt. Auch das Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern legte eine solche „Förderfibel“ in Abstimmung mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe des Landes (IMAG) im Jahr 2001 vor[47]. Sie wird regelmäßig aktualisiert.

4.1 Eingesetzte öffentliche Förderprogramme und kommunale Haushaltsmittel

a) EU-Fördermittel

Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE): Mittel aus EFRE sind unter anderem auch für bauliche Maßnahmen möglich. Diese Gelder werden in Schwerin und in Neu Zippendorf zur Mitfinanzierung des Bund-Länder-Programms *„Weiterentwicklung großer Neubaugebiete – Wohnumfeldprogramm“* (siehe Landesmittel) eingesetzt.

b) Fördermittel des Bundes

Im Rahmen der Städtebauförderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) wird in Neu Zippendorf neben dem Programm „Soziale Stadt“ das *„Wohnumfeldprogramm“* eingesetzt.

Ebenfalls beim BMVBW stehen *Fördermittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GVFG)* und dem *Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden* zur Verfügung. Diese Mittel werden nach einem festen Schlüssel den Bundesländern zugeteilt und in den Gemeinden durch komplementäre Fi-

---

46 Vom Ministerium für Arbeit und Bau wurde zu Beginn des Programms „Soziale Stadt“ darauf hingewiesen, „dass die Fördermittel des Bundes in der nunmehr vorliegenden Fassung der „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung“, analog dazu auch die Fördermittel des Landes, aus haushaltsrechtlichen Gründen grundsätzlich für investive Maßnahmen im Rahmen der geltenden Richtlinien einzusetzen sind.“

47 *Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.),* Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt. Arbeitshilfe, Schwerin 2001.

nanzierungsmittel ergänzt. Das GVFG unterscheidet zwischen einem Bundesprogramm und Länderprogrammen.

Programm *„Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, E&C-Programm“* (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): Dieses Programm bezieht sich, wie erwähnt, als Komplementärprogramm auf die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ ausgewählten Stadtteile, eine Bündelung mit dem E&C-Teilprogramm *„Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ (FST)* ist damit direkt vorgesehen. Dieses Programm wird auch in Neu Zippendorf eingesetzt.

„Entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, ein Programm im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Für das Jahr 2002 stehen 10 Mio. Euro im Programmteil „Entimon“ zur Verfügung. Zentrale Schwerpunkte sind:

- Aktionen vor Ort;
- Unterstützung lokaler Netzwerke;
- Förderung und Unterstützung des interkulturellen Dialogs;
- Entwicklung von praxisorientierten pädagogischen Arbeitshilfen für die Arbeit mit Jugendlichen, insbesondere Haupt- und Berufschülern, rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten, Eltern und Multiplikatoren;
- Projekte in Kooperation mit Jugendsozialarbeit und Schule;
- Entwicklung schulischer Präventionsstrategien;
- Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Gefördert werden Fachtagungen, Kurse, Werkstätten, Festivals, Theaterprojekte und internationale Begegnungen von Jugendlichen. Dazu gehören auch lokale Aktionspläne gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für Jugendliche in sozialen Brennpunkten. Im Modellgebiet ist als Finanzierungsbeitrag des Amtes für Jugend, Soziales und Wohnen eine Förderung für die beiden Stadtteilmanager „Soziales“ aus „Entimon“ beantragt.

Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und *Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)* nach SGB III, (Bundesministerium für Arbeit/Bundesanstalt für Arbeit): Es handelt sich hier überwiegend um Zuschüsse zu den Lohn- und Sachkosten, so dass eine Komplementärfinanzierung der Maßnahmen durch die Kommunen oder Träger erfolgen muss.

Dazu kommen weitere Förderungsmöglichkeiten aus dem *Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau*, die für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung stehen (BMVBW) und von den Wohnungsunternehmen im Gebiet genutzt werden.

c) Fördermittel des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Auch auf Landesebene gibt es eine Vielzahl von Förderprogrammen, die für das Modellgebiet Neu Zippendorf eingesetzt werden können. Neben den Bund-Länderprogrammen („Soziale Stadt“ und „Wohnumfeldprogramm“) ist es wahrscheinlich, dass die Wohnungswirtschaft folgende Programme nutzt:

- „Darlehensprogramm zur Instandsetzung und Modernisierung von Wohneigentum sowie Miet- und Genossenschaftswohnungen“ Modernisierungsrichtlinien ModRL 2000;
- Wohnungsbauförderung, Wohnungsbauförderungsrichtlinien – WoBauRL 2000;
- Landesprogramm Bestandserwerb – LPBestErw 2000;
- Landesprogramm soziale Infrastruktur: Das Programm fördert die Verbesserung der sozialen Infrastruktur in Großwohnsiedlungen durch Service- und Betreuungsleistungen für die Bewohner in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse und beinhaltet nichtinvestive Mittel für Personalausgaben.

Da die Gelder jedoch nicht gebietsgebunden an die Wohnungsunternehmen vergeben werden, ist es nach Auskunft des Landes schwierig, den Einsatz der Mittel und damit die Bündelung im Modellgebiet nachzuvollziehen.

Beim Sozialministerium angesiedelt sind Förderprogramme, die zum einen die Förderung des Baus von Sportstätten und Sporthallen betreffen, zum anderen Investitionszuschüsse zur Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendbildung sowie Kinder- und Jugenderholung beinhalten. Auch zum Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Familienzentren sowie zu Einrichtungen der Altenhilfe gibt es je ein Förderprogramm. Zuwendungsempfänger sind überwiegend Verbände und Vereine. Besonders hervorzuheben sind nachstehende Fördermöglichkeiten, die beide in Neu Zippendorf zum Tragen kamen oder kommen:

Modellprojekt *„Revitalisierung der Stadtteile Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz der Stadt Schwerin“,* dessen Träger der Verein für Alternatives Jugendwohnen war. Das Revitalisierungprojekt wurde zu 50 Prozent vom Land Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere aus Mitteln des Sozialministeriums, und zu je 25 Prozent aus Mitteln des Trägers und der Stadt Schwerin (Jugendamt) gefördert. Die Förderung war zeitlich begrenzt auf drei Jahre bis zum 31. Juli 2001.

„Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit“: Zuwendung des Landes an die Landkreise und kreisfreien Städte in 1999 als Vollfinanzierung und ab dem Jahr 2000 als 50-prozentige Anteilsfinanzierung. Als Personalkostenzuschüsse erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte zusätzlich zu den Leistungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ab Januar 1999 bis zum Jahr 2002 eine Förderung bis zu 10 DM pro Kopf der zehn- bis 26-jährigen Einwohner, ab dem Jahr 2000 erhöht sich diese Förderung um bis zu 10 DM. Sie werden an die örtlichen Träger der Jugendhilfe und die Schulträger bedarfsgerecht weitergeleitet.

Für den Bereich Arbeit und Qualifizierung wurde im Jahr 2000 ein umfangreiches Programm *„Arbeit und Qualifizierung“* aufgelegt, das eine Vielzahl von Förderungsmöglichkeiten (darunter Förderung von ABM und SAM sowie Förderung von Beschäftigungsverhältnissen für Sozialhilfeempfänger/-innen) bietet, bei denen überwiegend in Form von nicht zurückzahlbaren Zuschüssen zu den Personal- und Sachausgaben (90 Prozent) gefördert wird. Auch dieses Förderprogramm ist dem Ministerium für Arbeit und Bau zuzuordnen.

Daneben gibt es Programme, welche die Weiterbildung und/oder Qualifizierung verschiedener Bevölkerungsgruppen zum Ziel haben und bei denen anerkannte Weiterbildungsträger nicht zurückzahlbare Zuschüsse zu den Personal- und Sachkosten erhalten. Auch diese Programme werden nach Kenntnis der PvO eingesetzt.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur verwaltet im Rahmen der Kulturförderung verschiedene Förderbereiche, nämlich Museen, Bibliotheken und den Bereich Soziokultur. Zuwendungsempfänger können hier Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kreisfreie Städte sowie Vereine und Verbände sein. Vor allem der Förderbereich Soziokultur ist für den Stadtteil Neu Zippendorf interessant. Hier können Projekte gefördert werden, sie erhalten Zuschüsse. Die PvO geht davon aus, dass diese Fördermittel auch in Neu Zippendorf von verschiedenen Vereinen in Anspruch genommen werden.

Beim Innenministerium bestehen Förderprogramme auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes, im Rahmen dessen Gemeinden, Landkreise und/oder Ämter Zuschüsse bzw. zinsgünstige Darlehen zu kommunalen Infrastrukturmaßnahmen beantragen können.

Seit 1999 gibt es ebenfalls ein Förderprogramm *„Kommunale Präventionsprojekte“*. Gefördert werden kommunale Präventionsräte und freie Träger, die im Sinne der Kriminalitätsvorbeugung tätig sind. Diese Förderung wurde im Gebiet eingesetzt (siehe Theater-Projekt, Kapitel 4.3).

d) Kommunale Mittel

Kommunale Mittel wurden seit Beginn des Programms „Soziale Stadt“ im Stadtteil Neu Zippendorf vor allem zur Drittelfinanzierung der beiden Städtebauprogramme „Programm zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und „Programm zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete Wohnumfeldverbesserungsprogramm“ sowie zur Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule eingesetzt. Für den Stadtteil Neu Zippendorf standen erstmals 1998 Fördergelder aus dem Wohnumfeldverbesserungsprogramm zur Verfügung. Von 2000 an bis 2003 belaufen sich diese Mittel auf 2 249 TDM. Im Programm „Soziale Stadt“ wurden bis Ende 2000 2 160 TDM für den Stadtteil bereitgestellt, verteilt auf die Jahre bis 2004. In 2001 wurden weitere Fördergelder in Höhe von 1,5 Mio. DM für jeweils beide Programme bewilligt, die dem Stadtteil in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung stehen. Für 2002 stehen aus dem Programm „Soziale Stadt“ für das um den Stadtteil Mueßer Holz erweiterte Modellgebiet (nun Neu Zippendorf/Mueßer Holz) allerdings lediglich 702 000 Euro zur Verfügung.

Weitere kommunale Mittel im Zusammenhang mit der Umsetzung der Rahmenplanung kommen vom Amt für Jugend, Soziales und Wohnen (z.B. Regionalbüro) und dem Amt für Verkehr und öffentliches Grün (aus Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, städtische Mittel für P+R aus Stellplatzablösegebühren).

4.2 Finanzierung durch Private

Bisher eingesetzte private Mittel kommen aus folgenden Quellen:

- Stiftungsmittel: Aktion Mensch (Haus der Begegnung);
- Sachspenden: von Geschäften und Banken, Eltern (Stadtteilfeste, Sommerfest Jugendclub und andere);
- Wohnungsunternehmen (z.B. Feste, Jugendhütte [SWG], Eigenanteil bei Baumaßnahmen der Wohnungsunternehmen);
- Mehrere Krankenkassen geben 1 DM pro Versicherte an einen Träger (K.I.S.S) für Beratungen und den Aufbau von Selbsthilfegruppen im Gebiet.

4.3 Bündelung von Fördermitteln im Modellgebiet

Da das Programm „Soziale Stadt“ erst 1999 angelaufen ist, gibt es unter den in Kapitel 3.5 beschriebenen Projekten bisher nur einige abgeschlossene oder geplante Projekte im Gebiet, die aus mehr als einem Fördertopf finanziert wurden, sieht man von dem bei vielen Förderprogrammen geforderten Eigenfinanzierungsanteil des Zuwendungsempfängers ab.

- *Nachbarschaftstreff Tallinner Straße*
  Der Umbau einer Wohnung zum Nachbarschaftstreff Tallinner Straße wurde zum großen Teil aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert (191 TDM), die Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft finanzierte die Restsumme (von 64 TDM).
- *Umbau Außenanlagen des Hauses der Begegnung*
  Bei der Gestaltung der Außenanlagen wurden Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“, Mittel aus der Bundesanstalt für Arbeit (ABM-Mittel), Eigenmittel des Trägervereins und Mittel aus der „Aktion Mensch“ sowie Spenden eingesetzt.
- *Qualifizierungsbüro im Zusammenhang mit dem Programm Freiwilliges Soziales Trainingsjahr beim Internationalen Bund*
  Die bauliche Einrichtung und Erstausstattung des Büros wurde finanziert aus Fördermitteln des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Soziales (E&C-Programm), aus Mitteln der Arbeitsförderung (Bundesanstalt für Arbeit) und aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“. Die sächlichen und personellen Mittel werden nur aus E&C-Mitteln und Mitteln der Arbeitsmarktförderung finanziert. Die reinen Umbaukosten in Höhe von 20 648 DM wurden aus dem Programm „Soziale Stadt“ getragen.

- *Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule und Erweiterung zu einem kulturellen Veranstaltungszentrum*
  Die Kosten der Sanierung und Erweiterung der Schule belaufen sich voraussichtlich auf 13,5 Mio. DM. Aus dem Programm „Soziale Stadt“ werden rund 2 Mio. DM finanziert, weitere Mittel kommen von der Stadt. Eine abschließende Kalkulation liegt noch nicht vor.

- *Stadtteilmanagement „Soziales“*
  Die Konzeptphase Herbst 2001 bis Frühjahr 2002 der beiden Stadtteilmanager wurde finanziert aus dem Programm „Lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, für Toleranz und Demokratie“ als Baustein des E&C-Programms. Die Finanzierung der Stadtteilmanager über eine Laufzeit von drei Jahren erfolgt zu je 50 Prozent aus Mitteln der Programme „Soziale Stadt“ und „Entimon“.

- *Stadtteilmanagement „Wirtschaft“*
  Sowohl die Konzept- als auch die Umsetzungsphase des Stadtteilmanagements „Wirtschaft“ für die ersten drei Jahre wird aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert.

- *Stadtteilbüro*
  Das Stadtteilbüro besteht seit 1999, die dort angestellten Mitarbeiter (mit einer und einer halben Stelle) werden weitgehend aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit (ABM) finanziert, die notwendige Eigenanteilsfinanzierung erfolgt über den Beschäftigungsträger „Zukunftswerkstatt Schwerin e.V.“ Die Umgestaltung von Gewerberäumen zum Stadtteilbüro erfolgte über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, angesiedelt beim Beschäftigungsträger (Kosten rund 2 500 Euro; in der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme waren auch Sachmittelkosten enthalten). Die Miete für das Büro wurde zuerst über Mittel aus dem Programm „Arbeit und Qualifizierung“ finanziert, ab Mitte 2001 trägt die WGS die Miete.

- *Wohngebietsbetreuer*
  Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (trägt anteilig Kosten der Qualifizierung), Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit (SAM-Stellen), Mitteln aus „Soziale Stadt“ (Investitionskosten für die Nachbarschaftstreffs), Mitteln aus dem Länderprogramm „Gemeinwesenorientierte Arbeit“ (GAP), Eigenmitteln der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG (SWG) sowie Eigenmitteln des Vereins „Hand in Hand e.V.“. Projektträger ist die SWG, die Anstellung der Betreuer erfolgt über den Verein „Hand in Hand e.V.“, da die in Anspruch genommenen Fördermittel nur von einem gemeinnützigen Träger beantragt werden können. Aufgrund der Finanzierung über SAM-Mittel können die Einstellungen nur zeitlich befristet bis zum 31. Dezember 2002 erfolgen.

- *Musical Naiomi*
  Die Astrid-Lingren-Schule erarbeitete ein Musical, in dem es um das Thema Fremdenfeindlichkeit geht. Das Projekt wurde zu 60 Prozent aus Mitteln des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung zur Förderung von Präventionsprojekten (Landesinnenministerium) und zu 40 Prozent aus Eigenmitteln der Schule (Spenden, Mittel vom Schulförderverein der Schule) finanziert.

5. Organisation und Management

Der komplexe integrierte Ansatz des Programms „Soziale Stadt" erfordert innovative und flexible Formen der Kooperation und Steuerung des stadtteilbezogenen Entwicklungsprozesses. Es sind daher geeignete Formen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu entwickeln, Abstimmungsprozesse und eine projektbezogene Zusammenarbeit sowie ein (vertikaler) Austausch von Informationen und Know-how zwischen der Quartiersebene und der Gesamtstadt – in der Verwaltung wie auch im Bereich von Wirtschaft, Initiativen und gemeinnützigen Trägern – zu organisieren und zu managen. Die Aktivierung und Unterstützung von thematischen oder projektbezogenen Arbeitsgruppen unter Einbindung der örtlichen Bevölkerung ist ein weiterer wichtiger Baustein. Klassisches „Top-Down" – Verwaltungshandeln wird durch Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen in den Stadtteil ersetzt. Die Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort und die Bildung Netzwerken setzt allerdings auch eine „Machtabgabe" voraus.

Erfahrungen aus der Umsetzung von Vorläuferprogrammen in Deutschland[48] zeigen, dass bei unterschiedlicher Ausformung von Organisations- und Kooperationsstrukturen im Wesentlichen drei Bereiche strukturell vertreten und miteinander sinnvoll verknüpft werden müssen. Diese sind:

- *auf Verwaltungsebene* ein Ansprechpartner für das Gebiet und eine ressortübergreifende Arbeitgruppe aller beteiligten Ämter der Stadt unter Federführung des für die Programmumsetzung verantwortlichen Amtes. An dieser Arbeitsgruppe ist auch das Stadtteilmanagement zu beteiligen;
- *auf intermediärer Ebene/Stadtteilebene* die Vertretung des Stadtteils im Sinne eines Zusammenschlusses von vor Ort wirkenden Initiativen, Organisationen, politischen Vertretern, der örtlichen Wirtschaft, Wohnungsunternehmen, Bildungseinrichtungen und Engagierten inklusive des Stadtteilmanagements (Stadtteilkonferenz o.ä.);
- *auf der lokalen Umsetzungsebene* das Stadtteilmanagement, Arbeitsgruppen aus Bewohnerschaft, lokaler Wirtschaft, Initiativen u.a. sowie ein Stadtteilbüro (siehe Kapitel 6.2).

Auf Länderebene wurde 1999 in Mecklenburg-Vorpommern eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) eingesetzt, um die Bündelung von Finanzen zu sichern, über die Maßnahmenpläne der Förderanträge zu beraten und programmbegleitende Arbeitshilfen und Veröffentlichungen gemeinsam zu erstellen[49].

---

48 Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Hessen haben bereits seit Anfang der 90er Jahre eigene Länderprogramme mit einem ganzheitlichen Ansatz der Quartiersentwicklung konzipiert und umgesetzt. Zu Nordrhein-Westfalen und Hamburg siehe *Karl Jasper,* Eine Strategie gegen soziale Polarisierung, in: der städtetag, H. 8 (2000), S. 21; *Till Krüger,* Das Hamburger Programm bezieht Bürger stark mit ein, in: der städtetag, H. 8 (2000) S 14.

49 Zur Zusammensetzung siehe Fußnote Nr. 39.

5.1 Verwaltungsebene

Während der sozialkommunikativen Rahmenplanung wurden bestimmte organisatorische Strukturen[50] auf Verwaltungsebene, intermediärer Ebene und der Umsetzungsebene im Stadtteil aufgebaut. Sie umfassten auf Verwaltungsebene einen sporadisch tagenden Lenkungskreis unter der Leitung des Baudezernenten, in dem zwischen Amtsleiter, Mitarbeitern des Stadtplanungsamtes und gegebenenfalls Mitarbeitern weiterer Ämter sowie den Geschäftsführern der beiden Wohnungsunternehmen übergeordnete Themenbereiche besprochen und abgestimmt wurden. Mitarbeiter verschiedener Ämter (Stadtplanungsamt, Amt für Jugend, Soziales und Wohnen, Amt für Verkehrsanlagen und öffentliches Grün) tagten regelmäßig zusätzlich in der Arbeitsgruppe „Weiterbau Neu Zippendorf" unter der Leitung des Stadtplanungsamtes. Ihre Aufgabe war die Erarbeitung der Rahmenplanung und die Abstimmung mit den verschiedenen Fachämtern und Wohnungsgesellschaften.

Im Stadtplanungsamt ist ein Mitarbeiter für die Steuerung des Weiterbauprozesses des gesamten Dreesch und die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt" im Modellgebiet Neu Zippendorf zuständig (Gebietsbeauftragter). Die Betreuung des Modellgebietes und die Mitarbeit im Lenkungskreis auf Stadtteilebene sowie die Leitung einer Arbeitsgruppe umfassen nach eigenen Angaben schätzungsweise 40 Prozent seiner Arbeitszeit. Zu seinem Aufgabenbereich zählen die verwaltungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit, die Kontakte zum Ministerium für Arbeit und Bau, die Erstellung von Sachstandsberichten und Stadtvertretungsvorlagen sowie die Kontrolle der Maßnahmenumsetzung. Er wird dabei von einer Mitarbeiterin der Landesentwicklungsgesellschaft mbH Schleswig-Holstein (LEG) unterstützt, die seit 1997 als Sanierungsträger fungiert und mit der treuhänderischen Verwaltung der Fördermittel durch die Landeshauptstadt beauftragt ist. Gleichzeitig ist der Gebietsbeauftragte der fachliche Vorgesetzte für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Stadtteilbüro. Er agiert insgesamt auf allen drei Ebenen und stellt die Vernetzung dieser Ebenen her.

Nach Ende der sozial-kommunikativen Rahmenplanung wurde im Rahmen der Programme „Soziale Stadt" und „Weiterentwicklung großer Neubaugebiete" die Kooperation zwischen Stadtplanungsamt und Amt für Jugend, Soziales und Wohnen fortgesetzt. Diese äußert sich auch in der Mitarbeit der Leiterin des Regionalbüros 3 im Lenkungskreis auf Stadtteilebene (siehe Kapitel 5.3) von Beginn an[51]. Seit Mai 2001 treffen sich Stadtplanungsamt und Sozialamt zusätzlich einmal monatlich, um auftretende Fragen bei der Zusammenarbeit in den Stadtteilen zügig zu klären und Ideen auszutauschen. Erstes Ergebnis war die Durchführung eines Workshops zum Thema soziale und räumliche Probleme in Großwohnsiedlungen, an dem auch die WGS beteiligt war.

Seit Abschluss der Rahmenplanung tagte der Lenkungskreis auf Verwaltungsebene unter Federführung des Stadtplanungsamtes, um weitere Sanierungs-/Modernisierungsmaßnahmen im Stadtteil abzustimmen. Seit Herbst 2001 befasst er sich mit dem Thema „Stadt-

---

50 Siehe *Rahmenplanung*, S. 98 ff.

51 Durch die Neustrukturierung des Amtes für Jugend, Soziales und Wohnen entstanden vier dezentrale Regionalstellen im Stadtgebiet Schwerin. Das Regionalbüro 3 ist unter anderem für Neu Zippendorf zuständig und befindet sich im angrenzenden Großen Dreesch. Die Regionalisierung unterstützt den Anspruch der Sozialraumorientierung der Jugendhilfe, der sozialen Dienste und der wohnungsbezogenen Dienste, der auch im Programm „Soziale Stadt" eine große Rolle spielt.

umbau“ und der Erstellung eines integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes zum Bund-Länder-Programm Stadtumbau. Er wurde um Mitarbeiter der LEG erweitert.

5.2 Intermediärer Bereich

Stadtteilforum

Als Informationsplattform für Planungs- und Umsetzungsschritte zur Rahmenplanung wurden Stadtteilforen eingerichtet. Diese Organisationsform bleibt während der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ erhalten. Einmal jährlich soll ein weiteres Forum stattfinden, um in erster Linie interessierte Bewohner, die sich nicht regelmäßig im Rahmen der Stadtteilkonferenz und der Bewohnerarbeitsgruppen engagieren können oder möchten, über die Weiterentwicklung, geplante Projekte usw. zu informieren. Das vierte Stadtteilforum im Gebiet Ende Mai 2001 diente der Vorbereitung der ersten Stadtteilkonferenz.

Stadtteilkonferenz

Zur Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ wurde zusätzlich zu den Stadtteilforen für Neu Zippendorf eine Stadtteilkonferenz[52] eingerichtet. Die Organisation obliegt dem Regionalbüro 3 in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilmanagement. Aufgabe dieses Gremiums ist es, Beschlussvorlagen zu Maßnahmen im Gebiet mit vorzubereiten. Aus ihrer Mitte sind fünf Arbeitsgruppen[53] entstanden, deren Arbeitsergebnisse die Konferenz wiederum entgegennimmt, Empfehlungen dazu gibt und soweit möglich die Ergebnisse auf die politische Ebene, in die Ämter, Organisationen und Initiativen vor Ort transportiert. Vorgesehen sind bis zu vier Konferenzen pro Jahr. Ergebnisse der Stadtteilkonferenz werden für die Teilnehmer dokumentiert.

Durch die Beteiligung der Arbeitsgruppenmitglieder an der Stadtteilkonferenz sind die Bewohner eingebunden, die an einer längerfristigen Mitarbeit interessiert sind. Damit ist auch eine klare Abgrenzung zum Stadtteilforum gegeben.

Noch unterrepräsentierte Bewohnergruppen wie Spätaussiedler, Jugendliche, Alleinerziehende und junge Familien sollen über die Beteiligung an konkreter Projektarbeit zur Mitwirkung in der Stadtteilkonferenz gewonnen werden.

---

52 Als Vorläufer und Nukleus der Stadtteilkonferenz agierte der Präventionsrat. Mitglieder der Stadtteilkonferenz sind: Vertreter des Stadtplanungsamtes, des Amtes für Jugend, Soziales und Wohnen, Kontaktbeamte der Polizei, Vertreter der beiden Wohnungsunternehmen, von Trägern vor Ort, Bewohner, Stadtteilmanager, Mitarbeiterin des Stadtteilbüros und vereinzelt Politiker.

53 Zurzeit sind über 50 Personen in den Arbeitsgruppen aktiv.

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, nach Vorlage des Stadtplanungsamtes Schwerin.

5.3 Quartiersebene

Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement bzw. Lenkungskreis auf Stadtteilebene

Um auch Schlüsselpersonen aus Ämtern und Vor-Ort-Einrichtungen, die bereits zentrale Funktionen im Gebiet wahrnehmen, einzubinden, wurde auf Stadtteilebene eine „Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement“ gebildet, der die Leiterin des Regionalbüro 3 (Amt für Jugend, Soziales und Wohnen), eine Mitarbeiterin des AJW, die Projektleiterin für E&C

des Internationalen Bundes, eine Mitarbeiterin des Stadtteilbüros und der zuständige Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes angehören.

Seit Mitte 2000 tagte die Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement einmal im Monat im Stadtteilbüro, die Sitzungen werden von der Mitarbeiterin des Stadtteilbüros organisiert und dokumentiert. Die PvO nahm aktiv beratend an den Sitzungen teil.

Die Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement übernahm in Teilen die Arbeit eines Quartiermanagements, da sie die Organisationsstruktur erweiterte, Informationen zum Stadtteil bündelte, Projektideen entwickelte und die Stadtteilkonferenz vorbereitete. Die Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement wurde Ende 2001 umbenannt in Lenkungskreis auf Stadtteilebene und um die Leiter der neu eingesetzten Arbeitsgruppen sowie um eine Mitarbeiterin der LEG erweitert. Dieser Lenkungskreis auf Stadtteilebene entscheidet über die Vergabe der Mittel des Verfügungsfonds (siehe Kapitel 6). Seit Ende 2001/Anfang 2002 wurde das Gremium um einen Stadtteilmanager „Wirtschaft“ und zwei Stadtteilmanager „Soziales“ ergänzt.

Stadtteilmanagement

Ende 2001 beauftragte die Stadt Schwerin die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit dem Stadtteilmanagement für den Bereich Wirtschaft in Neu Zippendorf. Grundlage der zunächst auf drei Jahre angelegten Tätigkeit sind die Aussagen des Rahmenplans und ein von der Lawaetz-Stiftung erstelltes Konzept zur Lokalen Ökonomie. Der Aufgabenbereich des Stadtteilmanagers „Wirtschaft“ umfasst die Lobbyarbeit und Interessenvertretung der im Gebiet ansässigen Gewerbetreibenden, ihre Unterstützung bei gemeinsamen Aktionen (z.B. Gründung einer Werbegemeinschaft), Verbesserung des städtebaulichen Umfelds, der verkehrlichen Erreichbarkeit und der Parkplatzsituation vor Ort, die Weiterentwicklung/Aufwertung des Marktes am Berliner Platz, Akquisition neuer Unternehmen zur Verbesserung der Angebotssituation im Stadtteil, Weiterqualifizierung der Gewerbetreibenden und Beratung über Förderprogramme usw. Vorgesehen sind dazu u.a. eine Passantenbefragung, Workshops zu bestimmten Themen (wie Marketing, Arbeit und Bildung), Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen sowie die Vorbereitung von jahreszeitlich bedingten Sondermärkten wie Ostermarkt, Weihnachtsmarkt. Daneben werden eine Vernetzung der lokalen Ökonomie mit Interessenvertretungen wie der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, des Einzelhandelsverbandes angestrebt und Kontakte zum Arbeitsamt gepflegt. Ein wichtiger Teil der Arbeit umfasst den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, neben Anderem soll ein Stammtischbulletin entstehen. Der Stadtteilmanager Wirtschaft ist jeden Montag und Dienstag im Stadtteilbüro erreichbar.

Mit der Erweiterung des Modellgebietes Neu Zippendorf um den Stadtteil Mueßer Holz Ende 2001 wurde die Voraussetzung für die Einrichtung von zwei Stadtteilmanagern Soziales geschaffen. Ihre Aufgabe in den nächsten drei Jahren ist es, die soziale Entwicklung beider Stadtteile aktiv zu befördern und dabei die Bewohner und Akteure in die Aufwertung und Entwicklung der Projekte und Maßnahmen dazu einzubeziehen. Je ein Mitarbeiter ist beim Internationalen Bund bzw. dem Alternativen Jugendwohnen beschäftigt, einer von ihnen stammt aus dem Kreis der Spätaussiedler. Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Stadtteilmanager wird die Öffentlichkeitsarbeit sein.

Stadtteilbüro

Das Stadtteilbüro, 1999 eingerichtet, hat auf Gebietsebene die Funktion, Bewohner über den Prozess zur Weiterentwicklung Neu Zippendorfs zu informieren, sie zu beraten und eine Übersicht zu Beteiligungsmöglichkeiten zu geben (siehe auch Kapitel 3.5.2 und 6.2).

Bild 9: Das Stadtteilbüro Neu Zippendorf mit der Mitarbeiterin und den Stadtteilmanagern.
Bildquelle: Stadt Schwerin.

5.4 Einbindung der Politik

Zur Teilnahme Neu Zippendorfs am Programm „Soziale Stadt“ erfolgte kein Beschluss der Stadtvertretung. Im Mai 2000 erhielten die Fachausschüsse Soziales und Wohnen sowie Bauen, Verkehr und Stadtentwicklung eine vom Stadtplanungsamt erarbeitete „Sachstandsinformation“ zum Programmteil „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt der Städtebauförderung“ zur Kenntnisnahme. Am 18. Juli 2000 wurde der Sachstandsbericht abschließend im Hauptausschuss behandelt. Er informierte über die besonderen Förderbedingungen, den Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel, Ziele und Konzeption des Programms sowie über die weitere inhaltliche Ausgestaltung dieses Teils der Städtebauförderung, also konkrete und geplante Maßnahmen. In der Stadtvertretungssitzung vom 17. Juli 2000 wurde der Oberbürgermeister aufgefordert, der

Stadtvertretung im September 2000 eine Konzeption zur Vernetzung der Aktivitäten im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ vorzulegen. Im Herbst 2000 stellte die SPD-Fraktion einen Antrag zur „Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den Großsiedlungen“, der im Hauptausschuss beraten und mit Änderungen zur Beschlussfassung an die Stadtvertretung für deren Sitzung am 16. Oktober 2000 überwiesen wird. In diesem Antrag wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die städtische Wohnungsgesellschaft zu veranlassen, ein Konzept zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den Schweriner Großwohnsiedlungen zu erarbeiten und umzusetzen. Die dazu erforderlichen Maßnahmen im nicht-investiven Bereich werden durch das Landesprogramm „Soziale Infrastruktur“ des Ministeriums für Arbeit und Bau bezuschusst.

Im Januar 2001 erhielten die Fachausschüsse für Soziales und Wohnen sowie für Bauen, Verkehr, Stadtentwicklung einen weiteren Sachstandsbericht über den Stand des Programms „Soziale Stadt“ zur Kenntnisnahme. Damit gilt der Auftrag der Stadtvertretung von Juli 2000, ein Konzept über die Vernetzung der Aktivitäten im Rahmen des Programms vorzulegen, als erledigt. In diesem Sachstandsbericht wird u.a. die Organisationsstrukturen der Stadtteilarbeit in Neu Zippendorf dargelegt.

Aufgrund des Umfangs der Sanierung und Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule zu einem soziokulturellen Zentrum für Neu Zippendorf wurde von der Stadtverwaltung ein Grundsatzbeschluss über die Durchführung dieser Maßnahme in die Ausschüsse und die Stadtvertretung eingebracht und dort beschlossen.

Im Jugendhilfeausschuss wurde am 4. April 2001 über die Beendigung des Modellprojektes „Revitalisierung Großer Dreesch“ und die Erarbeitung eines neuen Projektes „Stadtteilmanagement Soziales“ beraten und die dazu erstellte Beschlussvorlage mit Änderungen verabschiedet. Ende Februar 2002 wurde das Konzept „Lokaler Aktionsplan – Stadtteilmanagement ‚Soziales‘ Neu Zippendorf/Mueßer Holz“ erarbeitet und ein entsprechender Antrag zur Förderung durch das Programm Entimon beim zuständigen Projektrat eingereicht.

Zur Erweiterung des Modellgebietes Neu Zippendorf um den angrenzenden Stadtteil Mueßer Holz liegt ein politischer Beschluss von Oktober 2001 vor.

6. Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung/ Stadtteilakteure

6.1 Ausgangslage: Eigeninitiative und Organisationsgrad der Quartiersbevölkerung

Aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung und des Wegzugs von mobilen, aktiven und sozioökonomisch besser gestellten Personen und Familien ist die Zahl von engagierten Bewohnern im Gebiet zurückgegangen.

Das Potenzial, über Entwicklungsmöglichkeiten des Gebietes zu diskutieren und den Blick über den „eigenen Tellerrand" zu heben, verringerte sich zudem durch den Zuzug von sozial schwach gestellten Familien. So waren Themen der Elterngespräche während der Rahmenplanung fast immer die eigene Lebenssituation, Arbeitslosigkeit, Alltagskonflikte, nicht die Gestaltung des Stadtteils oder des Wohnumfeldes. Daraus ergibt sich deutlich der Hinweis, dass es bei einer Weiterentwicklung des Stadtteils darum gehen muss, nicht nur die Wohnungen und das Wohnumfeld zu verbessern, sondern die Lebenslagen der dortigen Bevölkerung insgesamt, also auch die Arbeitsmarktsituation, die Schul- und Ausbildungssituation, das Freizeitangebot.

Ansatzmöglichkeiten für Engagement und Beteiligung der Bewohner bestehen dennoch durch die vorhandene Infrastruktur und die im Gebiet angesiedelten freien Träger und Gruppen. Um das Interesse Einzelner zu unterstützen und eine Kontinuität der Beteiligung und Aktivierung sicherzustellen, bedarf es bestimmter Organisationsstrukturen (siehe Kapitel 5). Die vielfältigen Aufgaben und Akteure setzen Kommunikations- und Kooperationsformen voraus, die das traditionelle Rollenverständnis von Bürgern oder freien Trägern als „Nehmende" und Verwaltung als „Gebende" durchbrechen. In den Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf sollten sich Verwaltung, Institutionen vor Ort und Bürger als „Koproduzenten" der Quartiersentwicklung verstehen und sich gemeinsam für die zukunftsfähige Entwicklung des Stadtteils im Rahmen der Gesamtstadt verantwortlich fühlen. Dabei gilt es, herkömmliche Verwaltungsverfahren im Rahmen hierarchisch organisierter Ressortstrukturen durch projektbezogene Kooperationsformen zu ersetzen.

6.2 Partizipationsmöglichkeiten, Kommunikationsangebote/-formen

Nachstehende Elemente einer dialogorientierten und aktivierenden Bürgerbeteiligung, schon in der Vorbereitungsphase zur Rahmenplanung, ermöglichten eine Diskussion zwischen der Verwaltung, den Akteuren im Stadtteil sowie den Bewohnerinnen und Bewohnern. Sie werden im Rahmen des Programms „Soziale Stadt" beibehalten:

- Einrichtung eines *Stadtteilbüros* in Neu Zippendorf am Berliner Platz, das die Funktion einer Informations- und Organisationsstelle wahrnimmt. Alle Planungen für den Stadtteil liegen im Büro aus und können eingesehen werden. Das Stadtteilbüro Neu Zippendorf ist Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9.00 bis 16.00 Uhr sowie Dienstag von 9.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Ein Stellschild auf der Rasenfläche am Weg von der Straßenbahn zum Berliner Platz weist besonders auf das Büro hin. Zusätzlich geplant ist ein Schaukasten vor dem Büro. Die Stadtteilmanager „Soziales" und „Wirtschaft" werden ab April 2002 im Stadtteilbüro arbeiten und jeweils an drei Tagen feste Bürozeiten dort einrichten.

- Auf Stadtteilebene engagierten sich während der sozialkommunikativen Rahmenplanung die Vertreter einzelner Interessengruppen (Verwaltung, Vertreter der Wohnungsunternehmen, freie Träger, Bewohner, Gewerbetreibende) in *Arbeitsgruppen*, um verschiedene Themenbereiche zu diskutieren (drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Sicherheit", „Berliner Platz" und „Wohnen, Wohnumfeld, Verkehr") und Maßnahmenvorschläge zu erarbeiten. Im ersten Jahr des Programms „Soziale Stadt" bestand diese Form der aktiven Beteiligung nur in eingeschränktem Maße in Form von Bewohnerbegleitgruppen zu laufenden Einzelmaßnahmen (Perleberger Straße, Umgestaltung der Straßenbahnhaltestelle). In den Interviews der PvO wurde mehrmals betont, eine weitere Beteiligung fände nicht mehr oder nur unzureichend statt. Durch die Bildung neuer Arbeitsgruppen auf der ersten Stadtteilkonferenz im Herbst 2001 wurden die Beteiligung von Bewohnern und Initiativen sowie die regelmäßige Zusammenarbeit wieder gestärkt.
- *Öffentliche Stadtteilforen*: Bisher fanden vier Stadtteilforen statt (siehe Kapitel 5.2). Auf den Foren wurden der jeweilige Stand der Rahmenplanung vorgestellt und weitere Arbeitsschritte vorbereitet. Das erste Stadtteilforum fand im Mai 1999 als Auftaktveranstaltung für die im Rahmen des Förderprogramms „Städtebauliche Weiterentwicklung und Wohnumfeldverbesserungen der Großwohnsiedlung" durchgeführte Rahmenplanung mit etwa 300 Personen statt; auf diesem bildeten sich die Arbeitsgruppen. Beim zweiten Forum im Herbst 1999 wurde der Zwischenbericht zur Rahmenplanung präsentiert und diskutiert. Auf dem dritten Forum im Mai 2000 wurden der Abschlussbericht zur Rahmenplanung und die geplanten Maßnahmen vorgestellt und diskutiert. Das vierte Stadtteilforum im Mai 2001 diente der Vorbereitung der Stadtteilkonferenz. Das Stadtteilforum bleibt als Informations- und Diskussionsforum weiter bestehen.
- Für Schwerin insgesamt, damit aber auch für die drei Neubaugebiete, wurden im Auftrag der Stadt 1997 und 2000 je eine *Haushaltsbefragung* zum Monitoring des Wohnungsmarktes durchgeführt. Diese Befragungen beziehen sich auf die Wohnungsversorgung, Nachfragepotenziale, Wohnqualitäten und neue Wohnformen. Ergebnisse der Befragungen wurden jeweils in einem öffentlichen Wohnforum vorgestellt und mit den Wohnungsunternehmen, weiteren Akteuren im Gebiet und interessierten Bewohnern diskutiert. Diese Befragung wird turnusmäßig wiederholt (siehe auch Kapitel 8).
- Die *Gewerbetreibenden* wurden während der Rahmenplanung durch eine *Befragung* und durch das Angebot zur Mitarbeit in der *Arbeitsgruppe* zum Thema „Entwicklung des Berliner Platzes" beteiligt. Der Stadtteilmanager Wirtschaft baut auf diesen Befragungsergebnissen seine Konzeption zur Förderung der lokalen Ökonomie auf und plant einen Stammtisch und eine Arbeitsgruppe der Gewerbetreibenden.
- Die *Beteiligung von Kindern und Jugendlichen* erfolgte im Rahmen eines Schülermalwettbewerbs und in einer Planungswerkstatt mit Jugendlichen. Jugendliche sollen auch weiterhin, insbesondere durch Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, einbezogen werden.

Von 1998 bis 2001 arbeitete eine *Stadtteilkoordinatorin für den Bereich Jugend* in den Stadtteilen Großer Dreesch und Neu Zippendorf, finanziert über das Modellprojekt „Revi-

talisierung“. Ihre Aufgabe bestand darin, die Kommunikation zwischen den einzelnen Institutionen im Gebiet herzustellen, die inhaltliche Zusammenarbeit zu koordinieren und neue Ressourcen zu erschließen.

Die genannten Beteiligungsmöglichkeiten aus der Rahmenplanung wurden im Verlauf des Programms „Soziale Stadt“ um folgende Partizipationsmöglichkeiten erweitert:

- Die erste Beteiligungsmöglichkeit, sich in den Stadtteilentwicklungsprozess im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ einzubringen, war die Starterkonferenz am 23. Mai 2000 zum Auftakt des Programms im Modellgebiet. Hierzu waren alle interessierten Bürger, Institutionen und Akteure im Gebiet eingeladen. Aus den Berichten verschiedener im Gebiet engagierter Akteure und dem Kreis der Teilnehmer ergaben sich zahlreiche Anregungen zur Weiterentwicklung Neu Zippendorfs (z.B. behindertengerechte Gestaltung des Gebietes, bessere ÖPNV-Anbindung des Hauses der Begegnung, Gestaltungsvorschläge zum Berliner Platz), gleichzeitig aber auch die Forderung nach mehr Öffentlichkeitsarbeit und einer größeren Transparenz des Planungs- und Umsetzungsprozesses durch eine frühe und umfassende Information durch die Wohnungsgesellschaften, die Stadt und weitere Projektträger.
- Zusätzlich zu den Stadtteilforen wurde auf Stadtteilebene eine Stadtteilkonferenz eingerichtet, die den Bewohnern und Akteuren Beteiligungsmöglichkeiten durch die angegliederten Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen bietet (siehe auch Kapitel 5.3). Zusätzlich bringen sich die Teilnehmer auch mit eigenen Vorschlägen zur Stadtteilentwicklung ein.
- Mit der Einsetzung des Stadtteilmanagements „Soziales“ und „Wirtschaft“ ab April 2002 (siehe Kapitel 5.3) wird eine Grundvoraussetzung des Programms „Soziale Stadt“ erfüllt. Bereits in der Konzeptionsphase sind durch den Stadtteilmanager „Wirtschaft“ Kontakte zu Institutionen wie Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer und Arbeitsamt sowie der lokalen Wirtschaft aufgenommen worden, mit dem Ziel, gemeinsam mit ihnen ein Handlungskonzept zur Stärkung der lokalen Wirtschaft zu erarbeiten. In der Konzeptionsphase haben die Stadtteilmanager „Soziales“ ein Informationsblatt für das Modellgebiet als Vorläufer der neuen Stadtteilzeitung entwickelt. Besonders Spätaussiedler und jüdische Emigranten wurden zur Mitarbeit motiviert. Die Informationen erscheinen zweisprachig (Deutsch und Russisch).
- Ehrenamtliches Engagement und Aktivierung der Bewohner wird auch durch den eingerichteten Nachbarschaftstreff Tallinner Straße gefördert. Dort werden kleinere Veranstaltungen durchgeführt, Bewohnerarbeitsgruppen tagen dort. Das Programm wird durch einen Bewohnerbeirat, dem auch Jugendliche angehören, koordiniert.

6.3 Aktivierungsstrategien

Zur Aktivierung der Bewohner im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ liegen einige Bausteine vor:

- Die inhaltliche Arbeit im Nachbarschaftstreff Tallinner Straße ist als eine Möglichkeit der Aktivierung zu werten, da die dort angesiedelten Wohngebietsbetreuer Aktivitätsmöglichkeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohnern aufbauen sollen.

- Geplant sind Weiterbildungsangebote zu bürgerschaftlichem Engagement und zu Moderation. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen im Gebiet und interessierte Bewohner sollen so befähigt werden, Arbeitsgruppen zu moderieren und zum bürgerschaftlichen Engagement zu motivieren.
- Mit der Stadtteilzeitung (siehe Kapitel 7.2) wird interessierten Bewohnern, besonders aus der Gruppe der Aussiedler, eine weitere Möglichkeit eröffnet, sich aktiv einzubringen.
- Ein Aktivierungsschub erfolgte durch den vom Land eingerichteten Verfügungsfonds in Höhe von 10 000 Euro, der seit Herbst 2001 engagierten Initiativen und Gruppen im Gebiet zur Mitfinanzierung ihrer Aktionen zur Verfügung steht. Vom Lenkungskreis auf Stadtteilebene wurde eine Richtlinie zum Verfügungsfonds erarbeitet. Danach wird pro Antrag eine maximale Förderung von rund 1 250 Euro pro Antrag als Zuschuss bis zu 90 Prozent der Gesamtkosten festgelegt. Gefördert werden Projekte/Aktionen von Privatpersonen und nicht kommunalen Institutionen, keine Unternehmen. Der Lenkungskreis auf Stadtteilebene entscheidet über die beantragte Förderung und berichtet darüber in der Stadtteilkonferenz. Der eingerichtete Verfügungsfonds wurde im Stadtteil sehr begrüßt. Seither gingen rund 20 Anträge ein. Sie betreffen vor allem Projekte für Aussiedler und Aussiedlerkinder (Schachclub, Musikunterricht am Klavier, Gesangs- und Chorförderung, Sprachunterricht, Ausstellung über das Leben in den Heimatländern der Aussiedler, Neujahrsfest, Förderung der zweisprachigen Öffentlichkeitsarbeit) sowie Aktionsprojekte für Jugendliche (Renovierung der Jugendhütte, Jugendfest).
- Eine aktivierende Befragung von Schlüsselpersonen auf Verwaltungsebene, in Organisationen und Initiativen, der Politik und Bewohnern des Modellgebietes, bei der auch Ziele und wünschenswerte Maßnahmen für Neu Zippendorf und die Beteiligungsbereitschaft an der Mitwirkung der Weiterentwicklung des Modellgebietes erfragt wurden, wurde von der PvO im ersten Programmjahr durchgeführt.

6.4 Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung

Wie schon angesprochen, ist ein Teil der aktiveren Bevölkerung aus Neu Zippendorf weggezogen, nur die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen im Gebiet ist relativ konstant geblieben. Sie bringen sich auch weiterhin in die Arbeitsgruppen mit ein.

Nach der von der Stadt durchgeführten Befragung unter den Gewerbetreibenden (siehe Kapitel 2.2.3) bestand bis zum Einsatz des Stadtteilmanagers „Wirtschaft“ keine kontinuierliche Beteiligungsmöglichkeit. Obwohl der Stadtteilmanager Kontakte und Beteiligungsmöglichkeiten aufgebaut hat und 60 Prozent der Gewerbetreibenden Bereitschaft zur Mitwirkung signalisiert hatten, bringen sie sich bisher kaum in die Entwicklung des Stadtteilzentrums Berliner Platz ein.

Bild 10: Eröffnung des Nachbarschaftstreffs Tallinner Straße (rechts im Bild Oberbürgermeister Johannes Kwaschik. Bildquelle: Stadt Schwerin.

Alkoholkranke Personen, Alleinerziehende und kleinere Kinder sind mit bisherigen Angeboten und Methoden nicht erreichbar gewesen. Sehr schlecht erreichbar waren bisher die im Gebiet wohnenden Aussiedler und Ausländer. Gründe dafür liegen zum einen in einer latenten Ablehnung durch die Bevölkerung und dem bestehenden Sprachproblem, zum anderen haben die Aussiedler und Ausländer andere Probleme und Sorgen, so dass die Gebietsentwicklung für sie keine große Rolle spielt. Die Einbeziehung dieser Bevölkerungsgruppe ist ein Baustein der Arbeit des Stadtteilmanagements „Soziales“.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiges Instrument zur Imageverbesserung des Gebietes sowie für die breite Information der Beteiligten und der Gesamtstadt. Sie zählt zu den zentralen Aufgaben des Stadtteilmanagements und des Gebietsbeauftragten, um Transparenz der Planungs- und Umsetzungsprozesse zu gewährleisten.

7.1 Rezeption von Gebiet und integriertem Handlungskonzept in den Medien

Eine regelmäßige Berichterstattung über die Weiterentwicklung der drei Neubaugebiete erfolgt seit der Rahmenplanung in der Schweriner Tagespresse, im Stadtanzeiger (mehrere Doppelseiten) und auf den Internetseiten der Stadt zum Weiterbau der Neubaugebiete. Das Interesse der Presse an der Starterkonferenz als Auftaktveranstaltung zum Programm „Soziale Stadt“ im Modellgebiet sowie zum Einsatz der Stadtteilmanager war allerdings nicht allzu groß.

In ihrer Berichterstattung erweckt die Presse zum Teil den Eindruck, dass das Gebiet an Attraktivität verloren hat. Nach Meinung einiger Beteiligter betont die Presse zu oft, dass in Neu Zippendorf viele bzw. zu viele Russlanddeutsche wohnen. Positive Pressemitteilungen über Entwicklungen im Gebiet werden von der Presse nur zum Teil aufgenommen, teilweise wird durch Kürzung der Meldungen ein falscher Eindruck über die Situation und über Fortschritte im Gebiet vermittelt.

7.2 Modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Bausteine der gebietsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit:

- Ankündigungsplakate zu den Stadtteilforen, aufgehängt an markanten Punkten im Gebiet und in jedem Hausflur;
- Einladungen an die Teilnehmer der Stadtteilkonferenzen und der Bewohnerarbeitsgruppen;
- aktivierende Betroffenen- und Akteursbeteiligung (siehe auch Kapitel 6);
- Stadtteilbüro; Auslegen der Pläne, Beratung bei Mietfragen, Flyer der Stadtteilbüros, Hinweisschild auf Stadtteilbüro;
- öffentliche Wohnforen, zu denen gezielt eingeladen wurde;
- Workshop zu „Sozialen und räumlichen Problemen in Großwohnsiedlungen“;
- Einweihungsfest des Nachbarschaftstreffs Tallinner Straße;
- jährliche Stadtteilfeste;
- Tag der offenen Tür-/Sommerfeste verschiedener Träger;
- Ausstellung zum 30-jährigen Bestehen des Dreesch;
- Stadtteilforen;

- Broschüre „Stadtteile im Wandel“;
- Pressekonferenz zur Starterkonferenz, zu den Stadtteilforen und zum Einsatz der Stadtteilmanager „Wirtschaft“ und „Soziales“.

Insgesamt gibt es damit einige Ansätze zur gebietsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit. Die Wohnbevölkerung fühlt sich aber nur begrenzt informiert und wünscht sich mehr Aktionen oder zum Beispiel Paten für den Stadtteil als Motor und Imageträger, die bewirken, dass sich die Bewohner für ihren Stadtteil „begeistern“. Hier können und müssen die neu eingesetzten Stadtteilmanager Lücken füllen und ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit erstellen, das sowohl gebietsbezogene wie auch außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit umfasst. Ein Anfang ist mit dem seit Dezember zweisprachig erscheinenden Informationsblatt des Stadtteilmanagements gemacht, das damit auch die russischsprechende Bevölkerung im Gebiet erreicht. Es ist beabsichtigt, aus dem Informationsblatt eine Stadtteilzeitung zu entwickeln, die weitgehend von den Bewohnern selber erstellt wird. Vor allem bei den jüdischen Emigranten gibt es dazu Interesse und mit ausgebildeten Journalisten auch ein Potential dafür. Gezielt zur Mitarbeit anzusprechen sind Jugendliche sowie ältere Menschen aus dem Gebiet. Damit die Bewohner selbständig an der Herstellung der Zeitung mitarbeiten können, wird dafür im Stadtteilbüro Neu Zippendorf ein Computerarbeitsplatz eingerichtet und eine entsprechende Ausstattung zur Verfügung gestellt.

7.3 Außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit

Eine außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit zum Programm „Soziale Stadt“ im Sinne einer aktiven Information der Presse durch das Stadtplanungsamt und die beteiligten Ämter erfolgte bisher zu den vier Stadtteilforen, zur Starterkonferenz „Soziale Stadt“ im Gebiet und zur Einsetzung der Stadtteilmanager sowie bei Einweihung von neuen Projekten wie Nachbarschaftstreff Tallinner Straße, Einweihung des wiederhergerichteten Brunnens o.ä. Diese Pressearbeit wird auch in Zukunft fortgesetzt, muss aber intensiviert werden.

Daneben gibt es Veröffentlichungen des Landes über die Weiterentwicklung der Neubaugebiete in Mecklenburg-Vorpommern. Die Stadt hat im Frühjahr 2002 eine Broschüre zur Weiterentwicklung des Dreesch sowie einen Faltplan mit den realisierten und im Bau befindlichen Projekten des Programms „Wohnumfeldverbesserung“ veröffentlicht[54].

7.4 Fazit

Die Öffentlichkeitsarbeit zur Rahmenplanung wurde im Ansatz weitergeführt. Sie soll im weiteren Verlauf durch die Stadtteilmanager „Wirtschaft“ und „Soziales“ intensiviert werden.

Ein Baustein ist die neue Stadtteilzeitung. Zuwanderer im Gebiet werden durch die Zweisprachigkeit des Informationsblattes und der neuen Stadtteilzeitung direkt angesprochen und in ihrer Muttersprache informiert. Es sollten aber auch Einladungen zu den Stadtteilforen und zur Stadtteilkonferenz zumindest in den Hausaufgängen, in denen mehrere zu-

54 Siehe hierzu *Landeshauptstadt Schwerin, Der Oberbürgermeister, Stadtplanungsamt (Hrsg.),* Stadtteile im Wandel. Großer Dreesch, Neu Zippendorf, Mueßer Holz, Schwerin 2002.

gewanderte Familien wohnen, zusätzlich in Russisch verteilt werden. Um Ressourcen zu bündeln, wäre es allerdings nötig, dass ein Konzept für Öffentlichkeitsarbeit entsteht, welches die wichtigen Institutionen im Gebiet einbezieht und zusammen mit ihnen umgesetzt wird. Eine gut konzipierte und abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit (auch in Hinblick auf die lokalen Medien) unterstützt auch die angestrebte Imageverbesserung des Modellgebietes.

8. Monitoring und Evaluation

Voraussetzung einer Evaluation ist das Vorhandensein von kleinräumlichen Daten und Indikatoren[55] vor und nach einer Programmumsetzung sowie ein kontinuierliches Monitoring zu den Veränderungen im Gebiet. Ein derartiges Monitoring zum Programm „Soziale Stadt“ ist für das Modellgebiet Neu Zippendorf bisher nicht vorgesehen. Während der Rahmenplanung wurden zwar gebietsbezogene Daten zur Sozialstruktur, der Wohnungsversorgung usw. erhoben, nicht aber Ziele definiert, die sich auf die Veränderung der sozialen und ökonomischen Lage des Gebiets bezogen.

Für den Wohnungsmarkt werden seit 1997 gesamtstädtische Daten bezogen auf einzelne Wohngebäude erhoben und regelmäßig fortgeschrieben (Handlungskonzept Wohnen), so dass Aussagen über Leerstand und Belegung sowie Haushaltsgröße usw. und deren Veränderungen getroffen werden können. Mit der Zusammenstellung aktueller wohnungsmarktrelevanter Daten wurde mehr Transparenz über die Angebots- und Nachfragesituation geschaffen, um die Entscheidungsgrundlagen für Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft zu verbessern. Das Handlungskonzept Wohnen beinhaltet eine Abschätzung zukünftiger Entwicklungen von Angebot und Nachfrage an Wohnungen genauso wie die Aufnahme von Empfehlungen der wohnungspolitischen Akteure und Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft.

Sozialdaten für den Stadtteil Neu Zippendorf liegen vor, unterhalb der Stadtteilebene nur zum Leerstand. Sie wären zusammen mit den vorliegenden wohnungsbezogenen Daten eine erste Voraussetzung für eine Ergebnisevaluation. Schritte dazu wären die Einigung auf quantitative Indikatoren in den einzelnen Handlungsfeldern und die laufende Beobachtung dieser Indikatoren. Es sollten aber nicht nur quantitative Indikatoren ermittelt werden, sondern auch qualitative, um Datenfriedhöfe zu vermeiden. Die zweite Voraussetzung wäre die Vorlage eines integrierten Handlungskonzepts, in dem Entwicklungsziele für die einzelnen Handlungsfelder enthalten sind.

Da weder kleinräumliche Daten und Indikatoren für das Gebiet noch ein integriertes Handlungskonzeptes vorliegen, kann keine Ergebnisevaluation (Soll/Ist-Vergleich) geleistet werden.

Evaluation umfasst aber nicht nur die Messung von Wirkungen, sondern auch die Evaluation laufender Prozesse durch kontinuierliche Begleitung und Beobachtung des Programms[56]. Dazu gehören auch die Diskussion und Entwicklung von Zielen zwischen allen beteiligten Akteuren sowie die Bildung von Indikatoren für die Bereiche Organisation und Kooperation.

Eine Prozessevaluation über die Programmbegleitung vor Ort hinaus ist in Neu Zippendorf bisher nicht vorgesehen und wäre zurzeit auch nur ansatzweise möglich. Ein Grund dafür ist die noch kurze Laufzeit des Programms, das Strukturveränderungen initiieren und nachhaltige Veränderungen in den Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf erreichen soll. In den Programmgebieten, in denen erst neue Kooperations- und Manage-

55 Zur Ermittlung von Indikatoren wird meist auf einen Mix aus quantitativen und qualitativen Erhebungsmethoden zurückgegriffen.

56 Diese erfolgte in den ersten zwei Jahren durch die Programmbegleitung vor Ort durch das Deutsche Institut für Urbanistik, Berlin.

mentstrukturen aufzubauen waren, sind daher erst in Ansätzen Erfolge und nachhaltige Veränderungen festzustellen[57]. Zur Evaluation der Stadtteilentwicklungsprozesse sind neben den genannten Voraussetzungen generell längere Zeiträume notwendig.

Für die Reflexion der bisherigen Entwicklungen im Modellgebiet wäre es nach Meinung der PvO sinnvoll, zukünftig eine Verfahrens- und Prozessevaluation, bei der – anders als bei der Ergebnisevaluation – hauptsächlich qualitative Methoden Anwendung finden, aufzubauen. Indikatoren dazu sind durch die Ziele des Programms vorgegeben und betreffen zum einen die Dichte der in den Entwicklungsprozess einbezogenen Akteuren vor Ort, freien Trägern und Initiativen sowie den Aufbau von Netzwerken, zum anderen die Bündelung und Einsetzung von Fördermitteln aus verschiedenen Programmen und ihre Verknüpfung mit privaten Mitteln sowie die Zusammenarbeit und Organisation der verschiedenen Ebenen (Verwaltungsebene, intermediäre und lokale Ebene). Für die Stadt und die Akteure im Modellgebiet wäre es deshalb hilfreich, wenn auch nach Ende der Programmbegleitung vor Ort eine wissenschaftliche Beratung und Begleitung erfolgen würde, deren Aufgabe auch die Evaluierung des Stadtteilentwicklungsprozesses sein sollte.

57 Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen, Frankreich und Großbritannien zeigen, dass erst bei einer längeren Laufzeit die Effekte erreicht werden können, die zur Entwicklung eines bündelnden und auf Verstetigung synergetischer Strukturen gerichteten Programms geführt haben.

9. Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Modellgebiet: Einschätzung und Empfehlungen der PvO

9.1 Bündelung der Ressourcen

Die Bündelung von Fördergeldern aus verschiedenen Quellen ist zwar bei einigen Projekten gelungen, erfordert aber einen erheblichen Aufwand bei Antragstellung und Abrechnung. So wurde das Wohnumfeldprogramm von Landesseite im Jahr 2000 durch EU-Mittel ergänzt, die separat abgerechnet werden müssen. Problematisch für die Bündelung ist zudem das Subsidiaritätsprinzip innerhalb der „Sozialen Stadt“, da es die Antragstellung erschwert und Förderungen hinauszögern kann. Meist bezieht sich eine erfolgreiche Bündelung auf die beiden Bund-Länder-Programme, die im Gebiet zum Tragen kommen („Soziale Stadt“ und „Wohnumfeldprogramm“). Die Akquisition von Fördermitteln zur Finanzierung nicht-investiver Maßnahmen ist daher bisher unzureichend. Auf Projektebene ist nur vereinzelt eine Kopplung investiver und nicht-investiver Mittel gelungen (Stadtteilbüro, Haus der Begegnung, Nachbarschaftstreff). Dabei wurden besonders Erfahrungen mit dem Einsatz von Arbeitsförderungsprogrammen gesammelt, andere Programme aber kaum eingesetzt. Zusätzlich ist der Einsatz von nicht-investiven Mitteln aus dem Landesprogramm „Soziale Infrastruktur“ erfolgt, bei dem Personalausgaben von Wohnungsunternehmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in Großwohnsiedlungen durch Service und Beratungsleistungen für die Bewohner finanziert werden (Wohngebietsbetreuer).

Besonders für die Finanzierung sozialer und kultureller (Langzeit-)Projekte fehlen in der Stadt und im Modellgebiet noch die Übersicht über mögliche Förderprogramme und Erfahrung mit den Modalitäten der Antragstellung und Abrechnung. Dies erschwert die Bündelung und den zielgerichteten Einsatz von potenziellen Förderquellen. So findet das Förderprogramm des Innenministeriums zur Integration der Spätaussiedler keine Anwendung[58]. Es sollte seitens der Stadt geprüft werden, ob eine Aufnahme ab 2003 möglich ist und auf der Stadtteilkonferenz diskutiert werden, welche Träger in Neu Zippendorf ein sinnvolles Angebot machen könnten.

Ebenso sollten in Zukunft verstärkt Mittel aus dem Kulturförderungsprogramm des Landes im Gebiet und damit in Neu Zippendorf und Mueßer Holz eingesetzt werden. Für Neu Zippendorf gilt dies vor allem für das neu entstehende Kommunikations- und Kulturzentrum an der Astrid-Lindgren-Schule, wo im Bereich Bibliotheken auch nicht-investive Mittel eingesetzt werden können. Für beide Stadtteile kommt in Zukunft der Förderbereich Soziokultur in Frage. Hier ist eine nicht-investive Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses an Vereine, Verbände und kommunale Gebietskörperschaften möglich. Gefördert werden können Projekte zur Kultur und Integration von Ausländern.

Bei den in Kapitel 3.5 beschriebenen laufenden und geplanten Baumaßnahmen im Modellgebiet (Astrid-Lindgren-Schule, Brunnenumbau am Berliner Platz, Umbau der Halte-

58 Im Programmgebiet „Soziale Stadt“ Rostock-Groß-Klein dagegen sind sowohl die Arbeiterwohlfahrt als auch das Jugend-, Sprach- und Begegnungszentrum MEV Zuwendungsempfänger bis Mitte bzw. Ende 2001. Im Programmgebiet Stralsund-Grünhufe ist das Deutsche Rote Kreuz sogar bis Ende August 2003 Zuwendungsempfänger (Groß-, Klein- und Grünhufe sind beides Neubaugebiete).

stelle) wurden bisher keine Fördermöglichkeiten des Landesprogramms „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern 2000“ eingesetzt. Dadurch wird die Chance vertan, Baumaßnahmen im Modellgebiet mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für eine größere Personengruppe zu verbinden.

Neue Wege wurden bei der Finanzierung der Stadtteilmanager „Soziales“ gegangen, die in bisher einmaliger Kombination aus dem Programm E&C (Konzeptphase), „Soziale Stadt“ und „Entimon“ finanziert werden.

Grundsätzlich ergibt sich bei den freien Trägern die Problematik, dass vor allem kleinere Träger Schwierigkeiten mit der bei vielen Förderprogrammen und Projekten vorgeschriebenen Eigenanteilsfinanzierung haben. Teilweise sind sie jedoch diejenigen, die im Gegensatz zu manchen großen Trägern der Wohlfahrt bereit sind, innovative Wege zu gehen und die Ausrichtung auf Einzelbetreuungen zugunsten einer mehr gebietsorientierten Arbeit aufzugeben.

Die Bündelung von Finanzmitteln der verschiedenen Ämter ist erst in Ansätzen erfolgt. Wünschenswert wäre, dass im Verlauf des Programms „Soziale Stadt“ weitere Ämter die Entwicklung von Neu Zippendorf finanziell unterstützen. Eine Restriktion stellt hier aber die schlechte Finanzlage der Stadt Schwerin dar. Zumindest die Einbeziehung des Modellgebietes in die Planungen zur Bundesgartenschau 2009 ist jedoch geplant.

Um für neu entstehende Projekte im Bereich Gemeinwesenarbeit effektive Mittelbündelungen zu erreichen, regt die PvO an, dass zur aktuellen Übersicht über die Fülle der Fördermöglichkeiten und ihrer recht unterschiedlichen Antragsfristen eine frühzeitige und umfassende Information durch das Land über (neue) Programme sowie ihre Fördermodalitäten erfolgt[59]. Diese schriftlichen Informationen könnten zusätzlich vom Ministerium für Arbeit und Bau durch Workshops oder Fachgespräche der Quartiermanager aus den Programmgebieten Mecklenburg-Vorpommerns mit Experten für EU-Fördertöpfe (auch für weniger bekannte wie Forschung und Kultur) oder Mitarbeiter verschiedener Landesministerien ergänzt werden. Ein persönlicher Kontakt zwischen den Quartiermanagern und den zuständigen Mitarbeitern für die jeweiligen Landesprogramme befördert auch die zielgenaue Antragstellung.

Bund und Länder sollten zusätzlich dazu beizutragen, dass Förderbestimmungen harmonisiert werden und so formuliert werden, dass sie sich nicht formal widersprechen und dem gemeinsamen Zweck zuwiderlaufen. Positiv für die Bündelung und die daraus resultierenden Synergieeffekte wäre es auch, wenn festgelegt würde, dass vorhandene Förderprogramme in den Modell- und Programmgebieten vorrangig zum Tragen kommen sollen (räumliche Bündelung). Dies ist bisher schon z.B. beim E&C-Programm der Fall, sollte aber auch für andere Bundes- und Länderprogramme gelten.

Außerdem sollten freie Träger, Selbsthilfegruppen und sonstige Projektträger bei der Beantragung von Fördermitteln vor Ort im Stadtteil oder an anderer zentraler Stelle in der

59 Es liegt eine Zusammenstellung der Förderprogramme mit Adressen der Ansprechpartner, vom Land erstellt, vor.

Stadt beraten werden[60]. Bisher gibt es einen Berater für EU-Fördermittel und -programme im Ministerium für Arbeit und Bau[61].

Eine kompetente Beratungsstelle sollte auch den Überblick haben, welche der vielen Förderprogramme überhaupt auf das Programm „Soziale Stadt" Bezug nehmen. Für Schwerin als Landeshauptstadt wäre eine solche Einrichtung dringend zu empfehlen, da sich dort zwei „Soziale Stadt-Gebiete" befinden und das Modellgebiet Neu Zippendorf um das gleichgroße angrenzende Gebiet Mueßer Holz ab 2002 erweitert wird.

Die Stadtteilmanager sollten davon unabhängig zusätzliche Fördermittel für Projekte zur Integration von Spätaussiedlern, zur Förderung der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und eventuell auch Gesundheitsförderung sowie zur Förderung von Qualifizierung und Ausbildung der Bewohner und Stärkung der lokalen Ökonomie akquirieren. Für das geplante Kultur- und Kommunikationszentrum an der Astrid-Lindgren-Schule sollten in den Arbeitsgruppen zusätzlich Projekte entwickelt werden. Die Finanzierung hierfür ist im Rahmen der Kulturförderung des Landes möglich, sollte jedoch frühzeitig beantragt werden. Bisher haben die Stadtteilmanager jedoch keine Erfahrung mit der Mittelbeantragung. Eine zentrale Informations- und Beartungsstelle in Schwerin, die für eine vielfältige Projektlandschaft und interessante Angebote (etwa im Bereich der Weiterbildung, Neue Medien, Förderung der Existenzgründung, Kultur usw.) in der Stadt auch anderen Trägern nützt, könnte sie bei dieser schwierigen Aufgabe unterstützen.

Der Einsatz von privaten Mitteln und damit das Engagement der Akteure vor Ort und der Bevölkerungsgruppen ist bei der Bündelung von Ressourcen und Finanzen ebenfalls eine Möglichkeit, kleinere Projekte und Aktivitäten mit zu unterstützen und das Wir-Gefühl im Gebiet zu stärken. Die Akquisition von privaten Mitteln ist vor allem die Aufgabe der Stadtteilmanager, da sie in direktem Kontakt zu den Akteuren vor Ort und der Bevölkerung stehen und damit Private direkt ansprechen können.

9.2 Management und Organisation

Im Lenkungskreis auf Verwaltungsebene sind neben dem Stadtplanungsamt punktuell weitere Fachämter beteiligt, über den Vertreter des Stadtplanungsamtes ist die Stadtteilebene mit eingebunden. Es fehlen, von der Verwaltungsseite aus, die zuständigen Stellen für Wirtschaftsförderung, Ausbildung und Beschäftigung, für Tourismus, Liegenschaften, Tiefbau und Hochbau. Wünschenswert wäre daher auf Verwaltungsebene ein Lenkungskreis mit allen eine Integrierte Stadtteilentwicklung betreffenden Fachämtern, dem Gebietsbeauftragten für das Modellgebiet, den Quartiermanagern, der LEG und den Wohnungsunternehmen. Dessen Aufgabe sollte die gemeinsame Erarbeitung eines Integrierten Handlungskonzepts für den Stadtteil sowie die Lösung auftretender Schwierigkeiten bei der Finanzierung und Umsetzung kombinierter Projekte sein. Gleichzeitig sollte dieser Lenkungskreis Probleme und offene Fragen zur Stadtteilentwicklung klären sowie den Bezug zur gesamtstädtischen Entwicklung herstellen.

60 In einigen Städten übernimmt diese Aufgabe das Quartier-/Stadtteilmanagement oder eine extra dafür geschaffene Stelle.

61 Herr Messmann (Tel.: 0385/ 588 – 3920).

Eine Zusammenarbeit der Wohnungsunternehmen mit dem Stadtplanungsamt hat während der Rahmenplanung im Lenkungskreis auf Verwaltungsebene stattgefunden. Die Abstimmung zwischen den Wohnungsunternehmen konnte jedoch nur zum Teil erreicht werden. Unzureichend war die Abstimmung bei Sanierung/Modernisierung der Bestände, so dass es zu einem direkten Nebeneinander von modernisierten und nicht modernisierten Wohngebäuden gekommen ist. Erst bei der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes im Rahmen des Programms Stadtumbau zeichnet sich eine weitergehende Zusammenarbeit und Abstimmung – auch für Maßnahmen im Modellgebiet – ab.

Die Einrichtung der Stadtteilkonferenz auf der intermediären Ebene ist im Prinzip der richtige Schritt für die Einbindung der Akteure und Initiativen vor Ort, der Gebietsbevölkerung und der politischen Vertreter auf Stadtvertretungs- und Ortsebene. Der entscheidende Faktor für eine gute Arbeit der Stadtteilkonferenz sind die Teilnehmer. Daher wäre es für einen längerfristig positiven Verlauf der Zusammenarbeit im Gremium wichtig, dass Verwaltung, Politik, Wohnungsunternehmen und Institutionen permanente Vertreter benennen, die Entscheidungsbefugnis haben und engagiert an dieser Veranstaltung teilnehmen. Die Beteiligung der Politiker in der Stadtteilkonferenz wurde bisher nicht erreicht. Ihre Einbindung wäre aber vor allem deshalb wichtig, weil in Neu Zippendorf, anders als in Mueßer Holz und Grosser Dreesch, kein Ortsbeirat existiert. Die bisher durchgeführten Stadtteilkonferenzen, so hat sich gezeigt, fördern die bessere Kooperation der Beteiligten vor Ort und die projektbezogene Zusammenarbeit. Dieses Gremium hat sich außerdem bereits in Schwerin bewährt (Feldstadt, Mueßer Holz).

Die Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement/Lenkungskreis auf Stadtteilebene hat seit Beginn des Programms „Soziale Stadt" regelmäßig getagt. Anfangs waren noch einige der Ansicht, ihre Mitarbeit sei eher ehrenamtlich, bei einer Diskussion zur Selbsteinschätzung des Stadtteilmanagements Anfang Juni 2001 werteten dann alle die Mitarbeit im Lenkungskreis auf Stadtteilebene als wichtige Tätigkeit im Rahmen ihrer eigentlichen Arbeit und unabdingbar zur Unterstützung des Stadtteils. Mit dem Lenkungskreis auf Stadtteilebene und seiner Arbeitsform ist in Schwerin-Neu Zippendorf eine besondere Form des Stadteilmanagements in den Gebieten der „Sozialen Stadt" entstanden, da Mitarbeiter von Ämtern (Stadtplanungsamt, Amt für Jugend, Soziales und Wohnen) und im Gebiet angesiedelte Institutionen gemeinsam darin mitarbeiten[62]. Damit kann auch über das Programm „Soziale Stadt" hinaus eine Zusammenarbeit und Kontinuität in der Kooperation gewährleistet werden. Durch diese Organisation ergibt sich außerdem der Vorteil, dass sich trotz der beschränkten Gelder für Quartiermanagement mehrere Personen aktiv für den Stadtteil einsetzen[63]. Ein Quartier- oder Stadtteilmanagement aus mehreren Mitgliedern der Verwaltung und freien Trägern/Initiativen vor Ort ist der PvO bisher sonst nur aus dem Programmgebiet und URBAN-II-Fördergebiet Dortmund-Nord bekannt.

---

62 Einige Länder wie Bayern haben explizit ein Stadtteilmanagement durch Mitarbeiter von Ämtern ausgeschlossen, weil sie dadurch die Unabhängigkeit des Quartiermanagements gefährdet sehen. Aber die Einbindung von Personen aus der Verwaltung befördert auch die horizontale Verknüpfung von Gebiet und Stadt. In Hannover-Vahrenheide arbeiten Mitarbeiter verschiedener Ämter als Quartiermanagement im Stadtteilbüro vor Ort zusammen. In Nordrhein-Westfalen sind teilweise Mitarbeiter des federführenden Amtes für die Arbeit als Quartiermanager „ausgegliedert" worden, d.h., sie sind nach wie vor Mitarbeiter des Amtes, dennoch mit neuen Aufgaben und Verantwortlichkeiten versehen, die sie auch unabhängiger von der Verwaltung machen.

63 In Mecklenburg-Vorpommern ist das Stadtteilmanagement seitens des Landes auf eine BAT-II-O-Stelle begrenzt worden.

Das Stadtteilmanagement in dieser Form bietet nach Ansicht der PvO eine gute Möglichkeit zur gegenseitigen Information, Klärung von Sachverhalten und der Verwaltung des Verfügungsfonds. Es weist zurzeit noch folgende Probleme und Mängel auf:

- in das Stadtteilmanagement fließen keine erprobten Strategien ein, da die Mitglieder bisher nicht im Bereich Quartiermanagement tätig waren;
- eine Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit ist wegen Arbeitsüberlastung bisher fast nicht erfolgt, ein Konzept wurde nicht erarbeitet;
- es gibt keine ausreichenden Kapazitäten zur Aktivierung, Beratung, Antragstellung und Umsetzung von Projekten;
- es gibt zu wenig Vor-Ort-Präsenz der Stadtteilmanager.

Erst nach Einarbeitung der Stadtteilmanager „Wirtschaft" und der beiden Stadtteilmanager „Soziales" kann ein Teil dieser Defizite aufgehoben werden.

Eine Weiterbildung der Mitglieder des Lenkungskreises auf Stadtteilebene in Moderationstechnik und Bürgerbeteiligung ist geplant. Von ihr erhofft man sich positive Auswirkungen auf die aktive Arbeit der Gruppe in den Arbeitsgruppen.

9.3 Aktivierung und Beteiligung

Die ergänzten Kooperations- und Organisationsstrukturen im Gebiet sind eine gute Grundlage für eine bewohnerorientierte Umsetzung des Programms „Soziale Stadt". Die Einbeziehung der Bewohner während der Rahmenplanung lief gut, wurde aber danach in diesem Umfang nicht fortgeführt.

Befragte Bewohner bemängelten, dass der Umsetzungsprozess zu lange dauere und sie nicht mehr intensiv in die Projektumsetzung und weitere Planungen einbezogen würden. Als Mangel wurde eine fehlende Institutionalisierung von Beteiligungsmöglichkeiten, besonders für Kinder und Jugendliche genannt, die während der Rahmenplanung durch verschiedene Aktionen einbezogen waren. Ein Teil der Interviewten räumte allerdings ein, dass die Aktivierung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen schwierig sei (z.B. Ausländer, Spätaussiedler, Sozialhilfeempfänger und resignierte Bürger). Problematisch wäre auch eine konstante Beteiligung, da die Bewohnerfluktuation nicht gestoppt sei. Mehrmals wurde die Forderung aufgestellt, Bürgerengagement mehr zu fördern und anzuerkennen.

Umso positiver ist das Interesse der Bewohner für die Gestaltung und Selbstverwaltung des Nachbarschaftstreffs Tallinner Straße seit seiner Einrichtung Anfang 2001 einzuordnen. Dort hat sich auch eine Gruppe von Aussiedlerfrauen zusammengefunden, die sich in den Räumen zu gemeinsamen Handarbeiten treffen. Der Beirat bemühte sich zusätzlich um die Einbeziehung von Aussiedlern in das Gremium, dies konnte im Frühjahr 2002 erreicht werden. Hier wird deutlich, dass der Nachbarschaftstreff sein selbst formuliertes Ziel, Zusammenleben zu fördern, wirklich umzusetzen versucht.

Erst mit der Etablierung der Stadtteilkonferenz, den neuen Arbeitsgruppen und der Beauftragung der drei Stadtteilmanager Ende 2001 für die Konzeptentwicklungsphase bis Ende

Februar 2002 entstanden neue Anknüpfungspunkte für die Bewohnerbeteiligung. Erste Erfolge wurden erreicht, indem Aussiedler und jüdische Emigranten über die geplante Stadtteilzeitung informiert wurden und als ehrenamtliche Mitarbeiter gewonnen werden konnten. Eine Bestandsaufnahme der für Ausländer und Aussiedler vorhandenen Angebote wurde vom Lenkungskreis auf Stadtteilebene zusammengetragen. Außerdem hat die Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH (WGS) ihre russischsprechenden Mieter mit einem umfassenden Fragebogen zu ihrer Wohnzufriedenheit befragt. Die Ergebnisse wurden der Arbeitsgruppe „Zusammenleben" vorgestellt und diskutiert. Einige Anregungen und Wünsche der Aussiedler wurden bereits von der WGS umgesetzt. Weitere Projekte sollen von der Arbeitsgruppe entwickelt werden.

Ein eindeutiges Engagement des Stadtoberhauptes erfolgte nicht. Politische Vertreter werden zwar zur Stadtteilkonferenz eingeladen, sie kommen aber nicht. Sie setzen sich noch zu wenig für die Entwicklung der Neubaugebiete ein, der Stadtteil wird auch in Bezug auf die Gesamtstadt nicht hervorgehoben. Mit dem jährlich vorzulegenden Sachstandsbericht wird die politische Ebene zwar regelmäßig über den Verlauf des Programms „Soziale Stadt" und der in Neu Zippendorf stattfindenden und geplanten Projekte und Maßnahmen – wenn auch im Nachhinein – informiert. Eine aktive Beteiligung am Entwicklungsprozess des Modellgebietes ist auf Stadtvertretungsebene nur vereinzelt erfolgt, z.B. bei Verabschiedung des Projekts „Umbau und Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule". Die Einbindung der Politik (Oberbürgermeister, Stadtvertretung, Ausschussmitglieder und Ortsvertreter) sollte in den verschiedenen Gremien angemahnt werden.

Kinder und Jugendliche wurden während der Rahmenplanung durch verschiedene Aktionen beteiligt (siehe Kapitel 6.2). Die auf Stadtteilebene eingerichtete Arbeitsgruppe Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit spricht Jugendliche direkt zur Mitwirkung an, bei der geplanten Stadtteilzeitung sollen Jugendliche mit einbezogen werden und aktiv mitarbeiten.

Der Verfügungsfonds erweist sich mit als wichtigstes Instrument, um Beteiligung und Aktivierung von Initiativen und Bewohnern (gefördert werden auch Privatpersonen) zu erreichen. Die Resonanz ist sehr groß und die geförderten Projekte liegen fast durchweg im Bereich nicht-investiver Maßnahmen. Durch den Einsatz des Verfügungsfonds können nun vermehrt soziale und gemeinwesenorientierte Aktionen und Projekte entstehen. Gerade bei dieser Ausgangslage ist aber der Verfügungsfonds zu knapp bemessen, zumal sich das Gebiet durch Aufnahme des Stadtteils Mueßer Holz fast verdoppelt hat. Die PvO empfiehlt daher, den Betrag entsprechend zu erhöhen, um auch dort wichtige Partner in den Handlungsfeldern Gemeinwesenförderung, Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und Aussiedlerintegration in der Projektentwicklung effektiv unterstützen zu können.

Um Hausgemeinschaften wieder zu beleben und die Potenziale daraus zu nutzen, sind zusätzlich Aktivierungsangebote von den Wohnungsgesellschaften nötig[64]. Denkbar ist die Förderung von Hausfesten, gemeinsamen Aktionen zur Wohnumfeldgestaltung, Pflege der Außenanlagen u.a. Diese Aufgaben sind vielen älteren Bewohnern sehr vertraut, da es vor der Wende üblich war, hier Verantwortung zu übernehmen. Aber auch Aussiedler sind daran interessiert, ihr Wohnumfeld zu gestalten und zu pflegen.

64 Hierzu können nicht-investive Mittel aus dem Landesprogramm „Soziale Infrastruktur" eingesetzt werden.

Nicht oder nur ungenügend beteiligt haben sich einige Ämter bzw. Aufgabenbereiche wie z.B. das Gesundheitsamt, die Ausländerbeauftragte und die Stabsstelle für Wirtschaft und Tourismus.

Abschließend sei anzumerken: Aktivierung und Beteiligung sind kontinuierliche Aufgaben. Es ist daher sehr wünschenswert, dass nach den anfänglichen Schwierigkeiten für die Dauer des gesamten Stadtteilentwicklungsprozesses Stadtteilmanager eingesetzt werden und Instrumente zur Aktivierung, Beteiligung und Information (Verfügungsfonds, Arbeitsgruppen, Stadtteilzeitung) langfristig gewährleistet sind.

9.4 Veränderungen im Modellgebiet aufgrund der Maßnahmen

Die wesentlichen Veränderungen in Neu Zippendorf erfolgten in den Bereichen Wohnungssanierung und -modernisierung (700 Wohnungen) und Wohnumfeldmaßnahmen (Gestaltung von Innenhöfen, Umbau der Straßenbahnhaltestellen, Wiederbelebung des Brunnens am Berliner Platz u.a.).

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ und dem Ziel, für alle Handlungsfelder der Stadtteilentwicklung Projekte und Maßnahmen zu planen und durchzuführen, rückten soziale Aktivitäten, Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens, Verbesserung der Infrastruktur in den Vordergrund. Mit dem Verfügungsfonds konnten kleinere Aktivitäten und Beteiligungsansätze unterstützt werden.

Die Zusammenarbeit vor allem der freien Träger hat sich durch die Einrichtung des Lenkungskreises auf Stadtteilebene und der Stadtteilkonferenz verbessert. Mit der Einsetzung der Stadtteilmanager wird eine noch engere Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort erwartet. Vor allem der Stadtteilmanager „Wirtschaft“ soll Kontakte zu den Gewerbetreibenden im Gebiet, aber auch zu gesamtstädtischen Institutionen wie Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer usw. aufbauen.

Durch das Projekt Stadtteilzeitung wird die Information der Bevölkerung und die Kommunikation verbessert werden. Dazu trägt auch das Stadtteilbüro und die dort eingerichteten Sprechzeiten der Stadtteilmanager bei.

9.5 Tragfähigkeit der aufgebauten Strukturen im Modellgebiet

Die Tragfähigkeit aufgebauter Strukturen im Modellgebiet kann die PvO aufgrund der kurzen Laufzeit des Programms „Soziale Stadt“ nur in Ansätzen beurteilen. Einige Organisationsstrukturen und Projekte entstanden erst nach einer allgemeinen Anlaufphase vor allem ab dem Jahr 2001. Nur der Lenkungskreis auf Stadtteilebene tagt bereits seit Beginn der PvO im Frühsommer 2000 einmal monatlich. Die Zusammenarbeit ist konstant, die Bedeutung und Akzeptanz des Gremiums konnte durch die hier angesiedelte Vergabe des Verfügungsfonds weiter gestärkt werden.

Die neu eingerichtete Stadtteilkonferenz Neu Zippendorf ist Bestandteil des Konzeptes zur Stärkung des Gemeinwesens im Rahmen der Dezentralisierung des Amtes für Jugend, Soziales und Wohnen und wurde durch die Stadtvertretung beschlossen. Im Mueßer Holz und Großem Dreesch gibt es bereits Stadtteilkonferenzen. Sie ist somit eine in Schwerin

bewährte Einrichtung. Dies erhöht die Akzeptanz in der Bevölkerung, was sich auch durch eine steigende Teilnehmerzahl bei den ersten vier Sitzungen in Neu Zippendorf bestätigt. Die angegliederten Arbeitsgruppen arbeiten kontinuierlich, durch eine Fortbildung in Moderation für alle interessierten Arbeitsgruppenmitglieder soll ihre Kompetenz zur Leitung der Gruppen gestärkt werden. Insgesamt ist die Einführung der Stadtteilkonferenz Neu Zippendorf positiv zu werten, ihr Bestand ist durch ihre Anbindung an das Amt Jugend, Soziales und Wohnen vorerst gesichert. Eine Einschränkung stellt jedoch die bisher nicht formal geregelte Beteiligung entscheidungskompetenter Vertreter aus Politik und weiteren Ämtern dar.

In allen drei Neubaugebieten gibt es ebenfalls ein Stadtteilbüro. Das Stadtteilbüro in Neu Zippendorf wurde bereits 1999 eingerichtet und wird von den Bürgern in seinen verschiedenen Funktionen als Treffpunkt, Ausstellungsraum und Informationsstelle gut angenommen. Ab April 2002 werden auch die drei Stadtteilmanager ihr Büro dort haben und feste Sprechzeiten anbieten. Die Finanzierung des Stadtteilbüros aus städtischen Mitteln gilt über die gesamte Laufzeit des Stadtteilentwicklungsprozesses als gesichert. Das Stadtteilbüro ist somit als langfristige Einrichtung konzipiert und kann als tragfähig gelten.

Der zum Programm „Wohnumfeldverbesserungen“ eingerichtete Lenkungskreis auf Verwaltungsebene sollte auch für das Programm „Soziale Stadt“ zuständig sein, trat aber seit Beginn des Programms „Soziale Stadt“ nicht zusammen. Dies führt unter anderem dazu, dass im Modellgebiet bisher nur selten und auch überwiegend nur Mittel der beiden Bund-Länder-Programme gebündelt wurden, Projekte in enger Verzahnung von investiven und nicht-investiven Maßnahmen sind nicht entstanden. Erst durch die notwendige Koordinierung des gesamtstädtischen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes zum neuen Bund-Länder-Programm „Stadtumbau“ wurde der Lenkungskreis „aktiviert“. Die Zusammenarbeit erfolgt nicht hinsichtlich einer integrierten Entwicklung des Modellgebietes, sondern themenbezogen, momentan vor allem im Bereich Abriss und entsprechender Infrastrukturplanung. Somit findet eine im Sinne einer vom Programm „Soziale Stadt“ geforderten kontinuierlichen ämterübergreifenden Zusammenarbeit nicht statt.

Positiv ist die Benennung eines Gebietsbeauftragten schon zu Beginn des Weiterbaus Neu Zippendorf. Der entsprechende Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes ist weitestgehend entscheidungsbefugt und durch seine langjährigen und vielfältigen Funktionen im und für den Stadtteil allen Beteiligten, Institutionen und Personen bekannt (Leiter einer Arbeitsgruppe, Mitarbeit in Lenkungskreisen auf Stadtteil- und Verwaltungsebene usw.). Er gewährleistet im besonderen Maße die Kontinuität des Stadtentwicklungsprozesses.

Das Stadtteilmanagement konnte erst im Frühjahr 2002 etabliert werden. Daher sind besonders Einschätzungen zur Akzeptanz der Stadtteilmanager und zu den von ihnen aufgebauten Beziehungen zu Schlüsselpersonen der Gebietsentwicklung noch nicht möglich. Die Finanzierung eines Stadtteilmanagements in Gebieten der „Sozialen Stadt“ ist seitens des Landes von ursprünglich fünf Jahren auf die gesamte Laufzeit des Programms ausgeweitet worden[65].

Tragfähige Projekte sind vor allem die bisherigen baulichen Veränderungen im Gebiet und die Einrichtung des Nachbarschaftstreffs Tallinner Straße mit seinem Bewohnerbeirat.

65 Information zur IMAG-Sitzung 14.3.2001.

Durch den Beirat und das große Engagement der Bewohner im Nachbarschaftstreff wird das Zusammenleben im Gebiet nachhaltig gefördert.

Planungen für das Modellgebiet werden überwiegend vom federführenden Amt dokumentiert, nicht jedoch zu einem Integrierten Handlungskonzept ergänzt und zusammengeführt. Auch die inhaltliche Verknüpfung mit Fachplänen ist unzureichend. Für die Entwicklung eines gemeinsamen Handlungskonzeptes und seiner Verabschiedung durch die Stadtvertretung („Rückendeckung") fehlt ein ämterübergreifendes Gremium zur Weiterentwicklung von integrierten Maßnahmen und Ressourcenbündelung für die Realisierung investiver und nicht-investiver Projekte. Hier ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit für das Gebiet noch gering, da spürbar ein gemeinsames Ziel fehlt. Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Einwerbung weiterer Fördermittel und Investitionen von privater Seite (Gewerbetreibende, Wohnungsunternehmen usw.) eine solide Basis in Form einer mittelfristigen Planungs- und Umsetzungsgrundlage erfordern.

Auch für eine koordinierte und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit den Akteuren vor Ort fehlen konzeptionelle Ansätze und Strukturen, etwa in Form eines „Bündnisses Öffentlichkeitsarbeit für Neu Zippendorf" (eventuell auch Mueßer Holz). Vor allem eine Absprache der Öffentlichkeitsarbeit auf Gebietsebene und gemeinsame Aktionen könnten die gebietsbezogene Information verbessern und das Image Neu Zippendorf langfristig stärken.

9.6 Bedeutung des Modellgebiets für die Gesamtstadt

Die Bedeutung des Modellgebietes für die Gesamtstadt ist sehr schwer zu beurteilen und damit auch die Veränderung dieser Bedeutung. Neu Zippendorf kann als eines der drei zusammenhängenden Neubaugebiete nicht losgelöst betrachtet werden. Auf die Bedeutung für die Gesamtstadt bezogen lassen sich am ehesten Aussagen zum gesamten Dreesch machen. Das Neubaugebiet hatte vor der Wende eine große Bedeutung für die Stadt Schwerin: durch den Bevölkerungszuwachs, die vielen neu geschaffenen Arbeitsplätze im angrenzenden Industriegebiet-Süd und die Erweiterung des Wohnungsangebotes der Stadt durch rund 30 000 moderne Wohnungen.

Heute ist das Neubaugebiet immer noch ein wichtiger Wohnstandort, allerdings eher aufgrund der Vorhaltung von günstigem Wohnraum, altengerechten Wohnungen und Wohnungen für Aussiedler. Für die Ergänzung des Schweriner Wohnungsangebotes durch neue Wohnformen bietet Neu Zippendorf mit seinen durch Abriss entstehenden Brachflächen ein Potenzial. Allerdings hat sich durch die Abnahme der Bewohner der Anteil der Bevölkerung des Dreesch an den Bewohnern in Schwerin insgesamt deutlich verringert (etwa von einem Drittel auf ein Viertel).

Gesamtstädtische Bedeutung hat das Gebiet durch folgende Institutionen im Freizeitbereich: Fernsehturm und Halle am Fernsehturm als Veranstaltungszentrum, Zoo, Naherholungsgebiet mit ausgedehnten Waldflächen und Strand am Schweriner See. Darüber hinaus wurden weitere Einrichtungen mit überörtlicher Funktion geschaffen: das Haus der Begegnung, der Verkehrsgarten am Haus der Begegnung und die Eisbahn. Durch die Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule zum Kultur- und Kommunikationszentrum soll eine kulturelle Aufwertung des Modellgebietes erreicht werden.

Literatur

„Die soziale Platte wird aufgelegt“, in: Unser Schwerin vom 25.4.2001.

„Fremdenfeindliche Gewalt nahm 1999 stark zu“, in: Berliner Zeitung vom 13./14.5.2000.

„Handlungskonzept Wirtschaft für Neu Zippendorf in der Landeshauptstadt Schwerin“. Handlungskonzept zur Stärkung und Entwicklung der lokalen Ökonomie, Hamburg 2001 (erstellt von der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung, Hamburg, im Auftrag des Stadtplanungsamtes).

„Jede zehnte Wohnung steht leer“, in: Schweriner Volkszeitung vom 13.7.2000.

„Mit Härte gegen Rechtsextremismus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.5.2000.

„Rahmenplanung Neu Zippendorf“. Beiträge zur Expertenanhörung am 20.1.2000 zur städtebaulichen Weiterentwicklung Schwerin-Neu Zippendorf (zusammengestellt von empirica, Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH, Berlin) Schwerin 2000.

„Schwerin – Die ehemalige Großstadt“, in: Hamburger Abendblatt vom 4.1.2001, S. 6.

„Schwerin – Großer Dreesch/Neu Zippendorf/Mueßer Holz“, in: Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern. Werkstattbericht: Die städtebauliche Weiterentwicklung und Wohnumfeldverbesserung der Großwohnsiedlungen, Schwerin 1999.

„Sozial-kommunikatives Verfahren zur Rahmenplanung ‚Weiterbau Neu Zippendorf'“. Kurzfassung der Ergebnisse der Bewohnerbeteiligung, Schwerin 1999 (erstellt von Progress – Institut für Wirtschaftsforschung Rostock GmbH, im Auftrag der Landeshauptstadt Schwerin).

„Wohnumfeldverbesserung im Rahmen des Projektes zum Weiterbau Großer Dreesch in Schwerin“, in: Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen „Unser Wohnumfeld“, Schwerin 1996.

Andersen, Uwe, und Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997.

Befragung unter den Gewerbetreibenden am Berliner Platz, Schwerin o.J.

Büro des Ausländerbeauftragten (Hrsg.), Allgemeine Statistik 2000 (Stand: 9/99).

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Programmgrundlagen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 3, Berlin 2000.

Dokumentation. Erste Stadtteilkonferenz in der Feldstadt am 27.1.2000 (erstellt von der LEG im Auftrag des Stadtplanungsamtes).

Frantzius, Tilmann von, Förderung von Beschäftigung in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Dargestellt am Beispiel der Neubausiedlung Neu Zippendorf in Schwerin. Diplomarbeit am Fachgebiet Stadtplanung, Universität Kaiserslautern, Fachbereich A/RU/BI, 2001.

Gorbounov, Dimitri, Zielgruppenorientiertes Marketinggrobkonzept (Zielgruppe Russisch sprechende Mieter der WGS), Schwerin 2001.

Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) (Hrsg.), Die Landeshauptstadt Schwerin und ih-

re Stadtteile – Wohnungsversorgung, Nachfragepotenziale, Wohnqualitäten und neue Wohnformen. Ergebnisse der repräsentativen Haushaltsbefragung 2000. Vergleich 1997 und 2000. Folienbericht (im Auftrag der Landeshauptstadt Schwerin), Bochum 2000.

Jasper, Karl, Eine Strategie gegen soziale Polarisierung in: der städtetag, H.°8 (2000), S. 21.

Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern", Bericht der Kommission, Kurzfassung, o.O. 2000.

Kontakt-, Informations- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen Schwerin e.V. (Hrsg.), Was ist wo?, 6. Aufl. Schwerin (2000).

Krautzberger, Michael, und Birgit Richter, „Die soziale Stadt" – Neuorientierung in der Stadtentwicklungspolitik und in der Sozialarbeit", in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 1 (2002).

Krüger, Till, Das Hamburger Programm bezieht Bürger stark mit ein in: der städtetag (Hrsg.), Soziale Stadt soll lebenswert für alle sein, H. 8 (2000), S. 14.

Landeshauptstadt Schwerin, Der Oberbürgermeister, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Stadtteile im Wandel. Großer Dreesch, Neu Zippendorf, Mueßer Holz, Schwerin 2002.

Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Neu Zippendorf. Attraktives Wohnen zwischen Wald und See. Rahmenplan Neu Zippendorf. Zusammenfassung, Schwerin, Juli 2000.

Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Rahmenplan Neu Zippendorf. Zwischenbericht, Schwerin 1999.

Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Rahmenplanung Neu Zippendorf. Auswertung der Expertenanhörung zum Weiterbau Neu Zippendorfs am 20.1.2000, Schwerin 2000.

Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Befragung unter den Gewerbetreibenden am Berliner Platz, Neu Zippendorf, Schwerin 2000.

Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Die städtebauliche Weiterentwicklung und Wohnumfeldverbesserung der Großwohnsiedlungen, Schwerin 1999.

Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Förderinstrumente für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und das Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern (Faltblatt, S. 78).

Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt. Arbeitshilfe, Schwerin 2001.

Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Plattenbausiedlungen im Mecklenburg-Vorpommern. Perspektiven und Probleme der sozialen Entwicklung. Kurzfassung, Schwerin 1998.

Schweriner Kurier, Jg. 11 (2001), Nr. 18.

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin, Beschlussvorlage Fachausschuss für Liegenschaften, Wirtschaftsförderung und Tourismus sowie Bauen, Verkehr und Stadtentwicklung zum Handlungskonzept Wohnen vom 18.10.2000.

Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Schwerin, Hauptverwaltungsamt, Organisationsabteilung und Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Schwerin 2000, Schwerin 2000.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen 1994 und 1998, Schwerin 2001.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Erwerbstätigkeit, Statistisches Jahrbuch 2000, Schwerin.

Telekommunikation und Fremdenverkehr sollen aus der Beschäftigungskrise führen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.11.2000.

Wüstenrot Stiftung Deutscher Eigenheimverein e.V. (Hrsg.), Kommunales Wohnkonzept Schwerin, Ludwigsburg 1995.

Abkürzungen

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
E&C	Entwicklung und Chancen junger Menschen in Sozialen Brennpunkten
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
FST	Freiwilliges Soziales Trainingsjahr
GVFG	Gemeindefinanzierungsgesetz
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe des Ministeriums für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern
ISEK	Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept
PvO	Programmbegleitung vor Ort
SAM	Strukturanpassungsmaßnahmen
WENG	Weiterentwicklung der großen Neubaugebiete